

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



16. Februar 1981
Jg. 2 Nr. 4

Preis:
2 DM



Bauerndemonstrationen: Die Bauern arbeiten hart, die Banken kassieren ab
Seite 10



US-Politik gegen Karibik-Länder: Die Völker Mittelamerikas in vorderster Front beim Kampf gegen Reagan's „starke Politik in den Amerikas“
Seite 13



VR China, „Viererbande“-Prozeß: Folgen für den Klassenkampf im Sozialismus
Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln, Kamekestr. 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntägig im Verlag GNN m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2 DM

Inhalt

Kommunen: Durch sinkenden Steueranteil und Senkung der Zuweisungen auf Gebührenplünderung angesetzt Seite 3

Für weiteren Krach um die Gewerbesteuer ist gesorgt Seite 3

Länder und Gemeinden planen Stellenstreichung und Lohnsenkung Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet Seite 6

Wahlen in Frankreich: Die Bourgeoisie schließt eine Ablösung Giscard's nicht aus Seite 7

Bruttolohnbezogenheit: Daß sie nicht kommt, ist inzwischen gewiß Seite 7

Jahreswirtschaftsbericht: Bourgeoisiekampagne für Lohnsenkung gewinnt klarere Umrisse Seite 7

Schlichtungsabkommen in der Metallindustrie Seite 9

Bauern demonstrationen: Die Bauern arbeiten hart, die Banken kassieren ab Seite 10

Handelskrieg: Das „Dreiecksverhältnis“ USA-EG-Japan ist zum Zerreißen gespannt Seite 11

USA: Reagan streicht Ölpreiskontrollen Seite 11

UdSSR: Schwierigkeiten der Landwirtschaft Seite 12

US-Politik gegen Karibikländer: Die Völker Mittelamerikas in vorderster Front beim Kampf gegen Reagans „starke Politik in den Amerikas“ Seite 13

Das indianische Volk von Guatemala erklärt Seite 13

Kuba bleibt Zuckerinsel im Rahmen der „Arbeitsteilung“ des RGW Seite 16

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18

Nordbayern: US-Manöver realistischer: „Trümmerfeld wie im Kriegsfall“ Seite 19

Mannheim: Einwendung gegen Stadthaushalt Seite 19

Warnstreiks der ÖTV: Weitere Verhandlungen durchgesetzt Seite 20

IG Chemie: Erarbeitung eines Forderungskonzepts 1981 .. Seite 20

Lohnbewegung Holz: GHK leitet Schlichtung ein Seite 21

Betriebsratswahlen: Hamburger Aluminiumwerke (HAW): Tätigkeitsbericht des Betriebsrates (Auszüge) Seite 22

Landeshaushalt Hessen: Stellenstopp — ausgenommen Polizei Seite 23

Studentenprozeß: 22 Monate Gefängnis für Studentenvertreter Seite 23

Westberlin: 500 Ermittlungsverfahren Seite 24

Sinti: Tandler: Keine „Bevorzugung der Zigeuner“! Seite 24

Brokdorf: Bau des Kernkraftwerks hat begonnen, Bürgerinitiativen bereiten Demonstration vor Seite 25

Schlappe für PTB Seite 25

90 Millionen — für welche Sicherheit Seite 26

Stichwort Energieprogramm Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

Südkorea: „Demokratisierung“ — Ausdehnung der imperialistischen Ausbeutung im Gange Seite 29

Westsahara: SU-Kriegsschiffe vor der Küste Seite 29

Vietnam: Wirtschaftskrise durch Aggressionspolitik Seite 30

Großbritannien: Neues Staatsbürgerschafts-Gesetz Seite 30

Spanien: Generäle und Bischöfe hinter Regierungskrise ... Seite 31

Italien: Kampf gegen Entlassungen bei Montedison Seite 31

VR China: „Viererbände“-Prozeß: Folgen für den Klassenkampf im Sozialismus Seite 32

Unterdrückung von Konterrevolutionären in der chinesischen Revolution Seite 32

Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über die große proletarische Kulturrevolution Seite 34

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 36

Horrorfilm: Nacht des Schlächters Seite 36

SF-Rechtfertigung für Herrenmenschen Seite 36

Wallraff: Enthüllungen über Bild Seite 36

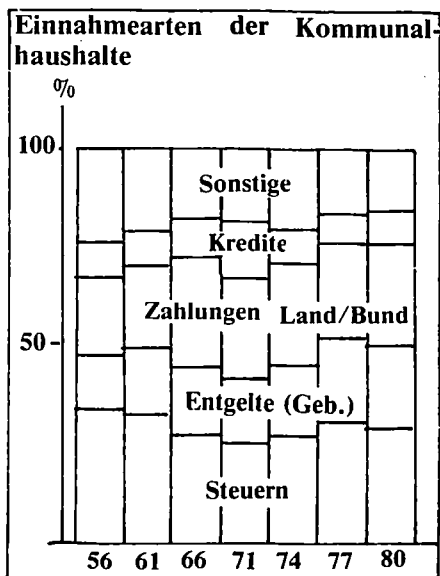
Filmrezension: Brubaker oder vom Mann, „der auszog, auch Häftlinge wie Menschen zu behandeln“ Seite 37

Auswirkungen unsteter Beschäftigung auf die Lohnverteilung Seite 39

Ausmaß der Lohnspaltung Seite 38

Durch sinkenden Steueranteil und Senkung der Zuweisungen auf Gebührenplünderung angesetzt

Für weiteren Krach um die Gewerbesteuer ist gesorgt



Stadtkämmerer Deppe, Hannover: „Wir meinen, daß gerade nach den Haushaltsplanberatungen des letzten Jahres weitere Einsparungen ohne Aufgabe von städtischen Aufgaben nicht mehr möglich ist.“

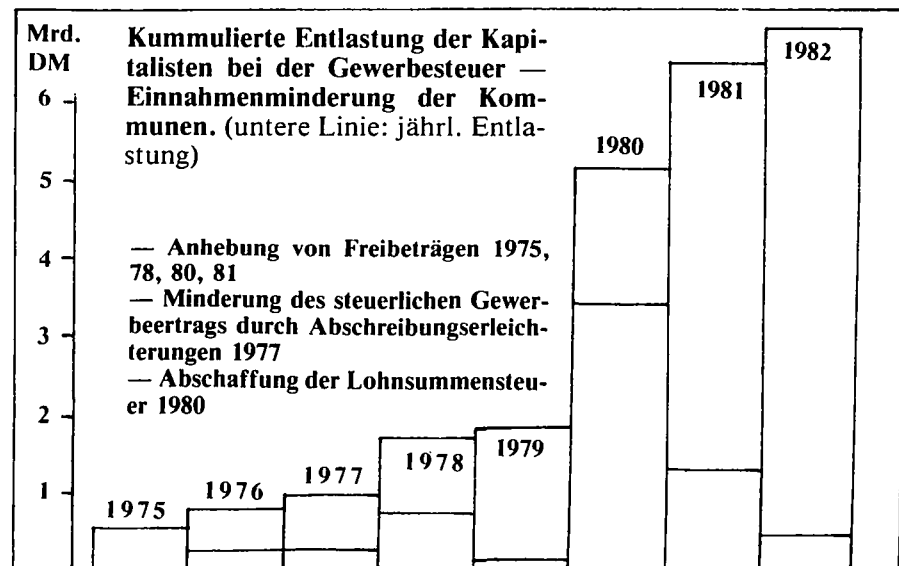
Stadtkämmerer Meyer-Pries, Osnabrück: ... Die besonderen Vorteile der Steuerentlastungsmaßnahmen kommen jedoch ... relativ einseitig und zwar mit steigendem Hebesatz zunehmend – den lohnintensiven Großbetrieben zugute.“

Stk. Klein, Duisburg: „... Ohne das Steueränderungsgesetz 1979 hätte

das Gewerbesteuergesamtaufkommen der Stadt im Jahr 1980 314,8 Mio. DM betragen. Nunmehr ergibt sich bei dem kalkulierten Hebesatz von 350 v.H. lediglich noch ein Gewerbesteueraufkommen von 217 Mio. DM; allein im nächsten Jahr beträgt die Gewerbesteuerentlastung der örtlichen Wirtschaft also 97,8 Mio. DM oder rund 30% des ursprünglichen Gewerbesteueraufkommens.“

Stk. Ludemann, Köln: „Da nämlich die einzelnen Konsequenzen aus dem Steueränderungsgesetz 1979 in den Haushaltsplänen der nächsten Jahre nur schrittweise wirksam werden, wären die Kommunen in NW – völlig losgelöst von anderen Sachzwängen ... – gezwungen, den Hebesatz im Zeitraum 1980–1983 mindestens dreimal erhöhen zu müssen.“

Stk. Franke, Heidelberg: „... legt sich das Land Wasserreserven für einen Dürreereinbruch an, den es durch weitere Abholzung des Steuerwaldes selbst auszulösen gedenkt. Wir schlagen uns noch mit den Auswirkungen des Rundumschlages von 1978/79 herum, und inzwischen markieren die Oberförster schon eifrig Bäume, die morgen fallen sollen. Heidelberg dagegen muß wiederum 20 Mio. DM neue Kredite aufnehmen, und die Zinsausgaben werden bei über 16,6 Mio. DM oder 83,1% dieser Summe liegen.“



Alle Stadt- und Landgemeinden planen gegenwärtig die einschneidendsten Gebührenerhöhungen seit Mitte der 70iger Jahre oder haben die ersten bereits in die Tat umgesetzt.

Die Länderregierungen versuchen sich – angeheizt durch die Kritik der CDU/CSU an der Schuldenpolitik der SPD/FPD-Regierung – gegenseitig mit „Sparprogrammen“ zu übertreffen. Der Hauptbestandteil dieser „Sparprogramme“ sind Stellenstreichungen und Rationalisierungsmaßnahmen gegen die Beschäftigten in den Öffentlichen Diensten und Hoffnung auf Durchsetzung von Lohnsenkungen. Zur Rückendeckung dieser Politik hat das Bundesverfassungsgericht rechtzeitig den „Gesetzgeber“ ausdrücklich ermächtigt, ... aus sachgerechten Gründen ... des Dienstherrn die Bezüge herabzusetzen.“ Damit erhält die Finanzierung der Regierungspolitik des Finanzkapitals Verfassungsrang vor der Bezahlung der Arbeitskraft der Arbeiter, Angestellten und Beamten in den öffentlichen Diensten.

Die Bundesregierung ist gegenwärtig damit beschäftigt, einen Haushalt durch das Parlament zu schleifen, dessen Nettokreditaufnahme im Endeffekt bei ca. 30 Mrd. DM liegen wird. Wenn die NATO-Verpflichtung, den Verteidigungshaushalt um 3 Prozent jährlich zu steigern, eingehalten wird, bedeutet das notwendige Mehreinnahmen allein für den Verteidigungshaushalt bis 1984 von rund 14 Mrd. DM. Noch im Jahr 1980 hatte sich die Bundesregierung im Nachtragshaushalt vom April zusätzlich 1,8 Mrd. DM im wesentlichen für „Türkeihilfe“ und „Verteidigungsausgaben“ bewilligen lassen.

Einig sind die Bundesparteien und Bundes- und Landesregierungen darin, daß ein wachsender Teil der Steuern für die Regierungsgeschäfte des Finanzkapitals zentralisiert werden muß und die Gemeinden dafür die Gebührenschraube weiter anziehen und sich notfalls weiter verschulden sollen.

Die Zielsetzung dafür hatte bereits das Jahresgutachten des Sachverständigenrates der Bundesregierung gesteckt: „Bei den Gemeinden zeigt sich immer wieder, wie sehr ihre Ausgaben und besonders ihre Investitionsausgaben durch die Entwicklung ihrer Einnahmen bestimmt sind ... Im nächsten Jahr wird für die Expansion der kommunalen Ausgaben vermutlich nur wenig Spielraum bestehen, und wahr-



Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen in Heidelberg 1975

scheinlich wird in erster Linie bei den Investitionen gekürzt werden ... Gebühren und Beiträge sowie die sonstigen Einnahmen, die kaum prozyklisch schwanken, machen rund ein Drittel der kommunalen Einnahmen aus. Von ihnen könnte ein noch stärker dämpfender Einfluß ausgehen, wenn es gelänge, ihren Anteil in den kommunalen Haushalten zu erhöhen.“

Der Finanzbericht der Bundesregierung steuert zur „Konsolidierung“ der öffentlichen Finanzen noch die Erkenntnis bei, daß schließlich in den letzten Jahren die Verschuldung der Gemeinden weniger zugenommen habe als die von Bund und Ländern.

Gegenwärtig tätigen die Gemeinden rund ein Viertel der gesamten Ausgaben des bürgerlichen Staates, dafür aber etwa zwei Drittel der gesamten öffentlichen Sachinvestitionen. Dafür erhalten sie aber nur einen Anteil von 12 Prozent an den Steuern, vor allem die Gewerbesteuer, sowie einen 15%igen Anteil an der Einkommenssteuer, 48,5 Prozent der Steuern erhält der Bund, 36,5 Prozent die Länder. Etwa ein Drittel ihrer Ausgaben decken die Gemeinden dadurch mit Steuern, etwa ein weiteres Drittel durch Zuweisungen,

wovon der größere Teil zweckgebunden ist, und etwa ein weiteres Fünftel durch Gebühren.

Da der Anteil der Gemeinden an der Gesamtverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden beim Finanzkapital (1979: 414 Mrd.) in den letzten Jahren durch die stetig wachsende Verschuldung des Bundes zurückgegangen ist, wittern die Banken, die gegenwärtig ca. ein Drittel ihrer Profite aus Zinszahlungen von Bund, Ländern und Kommunen kassieren, neue Geschäfte. Bedingt durch unterschiedliche Laufzeiten und Zinsbedingungen betragen die Zinszahlungen der Gemeinden aber bereits jetzt 4,3 Prozent ihrer Ausgaben gegenüber 4,1 Prozent bei denen der Länder und 5,5 Prozent bei denen des Bundes.

Senkung des Anteils am Gesamteueraufkommen und Senkung der Zuweisungen und Ausgleichszahlungen sind also die beiden Haupthebel, durch die die Gemeinden auf die Gebührenschröpfung und Lohnsenkung in den öffentlichen Diensten angesetzt werden.

In allen Landeshaushalten sind die Kürzungen der Zuweisungen an die Gemeinden ein Eckpfeiler der „Sanie-

rung der Landeshaushalte.“ Dazu einige Beispiele: In Hessen hat das Kabinett bereits eine Kürzung des Steuerverbundsatzes von bisher 23 auf 22 Prozent beschlossen. In Nordrhein-Westfalen will das Finanzministerium den Zuwachs der Zuweisungen an die Gemeinden an die geplante Zunahme des Haushaltsvolumens von 4 Prozent koppeln. Dabei sollen die ausstehenden Zahlungen für vorangegangene Jahre aber dazugerechnet werden, so daß sich die effektiven Zuweisungen also verringern werden. In Niedersachsen sieht ein Gesetzesentwurf zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes eine Absenkung der Steuerverbundquote von 22,1 auf 20,75 Prozent vor. In Baden-Württemberg sollen die Gemeinden durch sinkende Zuweisungen im Haushalt 1980 um 300 und 1981 um 400 Mio. DM belastet und der Haushalt der Landesregierung entsprechend entlastet werden. Alle Landesregierungen versuchen außerdem, durch die Koppelung von zweckgebundenen Zuweisungen an entsprechende „Sanierungsmaßnahmen“ der Gemeinden Gebührenerhöhungen durch die Gemeinden zu erzwingen, z.B. durch die Bedingung, Zahlungen für Schülertransporte nur zu leisten, wenn die Fahrpreisgebühren erhöht werden.

Ziel der Bundes- und Landesgesetze und Erlasse ist es, den Steueranteil, den die Gemeinden direkt erheben können, zu senken, um deren finanziellen Spielraum einzuengen. Betrug der Steueranteil an den Einnahmen der Gemeinden 1956 33,9 Prozent, so wurde er mit zwischenzeitlicher Anhebung 1977 auf 31 Prozent zielstrebig auf 29,3 Prozent gesenkt. Dafür wurden zunächst die Zuweisungen, mit denen auch die Ausgaben der Gemeinden festgelegt werden können, angehoben. Im gleichen Zeitraum nahm der Anteil der Einnahmendeckung der Gemeinden durch Gebühren und Entgelte von 12,7 Prozent 1956 auf 19,7 Prozent 1977 zu und sank in den letzten drei Jahren leicht auf 19 Prozent. Dies ist gegenwärtig der Angelpunkt für die Aufforderung zu weiteren Gebührenerhöhungen.

Den Hauptverlust an Steuereinnahmen hatten die Gemeinden bei der Senkung der Gewerbesteuer.

Durch die Steueränderungsgesetze von 1979, deren Ziel die auf dem Wirtschaftsgipfel von 1978 erklärten „wirtschaftsbelebenden Maßnahmen“ sind, ergibt sich für die Kommunehaushalte für den Zeitraum 1979 bis 1981 eine Haushaltsmehrbelastung unter Berücksichtigung der „Ausgleichsmaßnahmen“ einer 1%-Anhebung des Anteils an der Einkommenssteuer und einer Senkung der Gewerbesteuerumlage von: 2,3 Mrd. DM für 79, 1,9 Mrd. für 1980 und 3,5 Mrd. für 1981. Der Hauptanteil dieser Mehrbelastung ent-



Sandwichumzug gegen städtische Gebührenerhöhungen 1980

Länder und Gemeinden planen Stellenstreichung und Lohnsenkung

Am 26./27.2. will die Gewerkschaft ÖTV die Forderungen für die Lohnbewegung 1981 beschließen und am 6.3. die Verhandlungen aufnehmen. Der Geschäftsführende Hauptvorstand hat für die Erhöhung der Löhne und Gehälter reine 7% vorgeschlagen. Noch vor Aufnahme der Verhandlungen war die ÖTV gezwungen, sich gegen Angriffe der Dienstherren zu wehren, die in Form ihrer Spitzenbeamten in Ländern und Gemeinden mit Sparvorschlägen für ihre Haushalte nicht nur öffentlich aufgetreten sind, sondern sie großenteils schon haben beschließen lassen. Eine heftige Rationalisierungswelle durch Stellenstreichungen soll erneut begonnen werden, nachdem der erste große Vorstoß 1975 gegen den Widerstand der Beschäftigten nur teilweise erfolgreich war.

Für die Erhöhung der Löhne und Gehälter sind in den Nachtragshaushalten durchschnittlich 2,5% vorgesehen. Rau, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, hat sich insbesondere starkgemacht für den Plan, die Besoldungserhöhung für die Beamten zu verschieben oder zu kürzen, nachdem die Regierungskoalition vorerst davon Abstand genommen hatte.

Der Zwang zum Sparen soll durch die Wirkungen des Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Gemeinden nach unten durchgewälzt werden. Stellenreduzierung und niedriger Prozentabschluß würden sich am drückendsten auf die Beschäftigten bei den Kommunen auswirken, wo die Einkommen am niedrigsten sind und die Last der Überstunden am höchsten ist.

Zwar versucht die Gewerkschaft ÖTV, durch örtliche Kampagnen Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen zu erreichen und schädliche Folgen der Rationalisierung zu verhindern. Sie hat z.B. gegen den Plan der Lübecker Bürgerschaft, einen zentralen Schreibdienst einzurichten, durchgesetzt, daß aufgrund von eigenen Untersuchungen und Vorschlägen der Beschäftigten ein



Am unteren Ende der Lohnskala

Projekt durchgeführt wird, das der Qualifizierung der Schreibkräfte, der Ausbildung an modernen Datenverarbeitungsgeräten und der Verminderung des Lärms bei der Arbeit sowohl durch Baumaßnahmen als auch durch Beschaffung geräuscharmerer Geräte dienen soll. Mit dem Angebot von „Mischarbeitsplätzen“ ist die Zumutung an die Schreibkräfte verbunden, sich in die Spitzel- und Kontrolltätigkeit des bürgerlichen Staates einbeziehen zu lassen.

Das „Modell eines humanen Schreibdienstes“ sieht für das Jugendamt u.a. vor: „Überwachen, ob vom Gericht verfügte Arbeitsauflagen geleistet sind.“

Die folgenden Forderungen aus Niedersachsen dokumentieren, daß die Beschäftigten der Länder und Kommunen den nackten 7%-Vorschlag nicht billigen:

Beamtenausschuß der ÖTV Braunschweig: 7%, mindestens 150 DM; Arbeiterausschuß der ÖTV Braunschweig: 7%, mindestens 150 DM; Angestelltenausschuß der ÖTV Braunschweig: 7% und 100 DM mehr Urlaubsgeld; Vertrauensleute Städt. Krankenhaus Braunschweig: 8%, mindestens 150 DM; Vertrauensleute Stadtwerke Braunschweig: 7%, mindestens 140 DM; Fachgruppe Sozialarbeiter Braunschweig: 7%, mindestens 150 DM, Erhöhung des Urlaubsgelds; Kreisdelegiertenversammlung Braunschweig: 7%, mindestens 150 DM; Arbeiterausschuß der ÖTV Hannover: 220 DM Festgeld, Verdoppelung des Urlaubsgelds; ÖTV-Mitgliederversammlung Universität Hannover: 220 DM Festgeld; Fachgruppe Soziale Dienste Northeim/Osterode: 100 DM und 5%; Vertrauensleute der Medizinischen Hochschule Hannover: 250 DM Festgeld; Fachgruppe Kirchliche Mitarbeiter Hannover: 180 DM und 2%; Vertrauensleute Hauptamt der Stadt Hannover: 8%, mindestens 180 DM; Vertrauensleute des Gaswerkes Hannover: 7%, mindestens 130 DM; Vertrauensleute Landkreis Hannover: 180 DM bis 200 DM Festgeld; Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV Hannover: 7%, mindestens 180 DM, Verdoppelung des Urlaubsgeldes. Dieser Beschluß wurde von den Delegierten der ÜSTRA und der Stadtwerke eingebracht.

fällt auf die Tarifänderungen und Anhebung der Freibeträge und auf den Wegfall der Lohnsummensteuer ab 1980.

Entgegen den verschiedenen Stellungnahmen von Bundes- und Länderregierungen über die verbesserte Einnahmen- und Ausgabenlage in den Jahren 75 bis 79 kommt die Bundesbank in ihrem Bericht zu den Gemeindefinanzen in der Beurteilung deren zukünftiger Kreditfähigkeit zu folgendem Ergebnis: „Ab 1978 schnitten die Gemeinden hinsichtlich der Entwicklung des Steueraufkommens dann allerdings deutlich schlechter ab als Bund und Länder, vor allem weil sie von den 1978 und 79 in Kraft getretenen – vorwiegend konjunktur- und

wachstumspolitisch motivierten – Steuerentlastungsmaßnahmen relativ stark betroffen wurden.“ Als Ausweg empfiehlt auch die Bundesbank: „Bessere Ansatzpunkte für Maßnahmen zur Einnahmesteigerung als bei den Steuern ergaben sich für die Gemeinden bei den Gebühren. Hier sahen sie offenbar noch einen beträchtlichen Spielraum für eine Anhebung der Sätze, vor allem 1975 und 76 nahm das Aufkommen der Gemeinden aus Gebühren sehr kräftig zu (nämlich um 11% bis 12%). Dieses Wachstum dürfte erheblich über die gleichzeitige Kostensteigerung hinausgegangen sein. Der Kostendeckungsgrad der kommunalen „Gebührenhaushalte“ ist daher vermutlich in diesen Jahren merklich ge-

stiegen“. Wenn gegenwärtig die Gemeinden also zu einer erneuten Ausdehnung der Gebührenplünderung angesetzt werden, dann stehen sie dabei unter anderem vor der Schwierigkeit, nicht nur zu begründen, warum die Lohnabhängigen wachsende Steuerlasten tragen sollen und gleichzeitig für allgemeine öffentliche Einrichtungen nochmals zahlen sollen. Bei zunehmend mehr Gebührenerhebungen stimmt außerdem auch rechnerisch das Argument der Kostendeckung nicht mehr, sondern aus den kommunalen Gebühren und den Gebühren der kommunalen Energie und Verkehrsbetriebe fließen in wachsendem Maße Nettoüberweisungen in den Gemeindehaushalt.

Gipfeltreffen Schmidt und Giscard

Keine Rede mehr von Entspannung ist in dem Kommuniqué des Treffens von Schmidt und Giscard am 6.2.; dafür wird ein „sicherheitspolitisches Gleichgewicht ... vom Atlantik bis zum Ural“ gefordert. BRD und Frankreich als Hauptmächte der EG stecken ihre Ansprüche gegenüber den Supermächten mit dem Amtsantritt Reagans neu ab. An die Adresse der SU ging die heuchlerische Aufforderung zur Nichteinmischung in Polen, Mitsprache durch „Beteiligung aller interessierten Parteien“ wird für den Nahen Osten, Namibia und Afghanistan verlangt. An die USA, deren Interessen die geforderte „Europäische Abrüstungskonferenz“ widerspricht, erging der Wunsch zur „Mäßigung beim politischen Handeln“. Eine Intervention im Tschad wird im Kommuniqué unter der Sorge für die „Unabhängigkeit“ offengehalten. — Wirtschaftlich sind die Beziehungen BRD — Frankreich alles andere als freundlich; Bundesbankpräsident Pöhl kritisierte die Kreditaufnahme Frankreichs, die den DM-Kurs drücke. Die „FAZ“ verlangte baldige Franc-Abwertung, Frankreichs Handelsdefizit gegenüber der BRD beträgt fast 10 Mrd. DM.

Mofa-Fahren immer teurer

90 bis 100 DM statt 70 DM müssen die Mofafahrer ab dem 1.3. an Haftpflichtversicherung zahlen. Die Teilkaskoversicherung verdoppelt sich sogar auf 90 bis 95 DM. Ein Mofa ist unter 985 DM nicht zu kaufen, ein etwas besseres kostet bereits mindestens 1350 DM. Dazu der Pflicht-Helm, Mindestpreis 56 DM. Welcher Jugendliche soll das eigentlich noch zahlen können?

Anhörung Flughafen- ausbau Frankfurt

Vom 2. bis 5.2. fand im Hessischen Landtag eine Anhörung zum Bau einer neuen Start — Landebahn des Flughafens Frankfurt statt. Durchgesetzt von den Baugegnern, wurde die Anhörung von den Befürwortern — Landesregierung und Kapitalistenverbänden — genutzt, die Gutachter aufboten, um den Bau als notwendig

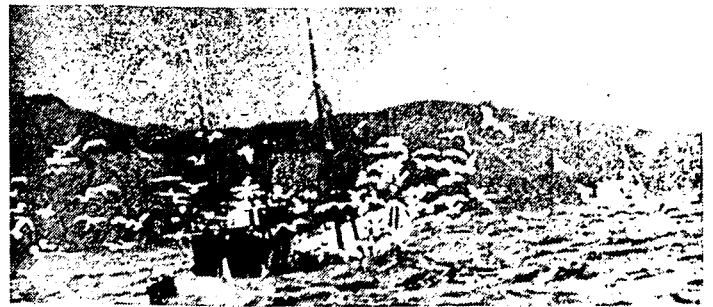
für die „Schaffung sicherer Arbeitsplätze“ auszugeben, wo tatsächlich 300 Mio. DM für die Beschleunigung des Kapitalumschlages ausgegeben werden sollen. Damit verbunden, so die Gegner des Ausbaus, sind die Zerstörung von 600 ha. Wald, immense Lärmbelastung und Grundwasserspiegelabsenkung. Vor der Anhörung erklärte die SPD/FDP-Landesregierung, gebaut werde in jedem Fall. Der DGB erklärte „bedingtes Ja“ zum Ausbau.

Krauss-Maffei im „Leopard 2-Tal“

Passend zu den Regierungsmaßnahmen für die Ausweitung der Waffenexporte lieferte Krauss-Maffei — zu über 75% Waffenproduzent — die Bilanz 1980: Umsatzrückgang um fast ein Drittel auf 1,5 Mrd. DM. Was für andere Zusammenbruch bedeutet, hat bei diesem Flick-Konzern zu „nicht ganz dem Rekordgewinn von 1979“ geführt. Und der Himmel im Panzergeschäft scheint so voll, daß der Vorstand der Bundesregierung betont dezent „Unterstützung“ für neue Geschäfte anbot.

Umschüler fordern Erhöhung des AFG

Am 31.1. fand in Köln die 3. bundesweite Konferenz von Umschüler-, Fortzubildenden- und Rehabilitandenvertretern statt. Anwesend waren über 60 Vertreter von Einrichtungen, an denen ca. 10000 ausgebildet werden. Die Konferenz zog Bilanz über die Arbeit des letzten Jahres: Die Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG), nach der seit dem 1.1. jetzt bei Krankheit das Unterhaltsgeld (UHG) fortgezahlt wird und nicht mehr Krankengeld beantragt werden muß, war ein Erfolg. Daß Urlaubsgeld in der Regel und Weihnachtsgeld in einigen Fällen in die UHG-Berechnung einbezogen werden, ist zumindest ein Teilerfolg. Aber nach wie vor ist das UHG elend niedrig. Der Durchschnitt lag 1979 bei 1075 DM, 1980 dürfte es kaum mehr gewesen sein. Die Inflation greift den Lebensstandard weiter an: Bei einer 6%igen Inflationsrate liegt die UHG-Erhöhung nach einem Jahr Umschulung („Dynamisierung“) bei 4%. Die Konferenz zog daraus den einzig richtigen



Zwar haben sich die EG-Landwirtschaftsminister auch auf ihrer Sitzung am 9./10.2. nicht über die Fangquoten im Nordatlantik und über die diversen Zugangsrechte zu den Küstengewässern der Mitgliedsstaaten einigen können. Zwar konnten sie sich ebenfalls nicht auf die Billigung der mit Kanada bereits ausgehandelten Fischereiabkommen einigen. V.a. darüber sind die BRD-Imperialisten, die 10000 t Fisch vor der kanadischen Küste zu fangen beabsichtigen, ungehalten. Unzufrieden sind sie dennoch nicht: Zum „Ausgleich“ drückte der herrisch auftretende Ertl die Fangerlaubnis für 3000 t Fisch vor Grönland durch. Allerdings: Grönland wurde nicht gefragt. Fisch im Wert von jährlich 130 Mio. DM rauben die EG-Imperialisten aus seinen Gewässern (Bild). Im März legt die Regierung dem Parlament die Vorlage über ein EG-Referendum vor: Austritt aus der EG!

Schluß: Sie forderte die Erhöhung des UHG auf 90% des letzten Nettolohnes, eine Regelung, die es bis 1976 schon gegeben hatte. Diese Forderung wurde auf dem 11. DGB-Kongreß 1978 erhoben; der Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober letzten Jahres hat diese Forderung ebenfalls erhoben. Die Konferenz beschloß eine Aufforderung an die Parteien des Bundestages, folgendermaßen das AFG zu ändern: 90% UHG vom letzten Nettolohn; Mindest-UHG von 1000 DM, um die schlimmsten Fälle von Elend zu beseitigen; und die volle Anrechnung aller Lohnbestandteile wie Weihnachtsgeld, 624 DM-Gesetz etc. auf die UHG-Berechnung.

Demonstration gegen BRD-Türkei, „hilfe“

Voraussichtlich am 14. März in Frankfurt wird eine zentrale Demonstration gegen die BRD-Wirtschafts- und Militärhilfe für die Türkei stattfinden, zu der türkische Demokraten und Gewerkschafter aufrufen. Im Frühjahr will die Bundesregierung mit der 3. Türkei, „hilfe“ ihren Würgegriff um das Land noch mehr verstärken. Die über 100 Türken, die seit Ende letzten Jahres im Hungerstreik waren, haben ihre Aktion inzwischen beendet. Die türkische Militärjunta mußte eine ihrer Forderungen, Auskunft über das Schicksal gefolterter Patrioten, inzwischen erfüllen.

Ägypten: Keine festen US-Stützpunkte

Ägypten hat es in Verhandlungen mit der US-Regierung abgelehnt, den US-Truppen Stützpunkte unter US-Hoheit zu gewähren, wie sie die SU bis 1972 in Ägypten besaß. Stattdessen hat Ägypten den USA die Benutzung ägyptischer Militäranlagen für Operationen im Golfgebiet zugesagt.

Regierungswechsel in Polen

Am Dienstag, dem 10.2.1981, ist der seit 1968 als Verteidigungsminister amtierende General Jaruzelski gleichzeitig neuer Ministerpräsident geworden. Sein Vorgänger trat auf der Sitzung des ZK der PVAP zurück. Am selben Tag entschied der Oberste Gerichtshof, daß die Bauern nach polnischem Recht keine Gewerkschaft gründen, dagegen eine Vereinigung bilden können. Zuvor hatte das ZK darüber beraten. Im Rahmen einer breit angelegten Säuberung wurden der frühere Ministerpräsident Jaroszewicz und zahlreiche weitere Funktionäre aus der Partei ausgeschlossen. Der 1. Sekretär Kania hat auf die schwierige wirtschaftliche Lage hingewiesen. Zu befürchten sei, daß die Verbündeten und andere Kreditgeber Polen nicht weiter unterstützen würden. Die Auslandsabteilung der Bank für Gemeinwirtschaft verbreitet, die VR Polen sei für den deutschen Außenhandel „das allergrößte Risiko“.

Wahlen in Frankreich

Die Bourgeoisie schließt eine Ablösung Giscards nicht aus

Am 26.4. und 10.5. wird der französische Staatspräsident für die nächsten sieben Jahre gewählt. Über 30 Bewerber haben bisher ihre Kandidatur angemeldet, den ersten Wahlgang werden jedoch höchstens sechs bis sieben erreichen. Denn das Wahlgesetz fordert jeweils die Unterstützung durch 500 „Volksvertreter“ – Bürgermeister oder Abgeordnete –, damit es nicht zu bunt wird. Nach der Nominierung ihres Generalsekretärs Marchais durch die revisionistische PCF schon letzten Herbst haben jetzt auch die Sozialisten mit Mitterrand und die gaullistische Regierungspartei RPR mit Chirac ihre Kandidaten ins Rennen geschickt. Staatspräsident Giscard d'Estaing wird, unterstützt von der zweiten Regierungspartei UDF, seine Kandidatur im März bekanntgeben. Die Bourgeoisie erörtert gegenwärtig die Chancen der Bewerber. Zwei Dinge stechen dabei hervor. Zunächst, daß die Bourgeoisie einheitlich davon ausgeht, daß Ministerpräsident Barre bei einer Wiederwahl Giscards in keinem Fall wird seinen Posten halten können. Sodann schließen sie einen Wahlsieg der Sozialisten unter Mitterrand nicht mehr aus.

Daß Barre seine Verdienste hat und treu Giscards Politik umsetzte, leugnet kein Bourgeois. Wie könnte er. Seit Beginn seiner Amtszeit 1976 hat dieser hartnäckig an der Umwandlung von Lohn in Profit gearbeitet; 3,1% Reallohnsenkung weisen unsere Berechnungen aus. Der Mehrwertsteuersatz ist auf durchschnittlich 17% geschneit, die Sozialversicherungsbeiträge wurden um drei Prozentpunkte gesteigert. Mit der Rekordverschuldung des Staates von 30 Mrd. FF 1980 entsprach die Regierung dem Verlangen der Kapitalisten nach gefahrloser Verzinsung ihrer Profite in Zeiten unsicherer Konjunktur.

Ungerupft hat Barre diese dreisten Angriffe jedoch nicht abschließen können. Noch 1980 konnte die französische Arbeiterbewegung schwere Angriffe auf Sozialversicherung und Gesundheitsversorgung zurückschlagen sowie Reallohnsteigerungen von knapp 1% durchsetzen. Die teilweise erfolgreiche Bewegung der Jugend gegen die Motorradsteuer und der einheitliche Kampf der Gewerkschaften gegen Strafrechtsverschärfung und die Angriffe auf das Streikrecht haben die Koalition zusätzlich abgenutzt. Vor allem aber schlagen jetzt die Auswirkungen der Wirtschaftskrise voll durch.

Die industrielle Produktion fällt in den letzten Monaten zwischen 0,5% und 1%, die geschätzten Neuinvestitionen der Privatindustrie für 1981 unterschreiten das Niveau von 72, die Kapitalisten versuchen, über Entlassungen und Intensivierung die Produktivität zu sichern. Doch bei jetzt 1,7 Mio. Arbeitslosen müssen sie weitere Exporteinbußen, jetzt auch in den bisher starken Bereichen der Automobilindustrie und der Elektronik, hinnehmen. Sie schreien nach billiger staatlicher Investitionshilfe und Lohnsenkung, die gegenwärtige Regierung scheint ihnen nicht der Garant, das gegen die Arbeiterbewegung durchzusetzen.

Schon bei den letzten Haushaltsberatungen hatte die RPR sozialdemago-



Gegen die Angriffe auf die Sozialversicherung, Sommer 1980

gisch gegen einige Steuererhöhungen und die hohe Staatsschuld gewettert und im gleichen Atemzug zur „Ermunterung produktiver Investitionen“ Kürzungen im Sozialbudget und bei den Löhnen der Staatsbeschäftigten gefordert. Jetzt greift sie Giscard/Barre wegen „Arbeitslosigkeit, Inflation und Unsicherheit“ an. Altgaullist Debré verlangt „Entbehrungen und Opfer“, denn „die nächste Präsidentschaft muß die des Ruhmes Frankreichs sein oder es wird nichts sein“. Chiracs Kandidatenrede war ein einziger demagogischer und chauvinistischer Aufruf an „die müden und zweifelnden Franzosen“, für Frankreichs Größe in der Welt zu kämpfen und „den Prozeß der Degradation zu stoppen“.

Ob diese demagogische und offen reaktionäre Politik mit Chirac oder Giscard ohne Risiko ist, darüber ist die Finanzbourgeoisie keineswegs einig. Die Bewegung gegen die Reaktion unter den Arbeitern und Volksmassen wächst, und sie hat schon die Revisio-

nisten zwingen können, von ihrer Politik des Hauptschlages gegen die Sozialisten abzurücken und ihre Kampagne unter den Losungen „Giscard schlagen“ und „Die Reichen zahlen lassen“ zu radikalisieren. Die Sozialisten haben jetzt ein Programm vorgelegt, das einige Forderungen der Arbeiterbewegung wie 35-Stundenwoche, Steuersenkungen, keine Mittelstreckenraketen in vagen Formulierungen aufnimmt und sich gleichzeitig dezidiert gegen die pro-sozialimperialistische Propaganda der PCF wendet. Das Finanzkapital diskutiert offen die Möglichkeit eines Präsidenten Mitterrand, der sich von der PCF klar absetzt und gleichzeitig die Arbeiterbewegung zu gewinnen und zu integrieren weiß. Deren Fähigkeit zu selbständiger Politik und Festlegung Mitterrands auf einige ihrer Forderungen ist durch die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung geschwächt. Das läßt die Bourgeoisie die reformistische Variante der Regierungsführung erwägen.

Bruttolohnbezogenheit Daß sie nicht kommt, ist inzwischen gewiß

Die Rückkehr der Rentengesetzgebung zur Bruttolohnbezogenheit findet statt, die Abkehr der Rentenzahlung von der Bruttolohnbezogenheit geht weiter. Das ist die kurze Zusammenfassung von Regierungserklärung und Regierungstätigkeit in Sachen Renten.

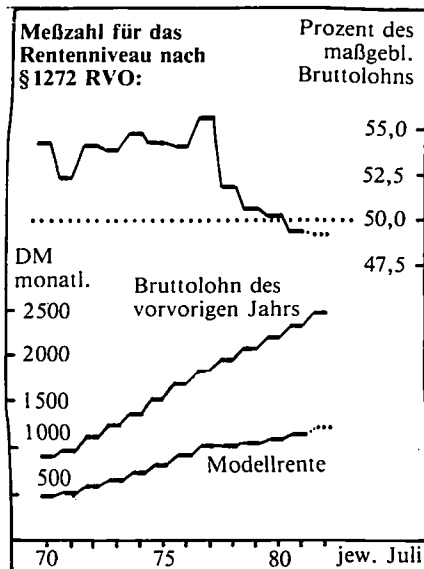
Die Kürzung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung um 3,5 Mrd. DM ist bereits auf erheblichen Protest der Rentenversicherungsträger gestoßen: „Wenn Geld in der Kasse ist, ist Ehrenberg nicht weit“. Ein Vertreter der Rentenversicherungsträger gab auf Nachfrage zur bevorstehenden Rentenanpassung 1982 den Rat, besser nichts zu veröffentlichen, gegenwärtig könne man nur vermuten.

Und in der Tat: Im Arbeitsministerium läuft die Ausarbeitung des bis zum 30. März vorzulegenden Rentenanpassungsberichtes. Zusammen damit soll von der Regierung ein Entwurf für ein „Rentenanpassungsgesetz 82“ beschlossen werden. Die Tatsache, daß die „Rentenniveau-Sicherungsklausel“ (§ 1272 RVO, s. Bild) bereits in diesem Jahr und „vermutlich“ auch im nächsten Jahr verletzt wird, scheint die Regierung im besten Falle mit einem „zwar“ berücksichtigen zu wollen.

Neben der zum 1.1.82 vorgesehenen Rentenerhöhung um 5,8% sei Kernstück des Gesetzes eine erneute Änderung der Berechnung der Renten. Die von den Rentnern demnächst selbst zu zahlenden Krankenversicherungsbei-

„Rentenniveau-Sicherungsklausel“ (§ 1272 RVO)

„(2) Durch die Anpassung ist ein stabiles Rentenniveau zu sichern. Das Rentenniveau soll, gemessen an einem Altersruhegeld, dem vierzig anrechnungsfähige Versicherungsjahre und eine für den Versicherten maßgebende Rentenbemessungsgrundlage von 100 vom Hundert zugrundeliegen, im Juli des jeweiligen Anpassungsjahres 50 vom Hundert (des Durchschnittslohns der vorvorigen Jahres) betragen. Wird dieses Rentenniveau in zwei aufeinanderfolgenden Jahren nicht erreicht, so hat die Bundesregierung in dem nach § 1273 vorzulegenden Bericht dazu Stellung zu nehmen, ob über die Anpassung nach Absatz 1 hinaus Maßnahmen zur Sicherung des Rentenniveaus geboten sind ...“



träge sollen nicht durch eine Erhöhung der Berechnungsgrundlage der Renten um den gegenwärtigen Krankenversicherungsbeitrag erstattet werden. Das hätte bereits zur Folge gehabt, daß jede Erhöhung des Prozentsatzes der Versicherungsbeiträge von den Rentnern voll zu tragen gewesen wäre. Die Regierung geht weiter: Die Erstattung soll als „Zuschuß“ erfolgen. Damit werden die Weichen gestellt, um – wie

in der Regierungserklärung bereits angekündigt – diesen Zuschuß bis zur halben Höhe der Krankenversicherungsbeiträge und ggf. auch weiter abzubauen, um u.a. darüber ab 1984 „eine gleichgewichtige Entwicklung des Anstiegs der verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer und der Rentner“ (H. Schmidt am 24.11.) – auf deutsch als Nettolohnbezogenheit der Renten – durchzusetzen.

Jahreswirtschaftsbericht

Bourgeoiskampagne für Lohnsenkung gewinnt klarere Umriss

Die knallfroshartige Berichterstattung über den politischen Gesundheitszustand des Kanzlers Schmidt und seiner Minister sollte niemandem die Ohrentaub machen für Hintergrundgeräusche aus dem Regierungslager: Diese Bundesregierung hat ein wirtschaftspolitisches Konzept und für dieses Konzept eine ganz ungewöhnlich breite Unterstützung. Seine Grundlinien sind im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung veröffentlicht, der aus in Schmidts Formulierung gegossenen Lambsdorff-Einfällen besteht. Im Gefüge der parlamentarischen Kräfte versucht lediglich der gewerkschaftsnahe Teil der SPD Widerstand. Deswegen tönt der Krach aus den Reihen der SPD und weniger aus Zusammenstößen von Regierung und Opposition.

Aus den Dokumenten der Bundesregierung und der angeschlossenen Propagandakampagne der Kapitalisten wird inzwischen deutlicher, welche Bestandteile jahrzehntelang großspurig verkündeten „sozialen Besitzstandes“ der Arbeiterbevölkerung entzogen werden sollen, und – andeutungsweise – wie dies geschehen soll.

„Die Bundesregierung hat mit dem Entwurf eines Mineralöl- und Brannt-

weinsteuer-Änderungsgesetzes 1981 eine Anhebung dieser Verbrauchssteuern vorgeschlagen. Die Mehreinnahmen aus beiden Maßnahmen werden sich 1981 auf 2,4 Mrd. DM belaufen. Die Anhebung der Mineralölsteuer soll auch zu einem sparsameren Kraftstoffverbrauch anreizen und so zu einer Verringerung der Öleinfuhren beitragen.“ – Ohne Zweifel wird dieser „Anreiz“ stark wirken; ungefähr so: Für viele wird ein „Anreiz“ entstehen, das Auto zu verkaufen bzw. von Beschaffung oder Wiederbeschaffung eines solchen abzusehen. Für diese entsteht dadurch ein erheblicher Anreiz, die steigenden Preise bei den öffentlichen Verkehrsmitteln zu zahlen. Hieraus wird sich ein weiterer Anreiz ergeben, nämlich, einen wohnungsnahe Arbeitsplatz auch dann zu suchen, wenn dieser erheblich schlechter bezahlt wäre. Oder umgekehrt, eine arbeitsplatznahe Wohnung zu suchen, auch wenn diese viel teurer ist. Aber auch jene, die sich nicht entschließen müssen, das Auto abzuschaffen, können von der Anreizung profitieren. Sie werden gereizt, sich einen schlimmen Kredit anzutun wegen Anschaffung z.B. eines weniger

sprithungrigen Modells; usw., usf. – Bei einiger Entwicklung der Affäre wird das Auto für eine ganze Schicht von Lohnabhängigen unerschwinglich geworden sein.

Ein weiteres Feld, auf dem Schmidt umzupflügen gedenkt, ist das Anspruchsdenken in Wohnungsangelegenheiten. – „Um den sich abzeichnenden Wohnungsbedarf besser zu befriedigen und um die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Bauwirtschaft besser zu nutzen, wird die Bundesregierung eine wohnungspolitische Gesetzgebung vorlegen. Diese soll unter Wahrung des notwendigen Schutzes der Mieter die Investitionsbereitschaft privater Anleger im freifinanzierten Wohnungsbau stärken, schrittweise mehr marktwirtschaftliche Elemente in den sozialen Wohnungsbau einführen, die Fehlbelegung vermindern und die Instrumente des Bundesbaugesetzes verbessern, um das Angebot an Bauland zu vergrößern und Preissteigerungen zu verringern.“ – Sicher ist hier nach eine Gesetzgebung, die ein Steigen des Lohnanteils, der im Durchschnitt für Mieten ausgegeben wird, zur Folge hat. Man wäre versucht zu sagen, das kann nicht gehen, denn diese Mieten kann niemand mehr zahlen!

– Wenn aber durch Wirken der Marktkräfte das übertriebene Ziel, wonach ein erwachsener oder heranwachsender Lohnabhängiger eines eigenen Zimmers bedarf, erst aus den Köpfen der Arbeiter vertrieben ist, wer weiß, vielleicht wird dann sogar ein großer Überhang an freien Wohnungen auf dem Markt zu finden sein? So ließe sich der Mangel, der jetzt auf dem Wohnungsmarkt zu Tage tritt, vollständig beseitigen, die Wohnungsnot fände dann in gewissen Wohnungen statt, wo man sie nicht mehr so sieht.

Ebenfalls sehr dezent im Ton, nach der Methode „Eine Überlegung unter die Leute bringen, indem man sie leugnet“, sinnt die Regierung über Mittel nach, wie die Reisewelle zu brechen wäre. In einem längeren Kapitel voll Lamento über die Leistungsbilanzpolitik heißt es: „Importbeschränkungen, spezielle Exportförderungsmaßnahmen, andere Handelshemmnisse oder eine Einschränkung des freien Auslandsreiseverkehrs sieht die Bundesregierung als untaugliche und schädliche Mittel für den Abbau des Leistungsbilanzdefizits an ... Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft muß erhalten und gestärkt werden, indem

a) die Rahmenbedingungen für die Investitionstätigkeit erhalten und verbessert werden, um die Anpassung an die veränderten Bedingungen auf den Weltmärkten zu erleichtern,

b) der Kostenanstieg durch Preis- und Lohnentscheidungen, die sich an den veränderten Verteilungsmöglich-

Schlichtungsabkommen in der Metallindustrie

§3 Verhalten nach Ablauf eines Tarifvertrags (1) Die Tarifvertragsparteien verpflichten sich, nach Ablauf eines Tarifvertrages während einer Frist von vier Wochen aus ihren Forderungen in diesen Tarifverhandlungen nicht zu streiken oder auszusperrern ...

§4 Voraussetzungen für ein Schlichtungsverfahren (1) Ein Schlichtungsverfahren setzt voraus, daß Verhandlungen der Tarifvertragsparteien stattgefunden haben, aber gescheitert sind und die Schlichtungsstelle angerufen wird.

(2) Die Verhandlungen sind gescheitert, wenn beide Tarifvertragsparteien dies gemeinsam festgestellt haben oder eine Tarifvertragspartei dies der

anderen Tarifvertragspartei schriftlich erklärt oder eine Tarifvertragspartei schriftlich ablehnt, weiter zu verhandeln ...

(4) Nach gescheiterten Verhandlungen können die Tarifvertragsparteien binnen einer Frist von zwei Werktagen gemeinsam die Schlichtungsstelle anrufen. Geschieht dies nicht, so kann die Schlichtungsstelle binnen einer weiteren Frist von einem Werktag von jeder Tarifvertragspartei einseitig angerufen werden. Die andere Tarifvertragspartei kann binnen einer weiteren Frist von zwei Werktagen nach Zugang erklären, ob sie sich dieser Anrufung anschließt. Schließt sie sich der Anrufung nicht an, findet ein Schlichtungsverfahren nicht statt ... (Auszüge zitiert nach: Der Gewerkschafter 1/80, S. 24)

keiten im Inland orientieren, begrenzt wird,

c) alle Möglichkeiten der Leistungsverbesserung und Spezialisierung in der Industrie genutzt werden,

d) durch eine höhere Innovationsbereitschaft rationellere Produktionsverfahren verwirklicht und neue Märkte erschlossen werden.

Dies erfordert eine Politik, die den Strukturwandel fördert.“ – Vielleicht wird sich ja die „unheimliche Reiselust der Deutschen“ zusammen mit den anderen angesprochenen Problemen im Zusammenhang der beabsichtigten „Preis- und Lohnentscheidungen“ bereinigen lassen, wo nicht, sind „Einschränkungen des freien Auslandsreiseverkehrs“ immerhin im Gespräch.

Selbstverständlich, der Ausgang einer einzigen Lohnbewegung entscheidet nicht, jedenfalls gegenwärtig nicht, über einschneidende Veränderungen des Lebensstandards. Allerdings würde ein Abschluß der IG Metall unter der Preissteigerungsrate und ohne Zuschläge für die untersten Lohn- und Gehaltsgruppen sowohl eine Tendenzwende andeuten und die Kapitalisten zu weiterem Vorgehen anstacheln, wie in diesen untersten Einkommensklassen der Verzicht auf gewisse Ansprüche, die in der BRD von der Arbeiterbevölkerung für normal gehalten werden, weil sie für eine ausreichende Reproduktion auch erfüllt sein müssen, eine unumstößlich feste Sache wäre. Der Lebensstandard einer Arbeiterbevölkerung im Ganzen ist aber nicht zuletzt bestimmt durch den niedrigsten Lohnstandard, den sie in ihrem Land duldet. Der Versuch, die Verteidigungsfront für den Lohnstandard aufzurollen, setzt deswegen bei den unteren Lohn- und Gehaltsklassen unvermeidlich an, und es ist wirklich schade, daß die IG Metall, damals vertreten durch Janßen, im vorigen Jahr, wo es

schon von der Konjunktur her besser gegangen wäre, nichts Handfestes für diese erreicht hat. Jetzt wird der Kampf dafür nur härter und der Erfolg unsicherer. – Gescheitert ist bislang allerdings erst der Versuch der IG Metall, die Kapitalisten milde zu stimmen durch Ankündigung, man wolle sich bei der Bundesregierung für Arbeitsplatz-



Der Eingruppierung nach Geschlecht den Kampf angesagt.

Aus der Agitation der IGM

sicherungszuschüsse an die Kapitalisten einsetzen. Die Kapitalisten zeigen die kalte Schulter, sie wollen eine Politik, „die den Strukturwandel fördert“. Die Marktkräfte wirken gegenwärtig stark gegen den Lohnstandard, die Aussicht, den Strukturwandel der deutschen Wirtschaft aus abgezogenem Arbeiterlohn zahlen zu lassen und hernach mit strukturgewandelter Industrie und gesenktem Lohnstandard kampfbereit auf dem Weltmarkt zu stehen, lockt und führt die Kapitalisten zu einer Verhandlungstaktik, daß die Absicht aufscheint, die Kampfkraft der IG Metall zu brechen. Ein solcher Versuch würde die politische und ideologische Lage in der BRD und Westberlin einschneidend verändern und nicht unbedingt zu Gunsten der Kapitalistenklasse.

Mitbestimmung Einzigartiger Gesetzentwurf

Auch in der Regierungszeit eines SPD-Kanzlers lassen wir uns die einzige Erregenschaft gegen den CDU-Kanzler Adenauer nicht nehmen, erklärten Delegierte der IGM in Dortmund. Ende Januar wandte sich die IGM mit Kundgebungen für die Montan-Mitbestimmung gegen die Politik der Bundesregierung. Inzwischen will die Bundesregierung auf Vorschlag von Ehrenberg einen Gesetzentwurf durch den Bundestag beschließen lassen, der eine Einschränkung der Rechte der Betriebsräte und Gewerkschaften vorsieht. Der Gesetzentwurf wird am 13. März im Bundesrat befaßt und am 1. Juli im Bundestag.

Im Mitbestimmungsgesetz für die Eisen- und Stahlindustrie ist Bedingung für die Anwendung: eine absolute Beschäftigtenzahl „von mehr als eintausend Arbeitnehmern“ in Unternehmen, deren „überwiegender Betriebszweck in der Förderung von Steinkohle, Braunkohle oder Eisenerz oder in der Aufbereitung, Verkokung, Verschmelzung oder Brikettierung dieser Grundstoffe liegt und deren Betrieb unter der Aufsicht der Bergbehörden steht.“

Bereits Mitte letzten Jahres hat der Mannesmann-Konzern geltend gemacht, nicht mehr unter dieses Gesetz zu fallen. Die IGM protestiert dagegen und weist nach, daß der Mannesmann-Konzern durch Veränderung der Betriebsstruktur, Verlagerung von Produktionsbereichen und Änderungen der Geschäftsformen das Mitbestimmungsgesetz bewußt hintergeht. Seit 1951 hat das Montan-Mitbestimmungsgesetz zur Klassenversöhnung und zur Einbeziehung von Betriebsräten in die Verantwortung der Geschäftsleitungen gedient. Erhebliche Veränderungen des Produktionsprozesses mit Entlassungen wurden mit Stimmen von Betriebsräten durchgeführt. Auf der anderen Seite sind aber im Montan-Mitbestimmungsgesetz auch bestimmte Rechte für die Beschäftigten enthalten. Wenn jetzt Mannesmann aus der Montan-Mitbestimmung raus will, müssen in den letzten Jahren für die Kapitalisten die Nachteile größer gewesen sein als die Vorteile.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht in Fällen, in denen Betriebe ihre Betriebsstruktur im Laufe der Jahre verändern und somit nicht mehr unter die gesetzliche Montan-Mitbestimmung fallen, keine Absicherung, sondern nur eine Übergangszeit von sechs Jahren vor. Danach entfällt die An-

wendung der Montan-Mitbestimmung. Des weiteren ist in dem Gesetzentwurf die Entsendungsmöglichkeit der Gewerkschaften in den Aufsichtsrat nicht mehr vorhanden. Zusätzlich sollen mit dem Gesetzentwurf die Walzwerkerzeugnisse als Montanumsatz mitberechnet werden. Sonst würden zu viele Betriebe aus der Montan-Mitbestimmung rausfallen, kommentierte Ehrenberg. „Praktische Bedeutung werde dieses Gesetz zunächst zwar nur bei einem Konzernspitzenunternehmen haben. Damit ist der Mannesmann-Konzern gemeint,“ schreibt das Handelsblatt.

So haben die Kapitalisten die passende Lösung. Die CDU hat noch vorgeschlagen, anstatt die Walzwerkerzeugnisse in das Montan-Mitbestimmungsgesetz reinzunehmen, den Anteil der Montanproduktion von „überwiegend“, wie es im Gesetz heißt, auf 30% herabzusetzen. Aber auch diese Änderung würde die Montan-Mitbestimmung bei Mannesmann nicht sichern.

Bauerdemonstrationen Die Bauern arbeiten hart, die Banken kassieren ab

Wie kommt es, daß sich die Masse der Bauern buchstäblich bis zum Umfallen schindet und doch auf keinen grünen Zweig kommt? Mehr noch: Wie kommt es, daß, je härter der Bauer zu arbeiten gezwungen ist, er fast umso sicherer in den Fängen seiner Gläubiger landet?

Die wöchentliche Arbeitszeit der (männlichen) „selbständigen“ Bauern liegt bei 64 Stunden, seine „mithelfenden“ Familienangehörigen arbeiten je fast 46 Stunden in der Landwirtschaft. Das sind statistische Durchschnittszahlen, die das Los der Kleinbauern sogar noch beschönigen. Dauer und Härte der Arbeit nehmen zu, wie ihre Produktivität abnimmt. Bei Betrieben mit niedrigem „Wirtschaftswert“ – Durchschnittsgröße 9,82 ha – arbeiten auf 100 ha 15,18 Arbeitskräfte; auf den Gutshöfen der Großagrarien – Durchschnittsgröße 95,48 ha – sind es nicht einmal drei Arbeitskräfte pro 100 ha. An allen Ecken und Enden fehlt es dem Kleinbauern an der notwendigen modernen Maschinerie.

Kauft er moderne Maschinen, so müßte er eigentlich Land hinzukaufen oder -pachten, damit sich ihr Einsatz überhaupt lohnt. Das kann er nicht, dafür hat er kein Geld und erst recht nicht, seit sich die Bodenpreise in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt haben. Trotzdem muß er sich wenigstens die allernotwendigste Maschinerie kaufen, sonst wäre er in der Konkurrenz gleich verloren – tatsächlich



21.12.80. Bauern protestieren gegen den Bau des KKW Brokdorf

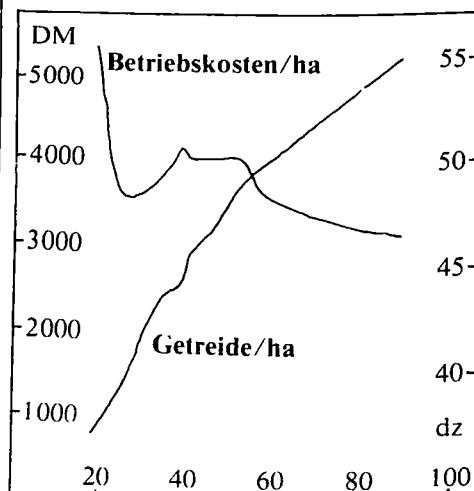
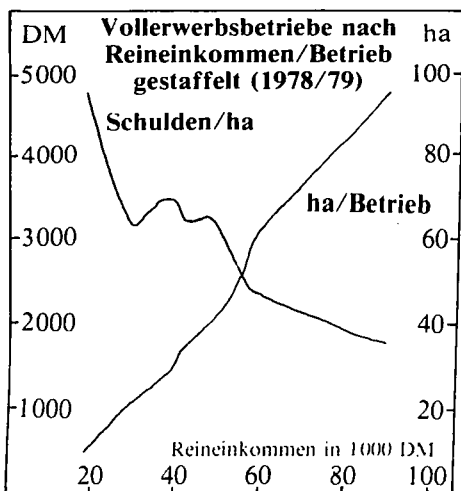
ist der Maschineneinsatz in den Kleinbetrieben pro ha bedeutend höher als in Großbetrieben –, muß sich dafür verschulden, kann diese Maschinerie gar nicht richtig ausnutzen und hat dennoch in vieler Hinsicht nur einfachste und total veraltete Produktionsmittel, wo der Großgrundbesitzer und Agrarkapitalist längst über die modernsten verfügt.

Die Folge? Nach wie vor ist die Produktivität seiner Arbeit unterdurchschnittlich niedrig, die neuen Maschinen bedeuten nur neue Lasten. Mit durchschnittlich 4723 DM pro ha waren die Bauern im Wirtschaftsjahr 79/80 verschuldet, das bedeutet einen Anstieg von 12% innerhalb von zwei Jahren. Aber welche eine Spanne ist in diesem Durchschnittswert verborgen! Die Schuldenlast der Kleinbauern ist pro ha fast doppelt so hoch wie die der Großagrarien. Nimmt dieser einen Kredit, so deshalb, um höhere Profite zu machen, aus denen er den Zins bequem zurückzahlen kann und selbst genügend einsteckt. Nimmt der Kleinbauer einen Kredit, so muß er noch mehr arbeiten, um ihn überhaupt zurückzahlen zu können.

Wieder veröffentlichen die bürgerlichen Statistiken nur einen Durch-

schnittswert: 215 DM/ha mußten die Bauern 1979/80 an Zinsen an die Banken wegzahlen, 34,3% mehr als zwei Jahre zuvor. Aber um wieviel härter drücken die Zinszahlungen, zusätzlich zur Tilgung der Schulden, den Kleinbauern! Die stagnierenden und sinkenden Erzeugerpreise der letzten Jahre haben dafür gesorgt, daß sein Geldfonds selbst für die laufenden Kosten erschöpft ist und er kurzfristige, d.h. teure, Kredite aufnehmen muß, um das Saatgut, die Düngemittel usw. zu bezahlen. Bei den ärmsten Bauern, und keineswegs nur bei den Nebenerwerbsbauern, sind die Schuldendienstzahlungen inzwischen oft höher als das „Betriebseinkommen“, das der Bauernfamilie zum Leben verbleibt. Nicht nur den Profit und die Rente sacken die Banken zum Großteil ein, sondern selbst einen Teil des Arbeitslohns.

Auf den Bauernversammlungen, die die Demonstrationen zum 14.2. vorbereiten, erheben die Bauern deshalb nicht nur die Forderung nach deutlichen Erzeugerpreiserhöhungen. Teilweise fordern sie die Zinssenkung bei Agrarkrediten auf 5%. Dies wäre eine Lockerung, aber letztlich für die Masse der Kleinbauern nur ein Aufschub ihres Ruins.



Handelskrieg

Das „Dreiecksverhältnis“ USA-EG-Japan ist zum Zerreißen gespannt

Die EG, selbst zerstritten, droht, die USA drohen, Japan droht zurück. Das „Dreiecksverhältnis“ zwischen den führenden westlichen Imperialisten ist gespannt.

Während Vertreter der EG-Kommission zwecks letzter Warnung vor totalem Handelskrieg nach Japan aufbrechen, kündigte Belgien, später auch die Niederlande, Importbeschränkungen für japanische Autos an. Importbeschränkungen bestehen bereits in Großbritannien, Frankreich und Italien. Tausende japanischer Autos stehen derzeit in Marseille und Le Havre herum, weil die französische Regierung trotz Protests aus Japan die Einfuhrgenehmigung verweigert. Die westdeutschen Imperialisten wiederum sind über derlei „Alleingänge“ äußerst ungehalten: 1980 hatten die japanischen Automonopole ihre Anteile am westdeutschen Markt von 5,6 auf 10,4% ausgebaut, jetzt fürchten ihre westdeutschen Konkurrenten einen noch konzentrierteren Angriff auf ihre Domäne.

Bisher hat die BRD auf der Ebene der EG, obwohl die anderen Mitgliedsstaaten darauf drängen, protektionistische Maßnahmen verhindern können. Diese, so fürchten die Kapitalisten, würden unweigerlich auf die zweitgrößte Exportmacht der Welt (BRD-Exporte 1979: 171,7 Mrd. \$, USA 181,8 Mrd. \$, Japan 103,1 Mrd. \$) zurückschlagen. Auch bei den jetzigen Verhandlungen blieb es noch beim, allerdings immer drohenderen, Appell, Japan müsse seine Exporte freiwillig beschränken, sonst ... Umso entschiedener versucht die EG-Kommission, frühere „prinzipielle Übereinstimmungen“ einzufordern: die Aufwertung des Yen, wodurch die Konkurrenzfähigkeit der japanischen Waren auf dem Weltmarkt beträchtlich vermindert würde; die Beseitigung aller noch bestehenden Schranken für den ungehemmten Waren- und Kapitalexport nach Japan; dazu die Liberalisierung der japanischen Bankgesetze. Tatsächlich fürchten die EG-Imperialisten nicht nur die japanische Exportoffensive; ebenso wurmt sie, daß ihnen der japanische Markt nach wie vor weitgehend verschlossen ist. Der Handelsüberschuß Japans gegenüber der EG erreichte 1980 9 Mrd. \$ (1979: 7,1 Mrd. \$).

Der EG-Kommission war jedoch kein Erfolg beschieden. Außer zu unverbindlichen Erklärungen ließen sich die japanischen Imperialisten zu nichts

herbei. Bestärkt wurden sie durch die USA. Diese verzeichneten 1980 selbst ein Defizit im Japan-Handel von 7,4 Mrd. \$. Jedes Abkommen, das den japanischen Export in die EG beschränkt, und sei es „freiwillig“, würde den Warenstrom nur umso zielstrebig auf den US-Markt lenken. Also drohten sie für diesen Fall ihrerseits mit Importbeschränkungen.

Die Krise der kapitalistischen Produktion, in die, mehr oder weniger heftig, alle imperialistischen Länder hineingerissen sind, verschärft die Widersprüche zwischen ihnen. In zahlreichen Teilbereichen – v.a. Automobil, Textil/Chemiefasern, Elektronik, Stahl und Schiffbau – hat sich der

Exporte (in Mrd. \$)

	1960	1969	1979
Welt ¹	118,6	255,2	1531,3
USA	20,6	38,0	181,8
EG-Länder	42,0	97,2	574,0
dav. auß. EG ...	25,9	49,0	266,1
BRD insg	11,4	29,0	171,7
F insg	6,9	14,9	79,4
GB insg	10,4	17,5	90,6
I insg	3,7	11,7	72,1
Japan	4,1	14,3	103,1
Sowjetunion ...	5,6	11,7	64,9

¹ außer Handel innerhalb der RGW-Länder
Quelle: Eurostat, Monatsbulletin der Außenhandelsstatistik, versch. Ausgaben

Weltmarkt schroff verengt. Die Produktion von Chemiefasern z.B. ist weltweit um 2% auf 14,2 Mio. t gesunken; die EG-Konzerne verlieren nicht nur auf „Drittmärkten“ (die Exporte sanken von 1975 auf 1979 um 100000 t auf 380000 t), sondern können die Eroberung ihres eigenen Marktes durch die US-Konkurrenz kaum verhindern. Um 22% würde die Produktion noch schrumpfen, wenn die Konkurrenzvorteile der USA (niedrigere Erdgas- und Naphta-Preise) nicht durch Spitzenleistungen in der Ausbeutung wenigstens halbwegs wettgemacht würden, und wenn darüberhinaus keine Maßnahmen zum Schutz des EG-Marktes ergriffen würden, lassen die Kapitalisten verlauten.

Die Gewerkschaften tun sich noch schwer. In den US-Gewerkschaften gibt es eine starke Strömung, protektionistische Maßnahmen von der Regierung zu verlangen. Ähnliche Töne schlägt jetzt auch der belgische Gewerkschaftsverband ABVV an. In Bel-

gien hat Citroen seine Niederlassung bereits im Winter geschlossen, British Leyland, Volvo, Ford und GM kündigen die Schließung bzw. Massenentlassungen an. Ähnlich ist die Lage in anderen Industriezweigen, v.a. der Textilindustrie. Innerhalb von vier Monaten ist die Arbeitslosigkeit um 25% gestiegen, gleichzeitig verzeichnen die belgischen Kapitalisten die höchste Steigerungsrate bei der Intensität der Arbeit. Es ist ganz klar, daß der Handelskrieg zwischen den Imperialisten auf die Lage der Arbeiterklasse drückt. Doch würde sich ihre Lage erleichtern, wenn sie sich in diesen Handelskrieg einspannen ließe?

Der Europäische Metallgewerkschaftsbund hat sich kürzlich erneut gegen protektionistische Maßnahmen ausgesprochen und die angeschlossenen Gewerkschaften aufgerufen, das Lohnniveau zu verteidigen und insbesondere bei den niedrigen Lohngruppen deutliche Lohnerhöhungen durchzusetzen. Dies würde die Konkurrenz unter den Arbeitern einschränken.

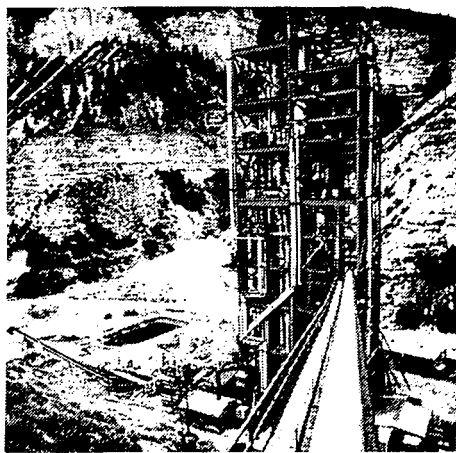
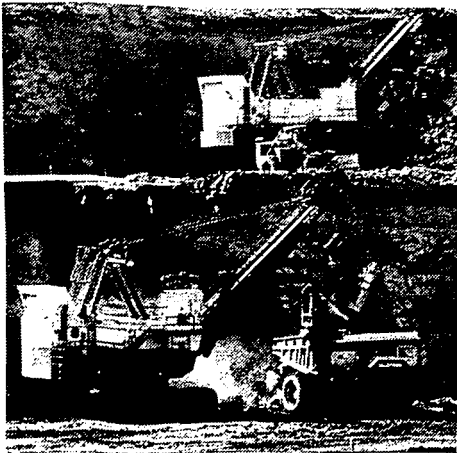
USA

Reagan streicht Ölpreiskontrollen

Der von kalifornischen Ölmillionären zum Präsidenten aufgebaute Ronald Reagan hat als einer seiner ersten Amtstaten die Preiskontrollen für Mineralöl aufgehoben. Der Benzinpreis steigt dadurch um 10% auf 37 – 38 \$/barrel.

Nixon hatte 1973 nach den ersten OPEC-Preiserhöhungen und dem Lieferboykott der OPEC-Länder die Preiskontrollen eingeführt. Dadurch wurde der Preis für US-Öl unter dem Weltmarktpreis gehalten. Die Gewinne, die die drastische Steigerung des Rohöl-Weltmarktpreises den Besitzern der US-Ölquellen bescherte (windfall profits), wurden zu 85% besteuert. Ausgenommen davon waren die über das Produktionsniveau von 1972 hinausgehenden US-Fördermengen; die so garantierten höheren Profite sollten Investitionen in der Ölexploration fördern.

Die Wirtschaftsstärke der Supermacht basiert zum Gutteil auf dem Zugang zu billigen Energiequellen, auf den riesigen Öl-, Ölschiefer-, Erdgas-, Kohle-, Wasserkraft- und Uranressourcen. Die USA verbrauchen ein Drittel der in der Welt erzeugten Energie; Öl und Erdgas decken 80% des Energiebedarfs. Aber obwohl die auf absehbare Zeit unerschöpflichen Ressourcen den gewaltigen Energiebedarf



Kohlentagebau und Ölschiefer-Aufbereitungsanlage in den Rocky Mountains. In den US-Bundesstaaten Montana, Idaho, Wyoming, Nevada, Utah, Colorado, Arizona und New Mexiko lagern riesige Energievorkommen.

der Wirtschaft decken können, haben die US-Ölmonopole schon seit Jahrzehnten die Öl- und Erdgasvorkommen anderer Länder rücksichtslos geplündert. Der bis 1973 niedrigere Preis für z.B. venezuelanisches Öl – nur Förder- und Transportkosten fielen an, den Hauptteil der Grundrente strichen die US-Imperialisten selbst ein – machte den Import lukrativ und schonte die eigenen Ressourcen.

1959 sah sich die damalige US-Regierung veranlaßt, wegen der Sicherheitsinteressen Ölimporte zu beschränken und höher zu besteuern. Die Siege der kubanischen und der algerischen Revolution fallen in diese Zeit. Danach stieg die US-Ölförderung zeitweilig erheblich an, neue Lagerstätten in Alaska und die Vorkommen vor der Küste wurden erschlossen. Aber gegen Ende der 60er Jahre trieben die rapide wachsenden Förderkosten in den USA und die zunehmende Überbewertung des Dollar im Welthandel erneut die Importe in die Höhe – sie stiegen von 22% des US-Ölverbrauchs 1969 auf 36% 1973. In dem Zeitraum von 1960–1972 fiel der Benzinpreis relativ zu anderen Konsumgüterpreisen um 17%.

Der OPEC-Zusammenschluß verteuerte zwar die Ölimporte, machte aber auf einen Schlag die Ölförderung in den USA äußerst billig und schuf den US-Imperialisten einen ungeheuren Konkurrenzvorteil. Unter dem Schlachtruf „Energiesparen“ ging die US-Monopolbourgeoisie daran, durch Anhebung der Marktpreise für US-Rohöl auf Weltmarktniveau – 85% des Differentialgewinns gingen als Steuern an den Staat, 15% in die Kassen der Ölgesellschaften – ihre Kriegskassen zu füllen und den Volksmassen einen gewaltigen Tribut aufzuerlegen. Die von vornherein auf wenige Jahre begrenzten Preiskontrollen sollten die Durchsetzung erleichtern und die Umrüstung des Produktionsapparates auf energiesparende Technologien fördern (Jahreswirtschaftsbericht 1974 des US-

Präsidenten). Ergebnis: 1980 sank der Ölverbrauch in den USA um 7,6%, nachdem er auch schon 1979 gefallen war. Gleichzeitig begann der Run der Ölgesellschaften auf die lange bekannten Öl-, Ölschiefer- und Erdgasvorkommen in den Rocky Mountains, deren Förderung seit den Ölpreisteigerungen lohnt, obwohl die Förderkosten fünfmal so hoch sind wie z.B. in Texas. 1979 wurden 2000 neue Ölbohrungen niedergebracht, 1980 3300, und für 1981 werden 3900 Bohrungen erwartet. Der Kongreß bewilligte im Sommer 1980 20 Mrd. \$ Kredite und Steuererleichterungen für die Ölexploration.

Im September 1981 sollten die Preiskontrollen ohnehin auslaufen. Reagans Entscheidung beschert im laufenden Jahr 8–12 Mrd. \$ Einnahmen zusätzlich, von denen der Hauptteil in die Staatskassen fließt. Aber trotz der gewaltigen Extraprofiten, die die US-Monopolbourgeoisie aus dem Steigen der Ölpreise zieht, liegen die Verbraucherpreise für Benzin und Heizöl erheblich unter denen z.B. in der BRD. Das erlaubt, die Löhne niedriger zu halten, und läßt Raum für weitere Mineralölsteuererhöhungen.

UdSSR Schwierigkeiten der Landwirtschaft

Ende Januar haben das Zentralkomitee der KPdSU und der Ministerrat der UdSSR die Verordnung „Über ergänzende Maßregeln zur Vorbereitung und Durchführung der Frühjahrsfeldarbeiten 1981“ entgegengenommen. Nicht später als bis zwei Wochen nach Beginn der Aussaat sollen alle Landmaschinen repariert und besonderer Wert auf die Qualität der Reparatur gelegt werden. Im Winter ist keine

Zeit, hauptsächlich aber kein Geld vorhanden gewesen, um diese Vorbereitungsarbeiten zu erledigen. Um sie in Gang zu setzen, müssen viele Kolchosen und andere landwirtschaftliche Unternehmen erst Kredite aufnehmen. Mit der Verordnung wird ausdrücklich gestattet, ihnen „im Fall der Notwendigkeit“ kurzfristige Kredite bis 1. November einzuräumen. Davon sollen die Reparaturen der Traktoren und der übrigen landwirtschaftlichen Maschinen, die Benzinkosten, Vorschüsse für Saatgut und Löhne der Kolchosenmitglieder bestritten werden, auch die Kosten für Hilfsstoffe wie Pflanzenschutzmittel und Dünger, also praktisch für alles, was an Auslagen jährlich neu anfällt.

Für größere Investitionen wie Traktoren, für den Bau und Wiederaufbau von Speichern für Düngemittel, für Tankstellen und Werkstätten zur Wartung des Maschinenparks und der Fahrzeuge sind langfristige Kredite gestattet, im Unterschied zu den kurzfri-



Landarbeiterin beim Heusammeln

stigen „ausnahmsweise“. Das heißt, die Ernte kann nicht verplant werden zur Sicherung der Produktion im nächsten Jahr, sondern muß zumindest teilweise eingesetzt werden zur Rückzahlung der Kredite, die nach der Ernte fällig werden.

In der Verordnung wird hervorgehoben, daß bestimmte Ministerien, von deren Zulieferung die Landwirtschaft abhängt, in voller Quantität und rechtzeitig liefern müssen. Dies betrifft u.a. die Versorgung mit Ersatzteilen, Holz- und Zelluloseprodukten und Erzeugnissen der chemischen Industrie. Da die Sicherung der Voraussetzungen der landwirtschaftlichen Produktion derzeit die Hauptsorge ist, sollen Metalle, Röhren, Materialien zur Fertigstellung von landwirtschaftlichen Maschinen und Ersatzteilen von Februar bis Mai unabhängig von der Produktionsleistung der Betriebe zugeteilt werden. Für alle Arbeiter, die mit der Reparatur, Wartung und einigen anderen Vorbereitungsarbeiten befaßt sind, ist Arbeit in zwei Schichten verordnet.

Die Völker Mittelamerikas in vorderster Front beim Kampf gegen Reagans „starke Politik in den Amerikas“

Reagan hat noch nie ein Geheimnis daraus gemacht, daß das Hauptmittel zur Herstellung „geordneter“ Verhältnisse in Mittelamerika und der Karibik für ihn das US-Marineinfanterie-Korps ist. In einer Rede im März 1980 beklagte er sich z.B.: „Ein sowjetischer Satellitenstaat (Kuba) operiert ungehindert ganze 90 Meilen vor unserer Küste.“ Wohlgermerkt, die „Operationen“ der kubanischen Regierung, die zu „hindern“ wären, finden „90 Meilen vor unserer Küste“, also in Kuba selbst statt. „Müssen wir zulassen, daß alle – Grenada, Nicaragua, El Salvador – weitere ‚Kubas‘ werden, neue Vorposten für sowjetische Kampfbrigaden?“

Auf den ersten Blick scheint dieser unverhohlenen interventionistische Kurs in scharfem Gegensatz zu den Nicht-einmischungsbeteuerungen zu stehen, die Carter zu Beginn seiner Amtszeit vor dem Rat der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) abgegeben hatte: „Unsere neue Herangehensweise wird auf drei Grundelementen basieren: Das erste ist eine hohe Achtung für die Individualität und Souveränität jeder lateinamerikanischen und karibischen Nation. Wir werden im Ausland nicht so handeln, wie wir es in unserem eigenen Land nicht tolerieren würden.“ Der Weg, wie die USA sich mit „friedlichen“ Mitteln einmischen und damit zugleich zu militärischen Interventionen überhaupt erst wieder nach innen und außen fähig gemacht werden könnten, war freilich auch schon vorgezeichnet: „Das zweite ist unser Respekt für die Menschenrechte ... Unsere eigene Sorge um diese Werte wird natürlich unsere Beziehungen mit den Ländern dieser Hemisphäre

und in der ganzen Welt beeinflussen.“ Schließlich: „Das dritte ist unser Wunsch, bei den großen Fragen, die die Beziehungen zwischen entwickelten und sich entwickelnden Nationen betreffen, voranzukommen.“

In der Praxis weicht der scheinbare Gegensatz zwischen der Politik der beiden Präsidenten einem durchaus fließenden Übergang. Daß innerhalb von 14 Tagen die Militärhilfe an die salvadorianische Junta – tote US-Nonnen hin oder her – verstärkt (Carter) und die „Wirtschaftshilfe“ an Nicaragua eingestellt (Reagan) wurde, ist dafür nur das jüngste Beispiel. Im letzten Jahr seiner Amtszeit hat Carter u.a.:



Alphabetisierung in Nicaragua

– die Truppen auf dem US-Stützpunkt Guantánamo in Kuba weiter verstärkt. Bereits vorher (31.12.78) waren dort 2300 Mann stationiert. Hinzu kommen 9300 Mann in Panama, 3500 Mann in der US-Kolonie Puerto Rico und insgesamt 1420 auf verschiedenen kleineren Inseln.

– in El Salvador unter Anleitung vietnamerfahrener US-Experten eine „Landreform“ zwecks Zusammenpufferung der Bauern in Wehrdörfern eingeleitet. Wie in US-Zeitschriften freimütig zugegeben wird, kann sich die von den USA installierte Junta auf keine nennenswerten Kräfte im Land selbst stützen.

– in Jamaika über eine Serie von IWF-Erpressungen die Wahlniederlage der Regierung Manley eingefädelt und mit dem neuen Ministerpräsidenten Seaga einen Mann ans Ruder gebracht, der sich der Segnungen der US-Staatsbürgerschaft erfreuen kann.

Die Carter-Regierung hatte zunächst versucht, mit einer flexibleren Linie auf die Schwächung des uneingeschränkten US-Hegemonismus in der karibischen Region zu reagieren und die Abhängigkeit der Länder der Region von den USA hauptsächlich mit ökonomischen Mitteln so zu befestigen, daß für den Normalfall direkte militärische Interventionen „entbehrlich“ würden. Sie wären auch schwer durchführbar gewesen. Noch 1965 hatten die USA ihre Intervention in der Dominikanischen Republik nachträglich von der OAS billigen lassen und unter die Flagge einer „interamerikanischen Friedenstruppe“ stellen können. 1979 ließen die lateinamerikanischen OAS-Staaten die Supermacht mit ihrem „Vorschlag“, eine „interamerikanische Streitmacht“ nach Nicaragua zu schicken, abblitzen.

Zugleich gewannen die imperialistischen Konkurrenten der USA an Boden. Entfielen 1967 83,4% aller Direktinvestitionen aus OECD-Staaten in den mittelamerikanischen Republiken

Das indianische Volk von Guatemala erklärt:

(...) In Komplizenschaft mit reichen Ausländern verschleppen, foltern, rauben, diskriminieren und ermorden die Reichen in Staatsämtern und ihre Regierung das indianische Volk und die übrigen Armen Guatemalas ... Die Verbrecher, die von den ursprünglichen Invasoren abstammen, töten unser Volk auf viele Arten: Sie töten uns durch Hunger, indem sie uns elende Löhne auf den Plantagen und in den Fabriken zahlen; sie bestehlen uns durch gefälschte Maße und Gewichte bei der Kaffee- und

Baumwollernte; sie vergiften uns mit DDT in den Baumwollplantagen; sie erhöhen den Preis der wichtigsten Gebrauchsgüter wie beispielsweise Zucker, Salz, Seife, Düngemittel und Werkzeuge ...

Wir wollen kämpfen: für eine Gesellschaft der Gleichheit und Achtung; für die Entwicklung der von den verbrecherischen Eindringlingen zerstörten Kultur durch unser indianisches Volk; für eine gerechte Wirtschaft, in der keiner den anderen ausbeutet; für den Besitz des Landes durch die Gemeinde, so wie bei unseren Vorfahren; für ein Volk ohne Diskriminierung; für die Beendigung aller Unterdrückung, Folter, Ver-

schleppung, Mord und Massaker; für die Beendigung der gewaltsamen Rekrutierungen; für das gleiche Recht aller auf Arbeit; für ein Ende unserer Verwendung als Objekte des Tourismus; für die gerechte Verteilung und Nutzung unserer Reichtümer wie in den Zeiten, als das Leben und die Kultur unserer Vorfahren blühten.

Wir rufen alle diskriminierten und ausgebeuteten Indianer der Welt, alle Arbeiter der Welt, alle freien und demokratischen Völker, alle wahren Christen der Welt und bitten sie, sich mit dem Kampf des indianischen Volkes und der anderen Ausgebeuteten Guatemalas zu solidarisieren ... Iximche, Februar 1980

auf die USA, waren es 1975 „nur“ noch 73,2%. Über das AKP-Abkommen, dem die ehemaligen britischen, französischen und niederländischen Kolonien in der Karibik angehören, festigten die EG-Imperialisten ihre Position im Außenhandel dieser Länder. Einige karibische Staaten nahmen Handelsbeziehungen mit den Sozialimperialisten auf.

Die Verwandlung der meisten zentralamerikanischen Staaten in „Bananenrepubliken“ datiert vom Ende des vorigen Jahrhunderts. US-Gesellschaften legte riesige Bananen- und Kaffeeplantagen an. Die bis dahin z.B. in Guatemala auf dem Land noch vorherrschenden indianischen Dorfgemeinschaften wurden gewaltsam zerstört, ihr Land von US-Konzernen und einheimischen Grundbesitzern geraubt. Die indianischen Bauern waren gezwungen – neben unverhüllter Zwangsarbeit –, als Wanderarbeiter zur Ernte an die dünnbesiedelte karibische Küste zu ziehen oder sich halbfeudalen Ausbeutungsverhältnissen auf den Kaffeeplantagen im Bergland zu unterwerfen.

Die „Eingliederung“ der einzelnen Länder als Lieferanten landwirtschaftlicher Rohstoffe in den Weltmarkt war nur gewaltsam, d.h. meist mit direkter Intervention von US-Truppen durchzusetzen: Kuba (1898–1902, 1906–1909, 1919–1924), Puerto Rico (1897 bis heute), Nicaragua (1912–1925, 1927–1933), Haiti (1915–1934), Dominikanische Republik (1916–1924). Regelmäßig wurde die militärische Besetzung durch „Pfändung“ der Zoll-, z.T. sogar der gesamten Steuereinnahmen für die Rückzahlung der Kredite, die New Yorker Banken den herrschenden Grundbesitzeroligarchien aufgedrängt hatten, vorbereitet.

Anfang der 30er Jahre war die Ökonomie der besetzten bzw. fortwährend mit Intervention bedrohten Länder so vollständig auf den Export von Agrarprodukten in die USA ausgerichtet, daß die Staatsmacht einheimischen US-Kreaturen wie Somoza übertrug und die Truppen (außer aus Puerto Rico) bis 1934 abgezogen wurden. 1934 und 1949 unterzeichneten die USA Konventionen, in denen sie – ausdrücklich mit Bezug auf Lateinamerika – anerkannten, daß „kein Staat und keine Staatengruppe das Recht hat, direkt oder indirekt aus welchem Grund auch immer sich in die inneren oder äußeren Angelegenheiten irgendeines anderen Staates einzumischen.“ Die Supermacht hat sich dadurch nicht daran hindern lassen, auch später mit Söldnern (1954 in Guatemala, 1961 in Kuba) und eigenen Truppen (1965 in der Dominikanischen Republik) zu intervenieren.



Costa Rica

Einw.: 2,19 Mio. (1979); 43,2/km²
Erwerbstätig in der Landw.: 30%
Hauptexportprod.: Kaffee (42,4% d. Exp.erl.), Bananen (24,7%)

Dominikanische Republik

Einw.: 5,28 Mio. (1979); 108,3/km²
Erwerbstätig in der Landw.: 58%
Hauptexportprod.: Zucker (54%), Kakao (17%), Kaffee (11%)

El Salvador

Einw.: 4,35 Mio. (1978); 195,8/km²
Erwerbstätig in der Landw.: 47%
Hauptexportprod.: Kaffee (47,1%), Baumwolle

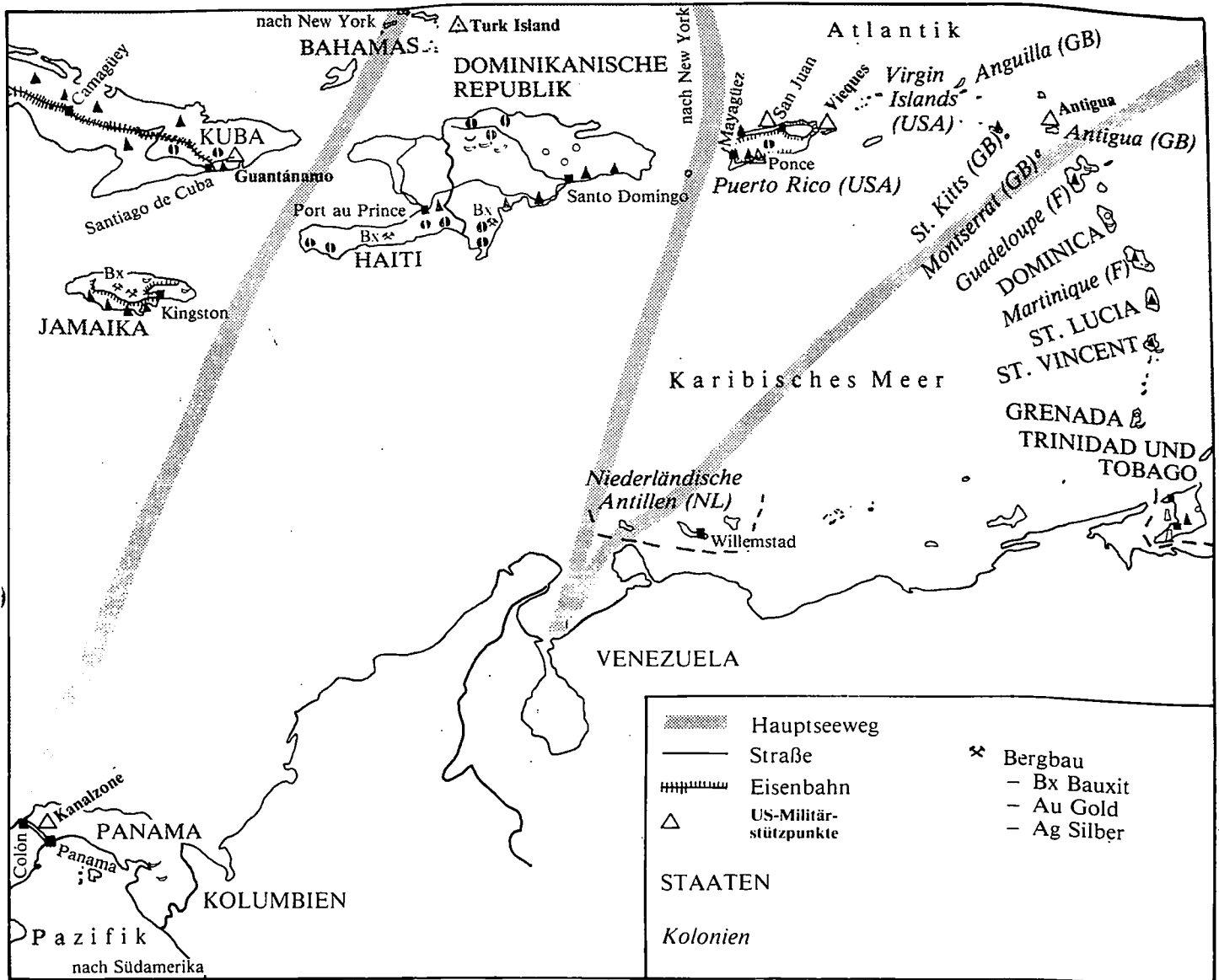
Guatemala

Einw.: 6,62 Mio., (1978); 60,8/km²
Erwerbstätig in der Landw.: 53%
Hauptexportprod.: Kaffee (33%), Baumwolle (19%)

Die Zusammensetzung des US-Kapitalexports in die Länder der Region (wie in Lateinamerika insgesamt) hat sich seit Ende der 60er Jahre erheblich verändert. Gegenüber den „traditionellen“ Zweigen (Landwirtschaft, Bergbau) geht ein rasch wachsender Teil der Investitionen in die verarbeitende Industrie und in Bankniederlassungen, die ihrerseits einen Großteil der formell „einheimischen“ Industrie kontrollieren. Von den 895 Mio. \$, die US-Konzerne 1979 in den fünf Mitgliedsländern der Zentralamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua und Costa Rica) angelegt hatten, entfielen bereits 304 Mio. \$ auf die verarbeitende Industrie, mehr als auf den

Agrarsektor. Zu einem beträchtlichen Teil werden die Produkte dieser US-Niederlassungen in die USA exportiert. Die Expansion des US-Kapitals in die Industrie, wo es oft mit einheimischen Kapitalisten verknüpft ist, stellt wahrscheinlich einen wichtigen Anhaltspunkt für den Versuch Carters dar, die Basis der US-hörigen Regimes über die Grundbesitzeroligarchie hinaus auf Teile der industriellen und Handelsbourgeoisie zu erweitern.

Gleichzeitig stieg die Auslandsverschuldung von elf mittelamerikanischen und karibischen Staaten (ohne Kuba) von 1,8 Mrd. \$ 1972 auf 7,5 Mrd. \$ 1978. In Costa Rica, dem neben El Salvador am weitesten industrialisierten Land, steigt sie seit 1974 jedes



Haiti

Einw.: 4,92 Mio. (1979); 177,3/km²
 Erwerbstätig in der Landw.: 70%
 Hauptexportprod.: Kaffee 47%,
 Bauxit 10%, Sisal (7%)

Honduras

Einw.: 3,56 Mio. (1979); 31,8/km²
 Erwerbstätig in der Landw.: 63%
 Hauptexportprod.: Bananen (47%),
 Kaffee (12%), Holz (8%)

Jamaika

Einw.: 2,16 Mio. (1979); 196,5/km²
 Erwerbstätig in der Landw.: 24%
 Hauptexportprod.: Bauxit und Alu-
 miniumoxid (70%), Zucker (20%)

Kuba

Einw.: 9,85 Mio. (1979); 86/km²
 Erwerbstätig in der Landw.: 26%
 Hauptexportprod.: Zucker (85%),
 Nickel (10%)

Nicaragua

Einw.: 2,48 Mio. (1979); 19,1/km²
 Erwerbstätig in der Landw.: 44%
 Hauptexportprod.: Baumwolle (22%)
 Fleisch (17%), Kaffee (15%)

Panama

Einw.: 1,88 Mio. (1979, ohne Kanal-
 zone, 24,9/km²
 Erwerbstätig in der Landw.: 30%;
 Hauptexportprod.: Bananen (60%)

Jahr um rund ein Drittel. Über Kredite sichern sich die imperialistischen Banken die Kontrolle über staatliche Industrialisierungsprogramme. Die rasche Zunahme der Industrieproduktion spiegelt statt zunehmender wirtschaftlicher Unabhängigkeit oft nur Unterwerfung eines noch größeren Teils der Volkswirtschaft unter ausländisches Kommando. Im übrigen besteht die vollständige Abhängigkeit ganzer Länder vom Export und damit Preis eines oder zweier Rohstoffe fort.

Ein Beispiel für die von Carter eingeschlagene „neue Linie“ ist die Dominikanische Republik. Als sich ein Wahlsieg des sozialdemokratischen Präsidentschaftskandidaten Guzmán ab-

zeichnete, hatten dort im Mai 1978 die Militärs die Auszählung der Stimmen „unterbrochen“. Carter ließ seinen Botschafter mitteilen, er sei „sehr enttäuscht“. Die Auszählung wurde wieder aufgehoben, Guzmán zum Präsidenten proklamiert. Aber als Zentralbankgouverneur wurde ihm der frühere Vizepräsident der Niederlassung des US-Ölkonzerns Gulf and Western, der größten ausländischen Gesellschaft im Land, „beigegeben“. Im März 1979 hatte die neue Regierung ihr Wirtschaftsprogramm einer Londoner Bankenkonzferenz vorzulegen, um den größten Auslandskredit in der dominikanischen Geschichte zu erhalten. Rockefellers Chase Manhattan Bank führt das Bankenconsortium an. Das

Wirtschaftsprogramm sieht statt der überfälligen Landreform die Förderung ausländischer Investitionen in der „Agroindustrie“ vor. Der gesetzlich garantierte, aber keineswegs immer gezahlte Mindestlohn liegt nach wie vor um fast ein Viertel unter den vom staatlichen Ernährungsamt berechneten Ausgaben für den Nahrungsmittelbedarf einer sechsköpfigen Familie.

Das benachbarte Haiti erhält inzwischen die höchste US-„Entwicklungshilfe“ von allen Ländern Amerikas. Nach dem Tod des Diktators Duvalier öffnete dessen Sohn das Land, in dem seit dem erfolgreichen Sklavenaufstand gegen die französischen Plantagenbesitzer Ende des 18. Jahrhunderts bäuerliche Subsistenzwirtschaften vor-



El Salvador: Die Gewerkschaften sind das Rückgrat des Befreiungskampfes.

herrschte, weit dem US-Kapital. Inzwischen nehmen Industrieprodukte nach Kaffee den zweiten Platz auf der Ausfuhrstatistik ein, und Haiti ist, wie US-Quellen vermerken, „weltgrößter Produzent von Baseball-Bällen“, eines für die Entwicklung des verelendeten Landes völlig überflüssigen Produkts.

In einer Dokumentensammlung des US-Außenministeriums wird der Vertrag über den Panamakanal als „Säuretest“ für die „neue“ Lateinamerikapolitik bezeichnet. Tatsächlich war ohne einen Vertrag, der die Souveränität

Panamas wenigstens „prinzipiell“ anerkennt, überhaupt nicht daran zu denken, die bürgerlichen Kräfte von der antiimperialistischen Bewegung in Mittelamerika abzuspalten. Nach dem 1977 geschlossenen Vertrag erhält Panama erst 1999 die uneingeschränkte Souveränität über den Kanal. Bis dahin behalten sich die USA u.a. das „Recht auf Verteidigung“ des Kanals vor, ein „Recht“, das der US-Senat durch einseitige Auflagen bei der Ratifizierung noch „präzisiert“ hat. U.a. behielten sich die USA das „Recht“

vor, jederzeit für „freie Durchfahrt“ zu sorgen (z.B. bei Streiks). In der Republikanischen Wahlplattform hat Reagan angekündigt, seine Regierung werde Panama zu einer „strikten Interpretation der Sprache dieser Verträge anhalten“.

Carters Versuch, die US-Hegemonie durch Einbeziehung bürgerlicher Kräfte in die mittelamerikanischen Regimes zu stabilisieren, ist an der stürmischen Entwicklung der Revolution gescheitert. In Nicaragua schloß sich fast die gesamte Bourgeoisie dem Kampf gegen das Somoza-Regime an, Venezuela, Panama, Costa Rica und Mexiko erkannten die Revolutionsregierung an, als die USA noch versuchten, eine „interamerikanische“ Intervention zustandezubringen. In El Salvador, wo die eigentliche Großbourgeoisie mit den grundbesitzenden „14 Familien“ teils identisch, teils verschwägert ist, unterstützen inzwischen die bürgerlichen Parteien einschließlich der Mehrheit der Christdemokraten die Demokratische Revolutionäre Front (FDR). Die Aussichten einer „Industrialisierung“ mit US-Kapital sind zu trübe, als daß sich mit Carters Dreh – wirtschaftliche Unterwerfung, garniert mit „Menschenrechten“ – die Massenbewegung hätte spalten lassen.

Die Unterwerfung immer größerer Teile der Bauernschaft unter die Lohnarbeit hat den Klassengegensatz enorm zugespitzt und den gewerkschaftlichen Zusammenschluß zwingend nötig gemacht. Gewerkschaften, Landarbeiter-

Kuba bleibt Zuckerinsel im Rahmen der „Arbeitsteilung“ des RGW

Auf dem zweiten Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas, der am 17. Dezember 1980 in Havanna begann, wurde im Rahmen des Fünfjahresplans 1981 bis 1985 beschlossen, die Produktion von Zuckerrohr um weitere 20 bis 25% zu steigern. Während des jetzt abgeschlossenen Fünfjahresplanes wurde sie bereits um 25% erhöht, obwohl die Ziele dieses Plans nicht erfüllt werden konnten. Im Jahr 1979 betrug die Ernte fast 8 Mio. t, die zweitbeste Ernte in der Geschichte Kubas.

Mit dem neuen Plan hat Kuba sich zum Ziel gesetzt, die 1970 um knapp 1 1/2 Mio. t verfehlte Rekordernte von 10 Mio. t zu erreichen. Kuba nahm ab 1963 an den Konferenzen des RGW teil und wurde 1972 Mitglied. Es wickelt 80% seines Außenhandels mit Ländern des RGW ab, davon allein 60% mit der UdSSR, die damit seine Planung bestimmen kann.

Die Sowjetunion setzte sich an die Stelle der USA, als diese auf die gleich nach der Revolution von 1959 durchgeführte Enteignung ihres Großgrundbesitzes und ihrer Industriebetriebe reagierte, den kubanischen Zucker boykottierte und keine Waren mehr lieferte. Die kubanische Führung fürchtete den Ruin und das Ende ihrer Revolution. Sie ließ sich auf die Hilfe der UdSSR ein. Sowohl fehlten Lebensmittel, die größtenteils eingeführt werden mußten, als auch Investitionsgüter und Ersatzteile für die bereits von den USA gelieferten Maschinen. Die UdSSR stellte Kuba einen Kredit von 100 Mio. Pesos zur Verfügung und kaufte 700000 t Zucker.

Kredite erhielt Kuba auch von den übrigen RGW-Ländern und der VR China. Heute zahlt Kuba für die von den RGW-Ländern, hauptsächlich der Sowjetunion, gewährten Hilfen nicht nur mit seinem Zucker, mit Nickel, Ta-

bak, Fisch und Südfrüchten, sondern auch mit seinen Soldaten, die in mehreren Ländern der Erde als Besatzungstruppen stehen, vor allem in Angola und Äthiopien. Sie stellen eine wertvolle Entlastung der UdSSR dar, die



Verkündung des Bodenreformgesetzes für die befreiten Gebiete auf dem „Bauernkongreß in Waffen“ 1958

zunehmend mit eigenen Truppen in Afghanistan operieren muß. Der Vorsitzende der Partei und Staatspräsident Fidel Castro betonte in seiner Rede auf dem Parteitag, dies sei jeweils „in Ausnahmefällen auf Bitten rechtmäßiger und souveräner Regierungen“ geschehen.

und Kleinbauernverbände bilden heute in El Salvador den Hauptbestandteil der FDR. 1961 verfügten 11,8% der ländlichen Familien in diesem Land über keinerlei Boden zum Ackerbau, 41,6% saßen – meist unter halbfeudalen Verhältnissen, die sie zur Arbeit auf dem Land des Grundbesitzer verpflichteten – auf Parzellen von unter einem Hektar. 1975 hatten bereits 40,9% der ländlichen Familien kein Ackerland mehr, weitere 34,1% weniger als 1 ha, was nicht einmal zur Erzeugung des für die Ernährung einer Familie benötigten Mais ausreicht. 1974/75 bezogen die Familien ohne Ackerland 52%, die mit bis zu 1 ha 31% ihres Einkommens aus Lohnarbeit. Das halbfeudale Kolonatsverhältnis ist praktisch verschwunden. Da die gelegten Bauern meist höchstens für ein paar Monate Arbeit finden können, hat sich ihre ohnehin elende Lage weiter verschlechtert.

Reagans erklärtes Ziel ist, Mexiko (und Kanada) in einen Nordamerika-Pakt zu zwingen und so die Unabhängigkeitsbestrebungen, die dieses Land seit der Umwälzung der kolonialen Grundeigentumsverhältnisse durch die indianische Bauernrevolution zu Beginn des Jahrhunderts verfolgt, zu erwürgen. Als einziges lateinamerikanisches Land hatte sich Mexiko nach der kubanischen Revolution dem Druck der USA widersetzt und die Beziehungen zu Kuba aufrechterhalten. In den letzten Jahren hat es seine Handelsbeziehungen mit den karibischen Staaten



20000 demonstrierten am 31. Januar in Frankfurt gegen die US-Einmischung

entwickelt, denen es u.a. zu Vorzugsbedingungen Öl liefert. Bei seinem Treffen mit Reagan im Januar hat der mexikanische Präsident erneut jede US-Intervention zurückgewiesen. Würde es der Supermacht gelingen, die revolutionären Erhebungen in Mittelamerika niederzuwerfen, wäre Mexiko in die Zange genommen und von Südamerika abgeschnitten. Zugleich wäre die US-Kolonialherrschaft über Puerto Rico, die Reagan durch „Aufnahme in die Union“ noch befestigen will und über die die USA einen „eigenen“ Zu-

gang zur Karibischen See haben, fürs erste gesichert. Aber noch nie ist in Mittelamerika eine US-Intervention gegen Länder „gelingen“, die – wie Mexiko oder Kuba – von den bewaffneten Arbeitern und Bauern selbst verteidigt wurden. Mit Reagans „starker Politik in den Americas“ könnte die US-Monopolbourgeoisie eine noch herbere Enttäuschung erleben als mit Carters „neuem Kurs“. Die Völker der Welt hoffen es und tragen durch Unterstützung des Volkskriegs in El Salvador dazu bei.

Kuba war jahrhundertlang unterdrückt. Kolumbus eroberte es für die Spanier, die zuerst fast alles Gold aus dem Land holten, sich dann mit Häuten beliefern ließen und anschließend den Zuckerrohranbau als neue Goldquelle entdeckten. Ab dem 18. Jahrhundert führten sie verstärkt Negerklaven ein und ließen in Plantagen Zuckerrohr anbauen. Seit ihrem Unabhängigkeitskrieg begannen die USA, kubanischen Zucker zu importieren, Kuba für ihre Waren und für ihr Kapital zu öffnen.

In dem großen Unabhängigkeitskrieg, den die Kubaner nach größeren Erhebungen von 1895 bis 1898 gegen Spanien führten, griffen die USA ein, schickten Truppen, übergaben Kuba bei der Aushandlung des Friedens mit Spanien und blieben so lange im Land, bis sie sicher sein konnten, daß eine von ihnen abhängige Regierung in der Republik Kuba bestand. Sie übernahmen nicht nur die Zuckerrohr- und Rindviehlatifundien, sondern nahmen auch 60% des Bodens in Besitz. Kuba speiste die Reproduktion der USA und verarmte. Bei der Bodenreform nach der Revolution konnte die kubanische



Zuckerrohrernte

Regierung sofort einen großen vergesellschafteten Sektor in der Landwirtschaft schaffen, die Zerstückelung des Landes vermeiden, den kleinen Bauern aber Land geben.

Die Planung der Wirtschaft begann 1959 unter schwierigen Umständen, da eine ausreichende Statistik erst geschaffen werden mußte. Die Angaben über die Entwicklung der Produktion in den folgenden Jahren sind bruchstückhaft. Fest steht, daß die frühesten Pläne, die unter Mitwirkung einer UN-Kommission erstellt wurden, viel zu optimistisch waren. Nicht nur konnte die Steigerung von 19,5% der jährlichen durchschnittlichen Wachstumsrate nicht erreicht werden, Produktion und Export sanken sogar.

Ernesto Che Guevara, Mitglied der ersten kubanischen Regierung, bezeichnete später diese ersten Pläne als bloßen schriftlichen Ausdruck guter Absichten. Die Betriebe unterhielt keine eigenen Fonds. Der Staat teilte die notwendigen Mittel zu, die Erlöse flossen an ihn zurück. An dem Prinzip der direkten zentralen Planung, Zuteilung und Kontrolle durch den Staat wurde auch festgehalten, nachdem jeweils die Betriebe einer Branche, teilweise eines Gebietes, wirtschaftlich zusammengefaßt worden waren.

Sambia: Streik der Kupferarbeiter

Mit einem einwöchigen Streik Ende Januar legten 56000 Mitglieder der Bergarbeitergewerkschaft die Kupfer- und Kobaltminen lahm, aus denen 95% der Exporterlöse Sambias stammen. Ihr Streik richtete sich gegen Einschränkungen der Gewerkschaftsfreiheit und die Verfolgung von Gewerkschaftsfunktionären, die die Regierung Kaunda kritisierten. Hunderte Lehrer und Angestellte von Banken und Versicherungen begannen am 26.1. einen Streik, weil Mitglieder der Regierungspartei UNIP einen Gewerkschafter zusammengeschlagen hatten. Der sambische Gewerkschaftskongress hat mit Generalstreik gedroht.

JV HDW: Keine Chile-U-Boote!

Auf der Betriebsversammlung der Howaldtswerke Deutsche Werft-Werk Kiel vom 16.1.81 verlas eine Jugendvertreterin den Brief der Jugendvertretung an den Bundeskanzler Schmidt vom 14.1.81. In diesem Brief wird der Bundeskanzler gebeten den Bau von U-Booten für die chilenische Marine zu verhindern, da es

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat in Nordrhein-Westfalen die Lehrer zur Teilnahme an der Kundgebung des DGB gegen den Landeshaushaltsplan 1981 am 17.3. in Düsseldorf aufgerufen. Nach dem neuen Haushaltsgesetz ist nur noch eine befristete Besetzung jeder zweiten freien oder freiwerdenden Stelle vorgesehen, die Zahl der arbeitslosen Lehrer steigt weiter. In Niedersachsen führte die GEW Anfang Februar eine Aktionswoche gegen die Streichung der freiwerdenden Planstellen im Grund- und Hauptschulbereich durch.

sonst eine Verhöhnung aller Opfer der faschistischen Terrorherrschaft wäre. Als junge Gewerkschafter, so heißt es weiter, stehen wir aktiv in der Solidaritätsbewegung mit dem Volk von Chile. Wir sehen die Waffenlieferungen an Pinochet und seinen Mordgesellen als einen Schlag ins Gesicht all derjenigen an, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen. In ihrem Redebeitrag wies die Jugendvertreterin darauf hin, daß es nicht Aufgabe der Kollegen sei, die Sicherung ihrer Arbeitsplätze mit uneingeschränkten Rüstungsexporten zu gewährleisten. Dafür ist die Bundesregierung verantwortlich.



Tarifnachrichten

1. Metall:

Heilbronn, 9.2.81. Protestversammlung der IGM-Verwaltungsstelle Heilbronn/Nekarsulm. Am 9.2., 15.00 Uhr, ruhte die Arbeit bei Kolbenschmidt, Amphenol-Tuchel und bei Mehne. Von Audi NSU kamen über 1000 Arbeiter und Angestellte, aus anderen Betrieben zwischen 30 und 70% der Belegschaft. Über 2000 besuchten die Kundgebung. In einer Rede bekräftigte der 1. Bevollmächtigte der IGM Stuttgart Otto Gottschlich die Lohnforderung. Er rief auf, aus den Betrieben zu gehen und die Forderung in der Öffentlichkeit zu vertreten. An der Diskussion beteiligten sich Betriebsräte und Vertrauensleute von Audi NSU, Kolbenschmidt, Illig, AEG, Drautz und Amphenol-Tuchel. Besonders die Vertreter von AEG und Amphenol-Tuchel bekräftigten den Mindestbetrag der Forderung und riefen zum Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel zur Durchsetzung auf. Vertreter der ÖTV solidarisierten sich mit der IGM und der Lohnforderung.

2. Holz- und Kunststoff:

Bielefeld, 1.2.81. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) hat auch im Tarifbezirk Westfalen-Lippe die Tarifverhandlungen für die Holzindustrie und das Serienmöbelhandwerk für gescheitert erklärt. Die GHK fordert in diesem Tarifbezirk 9% Lohn- und Gehaltserhöhung (ca. 70000 Beschäftigte). Die Kapitalisten haben auch in der zweiten Verhandlungsrunde am 28.1. überhaupt kein Angebot gemacht.

3. HBV:

Frankfurt, 2.2.81. Die große Tarifkommission der HBV Hessen für den Groß- und Außenhandel fordert eine Erhöhung von 110 DM (= 10%) für die untersten Gehälter, bis zu 220 DM (= 7,7%) für die oberste Gehaltsstufe, 9,5% für die Löhne der Arbeiter, sowie die Streichung der Eingangsstufen von GI, GII und GIV.

4. Öffentliche Dienste:

Hamburg, 22.1.81. Die ÖTV-Kollegen des Kreises Altona der Betriebsgruppe der Hamburger Vereinigung städt. Kinder- und Jugendheime beschlossen einstimmig die Tarifforderung 7%, mindestens 180 DM.

5. GEW:

Pinneberg, 22.1.81. Folgender Beschluß ist auf der diesjährigen GEW-Kreisvertreterversammlung gefaßt worden: Unterstützung des ÖTV-Forderungsvorschlages zur Tarifrunde, jedoch Erweiterung der Forderung um einen Mindestbetrag von 150 DM.

Druck:

München, 3.2.81. Der Landesbezirksvorstand Bayern der IG Druck und Papier hat in den Betrieben eine Mitgliederbefragung zur Lohnrunde 1981 eingeleitet. „... Darüberhinaus gibt es Hinweise, daß die Effektivlöhne stärker angestiegen sind als die Tariflöhne. Es ist unser Bestreben, die Tariflöhne den Effektivlöhnen anzunähern, um somit zu einer stärkeren Tarifwahrheit zu kommen. Eine Festlegung der Tarifloohnerhöhung allein im erwarteten Produktivitätsfortschritt für 1981 ... kann nicht in Frage kommen. Bei einer ungebremsten Preisentwicklung wäre das nichts anderes als Einkommensabbau.“



„Hände weg von den Tarifverträgen!“ Nach der Demonstration von 80000 bis 100000 streikenden am 5.2. Hunderttausende in ganz Belgien gegen das „Mini“-Gesetz (s. Nr. 3/81). In den Städten lag der öffentliche Nahverkehr still. In der Metallindustrie streikten die Lohnabhängigen vielfach einige Stunden, häufig den ganzen Tag. Im Petroleumsektor rührte sich keine Hand. Tausendfach zogen Streikende durch die Straßen. Zwischen Lüttich und Brüssel hielten 500 Demonstranten u.a. den Zug an, mit dem bekannterweise die Beschäftigten der Ministerien zur Arbeit fahren. – V.a. in der Metallindustrie wurden die Aktionen erstmals seit langem von beiden großen Gewerkschaftsbünden getragen: Der Christliche Gewerkschaftsbund kann sich aus dem Kampf nicht mehr heraushalten. Bis zum 15.2. will das Parlament über das Gesetz entscheiden. Für den 13.2. haben die Gewerkschaften erneut zum Streik aufgerufen.

Nordbayern

US-Manöver realistisch: „Trümmerfeld wie im Kriegsfall“

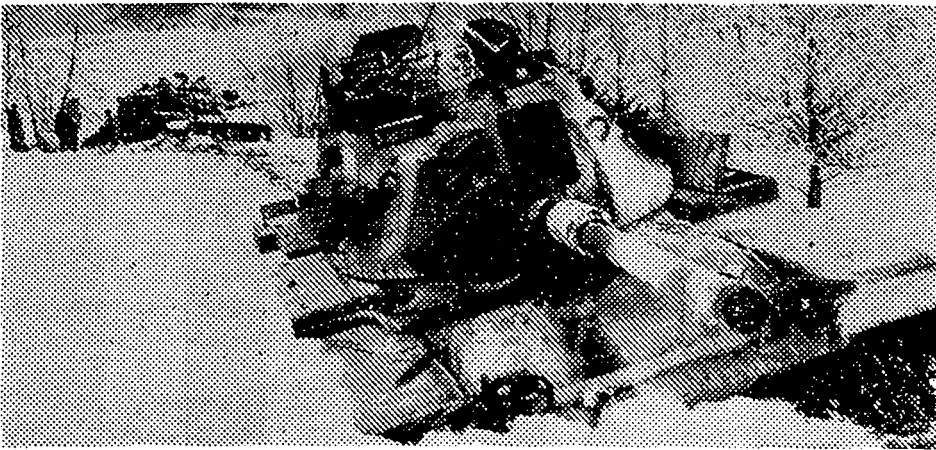
So schilderte der Präsident des Bayerischen Bauernverbandes Sühler die Manöverschäden der I. US-Panzerdivision aus Ansbach, die in den letzten drei Wochen des Januar in Oberfranken, der Oberpfalz und Niederbayern Panzerangriff und -abwehr probte. 3 Brigaden mit 4000 Soldaten, 150 Panzern, 300 Kettenfahrzeugen, Lkws und Jeeps gingen in Aufstellung. Bisher hatten diese Manöver immer in Grafenwöhr oder Hohenfels, nahegelegenen Übungsplätzen, stattgefunden, jetzt ging es um den Einsatz direkt im Aufmarschgebiet der Division. Die US-Pressestelle: „Diesmal sollte es realistischer sein.“

Die Folgen sind verheerend. Unter dem dicken Schnee war der Boden noch weich, metertief wurden Äcker und Weiden umgepflügt, 600 ha in Oberfranken sind unbrauchbar, die Wintersaat zerstört. Maissilos, Kartoffel- und Rübenmieten kamen unter die Ketten, nachts wurden Bauernhöfe mit laufenden Panzern regelrecht belagert. Für das Manöver verbotene Straßen

men, der Druck zerstört die für die Bodenatmung notwendigen Kapillaren. Auf Jahre ist der Boden unbrauchbar oder bringt geringere Erträge. Die von den Panzern gezogenen Gräben machen Maschinenbearbeitung unmöglich, überbeanspruchen die landwirtschaftlichen Maschinen, meist mit der Hand muß eingeebnet werden, die Steine müssen weggesammelt werden.

Die Empörung unter den Betroffenen war groß, der sofortige Abbruch des Manövers wurde gefordert. Politiker aller Schattierungen reisten an, BBV-Direktor Röhner (CSU-MdB) wollte die Lage in Polen als Begründung herhalten lassen. Landräte und Bürgermeister forderten den Abbruch. General Faith bestand auf Fortsetzung, nur in Oberfranken wurde das Manöver einen Tag früher beendet.

Über 50% der Manöver in der BRD finden in Bayern statt, oft konzentriert in Nordbayern. Die Verteidigungsabschnitte sind unter deutsche und US-Truppen aufgeteilt. Gegenüber der DDR und der CSSR geht es um die



Bis zum Turm wühlte sich dieser Panzer in eine Wiese. Oft blieben Bergepanzer ebenfalls stecken und hinterließen metertiefe Löcher.

wurden zusammengewalzt, in einem Ort liefen 2000 Liter Benzin aus einem Tankwagen, ohne daß die Bevölkerung auch nur gewarnt wurde. Riesige Schlammflöcher blieben, wenn das Herausfahren aus der Deckung, Schußabgabe und Zurückfahren in den Sichtschutz simuliert wurde.

Im Jura der Fränkischen Schweiz bis in den Landkreis Bamberg ist die Ackerkrume oft nur 10 bis 20 cm dick. Die Panzer drücken sie weg, darunter befindliche Kalksteine kommen an die Oberfläche. Die Bodengare wird zerstört, nach dem Auftauen besitzt der Boden die optimale Zusammensetzung zwischen Luft-, Wasser- und Erdvolu-

strategische Bastion der Mittelgebirge im Südtail der mitteleuropäischen Front. Hier kann auch ein Ausgangspunkt sein, um über entsprechende Täler nach Osten vorzurücken. Im Lkr. Bamberg fanden allein 1980 121 größere und kleinere Manöver statt.

Gegen sie und den Ausbau der Logistik für das Schlachtfeld gibt es erheblichen Widerstand. Das NATO-Wintermanöver „Reforger“ mußte 1979 im Februar vorzeitig abgebrochen werden. 1970 und 1979 wurden je 50000 Unterschriften gegen den Bau des Truppenübungs- und Schießplatzes bei Erlangen und die Errichtung von Munitionsbunkern dort gesammelt. Win-

zer besetzten zeitweilig das Gelände für einen Pionierübungsplatz bei Nordheim (in der Nähe von Würzburg), nachdem das Gericht für einen Bau entschieden hat, ist für den 14.2. eine Kundgebung geplant. In Sulzbach-Rosenberg gab es breiten Widerstand gegen die Stationierung eines Panzergrenadierbataillons. Ein Manöver einer US-Infanteriedivision aus Göppingen im selben Gebiet der Fränkischen Schweiz im Februar mußte jetzt abgesagt werden.

Staatssekretär Simon Nüssel vom bayerischen Landwirtschaftsministerium versuchte, die Unruhe unter den Bauern wegen der großen Manöverschäden zu besänftigen, indem er die Amerikaner bat, sich künftig ebenso diszipliniert zu verhalten wie die Bundeswehr. Finanzminister Streibl verspricht schnelle und weitgehende Entschädigung. Er sicherte zu, daß es nicht nach den Pauschalbeträgen ginge, sondern auch zu erwartende Mindererträge in kommenden Jahren ausgeglichen würden. Die ausdrückliche Zustimmung der Geschädigten würde jeweils eingeholt. Nicht nur, daß sie damit zugeben, daß die Pauschalregelung viel zu niedrig ist, es bleibt fraglich, ob die Argumente der Vaterlandsverteidigung weiter ziehen. — Im zweiten Teil der NATO-Übung werden die verwüsteten Gebiete vorsorglich gemieden.

Mannheim

Einwendung gegen Stadthaushalt

Ca. 100 Personen haben eine Einwendung des Komitees gegen die Fahrpreis- und Gebührenerhöhungen gegen den Stadthaushalt Mannheim unterschrieben, die in der Etatdebatte (16.2.) behandelt werden muß (§81 Gemeindeordnung). Die Unterscriber sind zumeist Betriebs- und Personalräte, gewerkschaftliche Funktionsträger, Schülervertreter. Unterschrieben haben auch der Mannheimer Juso-Vorstand und eine SPD-Stadtteilgruppe. In der Einwendung wird gefordert: Keine weitere Erhebung der Konzessionsabgabe von der Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (MVV), Ausgleich der dadurch im Stadthaushalt entstehenden Deckungslücke von 27 Mio. DM durch Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer. Damit soll der MVV eine sozialere Tarifgestaltung bei Energie und Verkehr ermöglicht werden. Darüber soll dann der Gemeinderat wieder selber beschließen.

Auf der Vertreterversammlung Mannheim der IG Metall wurde ein

Antrag beschlossen, auf der nächsten Sitzung einen MVV-Vertreter einzuladen und dort über die Gebührenerhöhungen und den Standpunkt der Gewerkschaft dazu zu diskutieren.

Die ÖTV-Mitgliederversammlung am Stadtjugendamt Mannheim hat bei 70 Anwesenden einstimmig einen Antrag an die ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz beschlossen. Darin wird gefordert, „rechtzeitig vor dem voraussichtlich nächsten Gebührenerhöhungstermin (1.4.81) der MVV eine Diskussionsveranstaltung für Gewerkschaftsmitglieder durchzuführen“, zu der die ÖTV-Aufsichtsratsmitglieder der MVV eingeladen werden sollen. Dort sollen Fragen behandelt werden wie: „Soll die Konzessionsabgabe über überhöhte Energie- und Wassertarife finanziert ... und abgeführt werden? Wie kann der öffentliche Personennahverkehr finanziert werden ohne zusätzliche Belastung der lohnabhängigen Bevölkerung? Sind verbilligte Sonderverträge für Großabnehmer ... bei Energie und Wasser vertretbar? Wie kann verhindert werden, daß berechnete Forderungen nach sozialen Verkehrs-, Energie- und Wassertarifen mit Maßnahmen gegen die MVV-Beschäftigten (z.B. verschärfte Rationalisierung, Stellenstopp) beantwortet werden?“

Zu diesen in der Öffentlichkeit aufgeworfenen Fragen soll mit der Veranstaltung „eine innergewerkschaftliche Klärung“ erreicht werden.

Warnstreiks der ÖTV Weitere Verhandlungen durchgesetzt

Hannover. Zur 4. Verhandlungsrunde der Tarifverhandlungen zwischen dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) und der ÖTV zu Verbesserungen des Lohngruppenverzeichnisses für Gemeindearbeiter in Niedersachsen am 22.1.81 sind 2000 Beschäftigte mit 300 städtischen Fahrzeugen zum Verhandlungsort gefahren.

Das Lohngruppenverzeichnis ist seit Mitte 1979 durch die ÖTV gekündigt. Gefordert wird vor allem bessere Eingruppierung der Beschäftigten in den unteren Lohngruppen, die Durchsetzung des Bewährungsaufstiegs für diese Lohngruppen.

Für die höheren Lohngruppen ist durchgesetzt, daß die Höherstufung nach festgelegter Anzahl von Beschäftigungsjahren erfolgt. Ergeben würde sich nach Forderung der ÖTV ein Geldbetrag von 70 DM mehr nach fünf Jahren für die Arbeiter in den Lohngruppen I bis IV. Der Kommunale Arbeitgeberverband hat den Bewährungsaufstieg abgelehnt.

Rat und Verwaltung der Stadt (CDU, FDP, SPD) reagierten heftig auf die Aktionen der Arbeiter. Gedroht wird mit Lohnabzügen, Strafanzeigen und arbeitsrechtlichen Maßnahmen. Der Oberstadtdirektor forderte, Schadenersatzansprüche an die ÖTV als eindeutig Verantwortliche zu stellen. Da es sich „um einen kommunalpolitischen bedeutsamen Vorgang“ handelt, wurde dem Rat die Entscheidung über Maßnahmen „überlassen“. Die SPD-Ratsfraktion ist inzwischen mit „Schlichtungsvorschlägen“ aufgetreten, da sie die offene Konfrontation mit der ÖTV vermeiden will.

Die Arbeitsniederlegungen wurden vom Hauptvorstand der ÖTV nachträglich zum offiziellen Warnstreik erklärt. Nicht nur die Tarifaufeinanderstellungen, sondern auch z.B. die Behinderung der gewerkschaftlichen Arbeit sowie die massiven und gemeinsamen Angriffe der privaten und öffentlichen Arbeitgeber, wie z.B. das 2,5%-

Angebot in der IGM-Tarifrunde, haben das Faß zum Überlaufen gebracht, so die ÖTV.

Die Kreisdelegiertenkonferenz (KDV) der ÖTV Kreisverwaltung Hannover hat am 24.1.81 die andgedrohten Konsequenzen der Stadt zurückgewiesen. Nach dem einstimmigen Willen der Versammlung werden bei Maßnahmen gegen die Beteiligten die Aktionen auf viele Betriebe und Waltungen ausgeweitet. Die betroffenen Beschäftigten sehen in den Maßnahmen einen Angriff auf das Streikrecht.

Am 23.2.81 ist der nächste Verhandlungstermin. Hierzu sind die städtischen Arbeiter von der ÖTV aufgefordert, daran mitzuwirken, wie durch gezielte Unterstützung die Forderungen der ÖTV durchgesetzt werden können. Der Durchbruch in den Verhandlungen am 22.1. – die weitere Verhandlungsbereitschaft des Kommunalen Arbeitgeberverbandes – wurde, so die ÖTV, nur „durch den Streik erreicht“.

IG Chemie

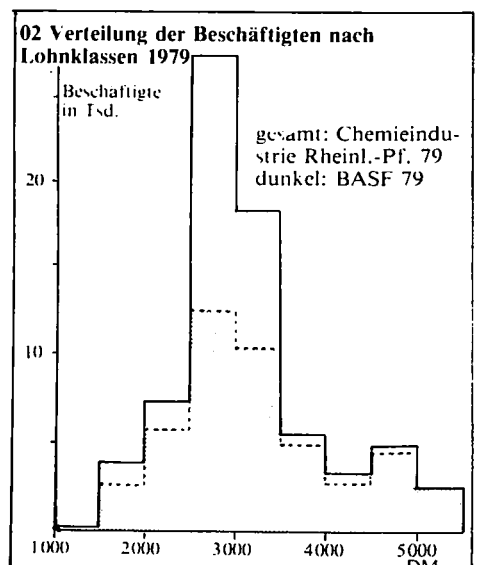
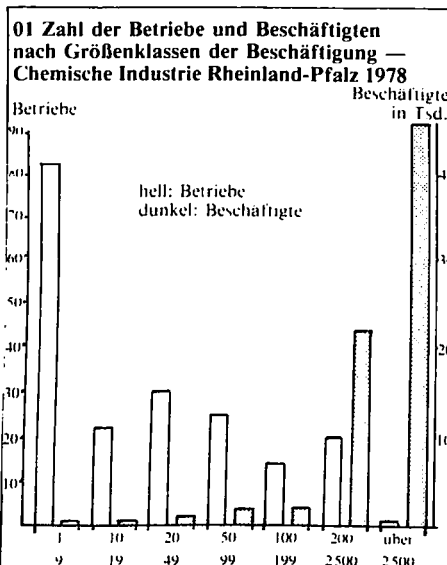
Erarbeitung eines Forderungskonzepts 1981

Mannheim. Die Tarifverträge für die ca. 670000 Beschäftigten in der chemischen Industrie laufen zum 30.4. (Bezirke Nordrhein, Rheinland-Pfalz, Hessen), 31.5. (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Westfalen, Baden-Württemberg, Westberlin) und 30.6. (Bayern, Saarland) aus. Am 25.2. findet eine Arbeitstagung aller bezirklichen Tarifkommissionen statt.

Der Gewerkschaftsvorsitzende Hauschild hat in der Presse bereits angekündigt, daß finanziell auf alle Fälle ein Inflationsausgleich erzielt werden müsse, ansonsten aber die Schwerpunkte der diesjährigen Verhandlungen Verbesserungen für Schichtarbeiter und ein Einstieg in den Entgelt-

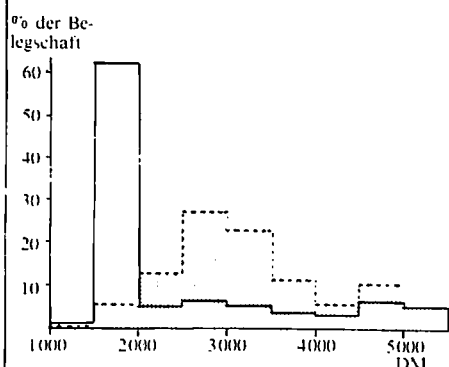
tarifvertrag mindestens in den Bezirken Nordrhein, Rheinland-Pfalz und Hessen seien, wo die großen Konzerne (Bayer, Hüls, BASF, Hoechst) ihren Sitz haben.

Gerade in diesen Bezirken aber stellen sich durch ein Ungleichgewicht zwischen einem oder zwei großen Konzernen mit hohem Effektivverdienst und vielen kleineren Betrieben besondere Probleme für die Gewerkschaft. Dies wird deutlich an den Verhältnissen in Rheinland-Pfalz, einem Bezirk mit 73 600 Beschäftigten in der chemischen Industrie, wovon 46 250 (62,8%) in der BASF arbeiten, der Rest in 194 weiteren Betrieben. Der Tariflohn liegt unter dem Bundesdurchschnitt, der Ef-



**03 Tarif- und Effektivlohnverteilung
BASF AG 1979**

Umriß: Tariflohnverteilung
Fläche: Effektivlohnverteilung



ektivlohn überdurchschnittlich *hoch*. Die Verteilung der Beschäftigten nach Lohnklassen (Schaubild 02) zeigt, daß das hohe Effektivlohnniveau durch eine sehr hohe Belegung dieser Lohnklassen bei der BASF verursacht wird, während die Beschäftigten in den übrigen Betrieben vorwiegend in den mittleren Klassen zu finden sind. Die Erklärung dafür findet sich einerseits in der hohen Zahl von außertariflichen Angestellten bei der BASF (5900 = 12,8% der Belegschaft), andererseits in der hohen Zahl von ca. 12500 Schichtarbeitern (48% aller BASF-Arbeiter). Mit dem reinen Tariflohn liegen alle Arbeiter zwischen 1500 und 2000 DM/Monat. Vor allem die Zulagen für die 12-Stunden-Wechselschicht sowie ein umfangreiches Zulagensystem bewirken eine weitgehende Leerung dieser Lohnklasse (vgl. Schaubild 03). Niedriger aber liegen noch die Gehaltsgruppen K1 und T1.

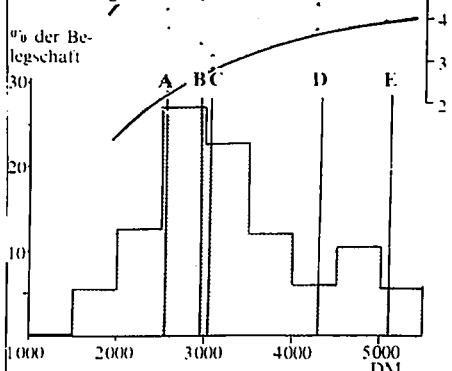
Erklärtes Ziel der IG Chemie und des BASF-Betriebsrates ist, durch weitgehende monatliche Pauschalisierung der Zulagen und Einführung des Monatslohnes (der z.B. bei Hoechst bereits betrieblich vereinbart ist) eine bessere finanzielle Absicherung für die Arbeiter zu erzielen. Dies soll auch ein Schritt sein in Richtung Entgelttarif, d.h. einem einheitlichen Tarifgruppensystem für Arbeiter und Angestellte.

Es liegt auf der Hand, daß eine gewerkschaftliche Tarifpolitik mit gerade diesen Schwerpunkten, wie sie Hauschild angekündigt hat, vor allem in den großen Konzernen breite Unterstützung finden muß. Gleichzeitig treten aber folgende Probleme auf:

– Sollte die Durchsetzung z.B. höherer Schichtzulagen etwa zur Zurückhaltung bei der Aufstellung der Tarifforderung für alle Beschäftigten führen, hätte dies Auswirkungen vor allem auf Klein- und Mittelbetriebe mit geringem Schichtarbeiteranteil und nicht – wie z.B. bei der BASF betrieblich voll gesicherter – Überwälzung des Tarifabschlusses auf den Effektivlohn.

04 Effektivlohn drift BASF AG 1975–79

A = Arbeiter
B = Belegschaft
C = tar. Ang.
D = Ang. ges.
E = AT-Ang.



– Die Aufstellung einer ähnlichen Forderung wie im vergangenen Jahr mit 11,1% für die Arbeiter, 9,5% für K-Angestellte, 9% für T-Angestellte (Rheinland-Pfalz), um ein weiteres Auseinanderklaffen der Arbeiter-, K- und T-Gruppen zu verhindern, bringt die Gefahr einer Niedriglohnzone in den Gehaltsgruppen K1 und T1 mit sich, dies zumal eine erhebliche Drift zu erkennen ist (siehe Schaubild 04) in der Auswirkung der Lohnerhöhungen *effektiv* auf die verschiedenen Lohnklassen.

– Letztlich haben die Tarifkommissionen noch das Problem zu behandeln, daß zwar die Belegschaften der Konzerne in den Tarifkommissionen wegen ihrer Größe stark vertreten sind – die BASF z.B. in Rheinland-Pfalz mit absoluter Mehrheit –, der gewerkschaftliche Organisationsgrad aber bei Bayer (ca. 39%), Hoechst (ca. 34%) und BASF (ca. 57%) recht niedrig ist, was bei Kampfschritten spürbar werden kann.

Lohnbewegung Holz GHK leitet Schlichtung ein

Herford. Am 28.1. sind die Tarifverhandlungen für die rund 65000 Beschäftigten der Holzindustrie und des Serienmöbelhandwerks in Westfalen-Lippe von Seiten der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) für gescheitert erklärt worden. Die Kapitalisten hatten zum zweitenmal kein Angebot vorgelegt. Wegen dieser Haltung hat die GHK das Schlichtungsverfahren unter Vorsitz des Landesschlichters Peter Kraft eingeleitet. Lediglich in zwei Tarifgebieten liegen Angebote der Kapitalisten vor: in Baden-Württemberg 2,5% und in Westberlin 5%. Im bayerischen Schreinerhandwerk herrscht ebenfalls tarifloser Zustand. Die Kapitalisten waren nicht bereit, dem Schlichtungsspruch von 7,7% =

0,92 DM auf den Facharbeiterecklohn zu folgen. Die GHK fordert im Tarifgebiet Westfalen-Lippe eine Anhebung der tariflichen Ecklöhne und -gehälter um 9%. Weiter sollen die Spesen für Kraftfahrer und Beifahrer um 20 Pfennig erhöht werden, für Beizer wird eine Schmutzzulage von 15% verlangt. Zusätzlich wird die Mitbestimmung des Betriebsrates bei der Einstufung von Arbeitern in die Lohngruppen sowie bei der Vergabe von Akkordarbeit gefordert.

Sämtliche Abschlüsse, die die GHK seit Oktober 80 für die verschiedensten Tarifbereiche getätigt hat, lagen um 7%. Die wirtschaftliche Lage in der Möbelindustrie ist derzeit zersplittert: es gibt Pleiten, Kurzarbeit und Überstunden. Insbesondere die Küchen- und Polstermöbelhersteller vermelden eine positive Bilanz, während die Schlafzimmerhersteller eine rückläufige Tendenz verzeichnen. Dies kann die



Bremen: Die Karosseriebauer in der GHK erstreiken in Niedersachsen und Bremen einen 7,1%-Abschluß.

Front der Kapitalisten bei längeren Auseinandersetzungen schnell brüchig machen.

Parallel zu den Lohntarifverhandlungen sind am 13./14.1. die Verhandlungen über den neuen Manteltarifvertrag für die Holzindustrie im nordwestdeutschen Raum ohne konkrete Ergebnisse auf den 25.2. und 30./31.3. vertagt worden. Die Holzkapitalisten hatten der GHK eine Tarifpolitik „ohne Maß und Ziel“ vorgeworfen, angeblich würde sich die Gesamtforderung der GHK auf 35% belaufen. Der stellvertretende Vorsitzende der GHK, Karl-Heinz Schwark, hat dies als „Milchmädchenrechnung“ bezeichnet. „Während die GHK z.B. die stufenweise Verkürzung der Wochenarbeitszeit unter 40 Stunden fordert, unterstellen die Arbeitgeber eine sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche mit einem Lohn- und Gehaltsausgleich von 14 Prozent.“ Hauptforderung der GHK sind 32 Tage Urlaub für alle Beschäftigten, höheres Urlaubsgeld und Freischichten für Schichtarbeiter.

Hamburger Aluminiumwerke (HAW): Tätigkeitsbericht des Betriebsrates (Auszüge)

1974 haben die HAW-Kapitalisten mit der Produktion von Aluminium begonnen. Buchstäblich alles, zu dem die Kapitalisten nicht durch den Kampf der Gewerkschaften gezwungen waren, mußte sich die Belegschaft Stück für Stück erkämpfen. Das beginnt bei „Selbstverständlichkeiten“ wie regelmäßiger Reinigung der Waschkaue

und endet bei Forderungen zum Schutz der Arbeitskraft. Der Tätigkeitsbericht gibt davon einen Eindruck. Der Betriebsrat war zwei Jahre im Amt. Er besteht aus elf Mitgliedern, davon fünf ausländische Arbeiter. Fast alle Betriebsratsmitglieder waren zum ersten Mal in einen Betriebsrat gewählt worden.

Tätigkeitsbericht (Auszüge)

Einstellungslöhne: Der Betriebsrat hat die Forderung entwickelt, daß die Einstellungslöhne in den Produktionsbereichen angeglichen werden müßten. Erreicht wurde, daß der Lohn der Gießereiarbeiter um 20 bis 60 Pfg. angehoben wurde ... Die Durchsetzung dieser Erhöhungen war immer begleitet durch starken Druck aus der Belegschaft.

Kontoführungsgebühr: ... nach einjähriger Verhandlung (wurde) eine Betriebsvereinbarung über die Bezahlung der Kontoführungsgebühr abgeschlossen.

Lohnfortzahlung: Der Betriebsrat hat ... durchgesetzt, daß sich der errechnete Stundendurchschnitt im Verlauf einer Krankheit nicht ändert. Vielfach wurde der Durchschnitt gesenkt, wenn sich die Krankheit über ein Monatsende ausdehnte.

Lohnerhöhung in der Werkstatt: Eine Kampagne zur Erhöhung des Lohns in der Werkstatt war nicht erfolgreich. Das Mittel des Überstundenboykotts

konnte zur Durchsetzung nicht ausreichen unter der Bedingung, daß nicht die ganze Werkstatt diesen Boykott durchführte und durch Einsatz von Fremdfirmen der Boykott unterlaufen werden konnte.

Schichtarbeit: Verbesserungen für Schichtarbeiter hat der Betriebsrat nicht durchsetzen können ... Der Betriebsrat stellt fest, daß es ein Fehler ist, wenn nicht ständig um Verbesserung der Lage der Schichtarbeiter gekämpft wird. Wir schlagen vor, daß der neue Betriebsrat die Meinung der Schichtarbeiter erhebt und durch einen Fragebogen feststellt, an welchen Punkten aktuell Verbesserungen erkämpft werden müssen.

Probezeit: Den Versuch, die Probezeit in ein befristetes Arbeitsverhältnis umzuwandeln, so daß bei Kündigungen in der Probezeit der Betriebsrat nicht gehört zu werden braucht, hat der Betriebsrat abgewehrt.

Kündigungen: Der Betriebsrat hat jede Kündigung konsequent geprüft. Eine Zustimmung zu Kündigungen hat es nicht gegeben. In einigen Fällen hat der Betriebsrat keine Stellung genom-

men. Das aber nur, wenn gegen diese Kündigung bei einer Klage vor dem Arbeitsgericht keine Chance auf Erfolg bestand.

Kantine: Seit Beginn seiner Amtszeit hat sich der Betriebsrat für folgende Forderungen eingesetzt: Verbesserung der Qualität des Essens, Öffnung der Kantine für Schichtgänger, Erweiterung des Warenangebots. Die Geschäftsführung hat es aber immer wieder geschafft, den Betriebsrat hinzuhalten.

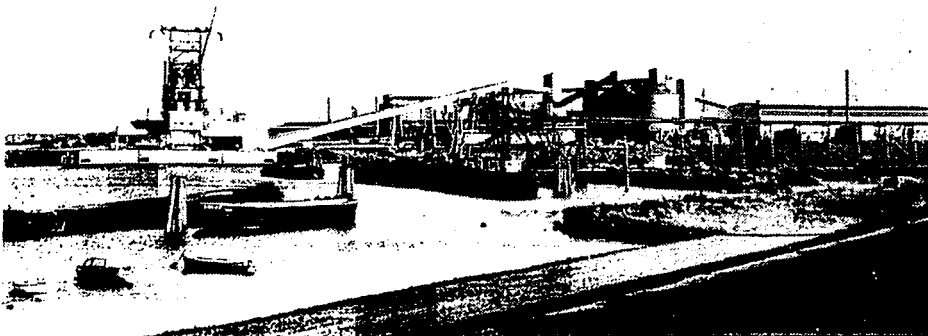
Waschkaue: Der Betriebsrat verlangt, daß die Waschkaue einmal pro Schicht gereinigt wird. Erreicht wurde, daß die Kaue jetzt wenigstens zweimal am Tag gereinigt wird. Der Betriebsrat wird als nächstes ein Sachverständigen-gutachten über die Hygiene in der Waschkaue einholen.

Schwerbehinderte: Zur Zeit gibt es bei HAW 24 Schwerbehinderte. Besondere Anstrengungen hat der Betriebsrat unternommen, daß der tunesische Kollege B. Amara, der durch einen Betriebsunfall einen Achillessehnenriß erlitt, im Betrieb weiterarbeiten konnte. Gegen den Widerstand der Geschäftsführung wurde dies über das Arbeitsgericht durchgesetzt.

Arbeitsstättenverordnung: Der Betriebsrat hat damit begonnen, die Einhaltung der Arbeitsstättenverordnung zu überprüfen. Im Labor wurde eine Inspektion durchgeführt ... Da es um Erfüllung gesetzlicher Vorschriften geht, kann der Betriebsrat die Einhaltung der Vorschriften auch durchsetzen.

Bildungsurlaub: Der Betriebsrat hat verstärkt über das gesetzliche Recht des Bildungsurlaubs informiert. Anträge werden, wenn nötig, über das Betriebsratsbüro abgewickelt. 1980 hat sich die Zahl der Kollegen, die ihren Bildungsurlaub in Anspruch genommen haben ... verdoppelt. Es sind aber erst knapp 4% bis 5%.

Schadstoffmessungen: (Es wurden Messungen der Schadstoffkonzentrationen an den Arbeitsplätzen über acht Stunden auf Verlangen des Betriebsrats durchgeführt, d. Red.) Der Betriebsrat hat verlangt, daß ihm alle Einzelergebnisse vorgelegt werden und nicht nur die Durchschnittswerte. Die Ergebnisse will der Betriebsrat mit einem Sachverständigen der Gewerkschaft durchsprechen. Die Geschäftsleitung will ... dies verhindern und rückt die Ergebnisse nicht raus. Der Betriebsrat muß dies jetzt vor der Einigungsstelle erzwingen.



Hamburger Aluminiumwerke (HAW). Anfang der 70er Jahre mit einem 600 Mio. DM-Kredit des Hamburger Senats gebaut. Beteiligt sind zu je 33% Eigenkapital von zusammen 40 Mio. DM: Vereinigte Aluminiumwerke (VAW), Reynolds-Aluminium, Ranshofener Metallwerke. Das Bild zeigt den Anleger, der wie auch alle anderen Verkehrswege in das von den Einwohnern zwangsgeräumte Gebiet HAW umsonst vom Senat hingestellt wurde. Direkte Zufuhr der Rohstoffe und Abtransport des Aluminiums über See. Stromverbrauch: 1,5 Mrd. kWh pro Jahr, das sind 12% des Hamburger Stromhaushaltes. Garantiierter Strompreis von 2,3 Pf/kWh bis zum Jahr 2000. 760 Beschäftigte, davon 50% in Kontschicht. In den Produktionshallen 90% ausländische Arbeiter.

Landeshaushalt Hessen: Stellenstopp — ausgenommen Polizei

Frankfurt. Bei einem Anteil von 2,3 Mrd. DM „Schuldendienst“ und einer Netto-Neuverschuldung von 1,5 Mrd. DM machen allein die Zinszahlungen an das Bankkapital 6% des Haushalts von 18,3 Mrd. DM aus. Um 1,1 Mrd. DM hereinzuholen, hat die Landesregierung eine „Stellenbesetzungssperre“ herausgelassen. Ausnahmen sind neben der „Übernahme von Auszubildenden“ die Bereitschaftspolizei mit 1000 neu ausgewiesenen Stellen. Außerdem, so die bis 1985 vorliegende Planung, die Dienstaufsicht im Schulbereich (+ 1250 auf 8200).

Die Lehrerstellen sollen im gleichen Zeitraum um 4300 auf 41200 gesenkt werden. Ausgenommen sind hiervon 800 BAT-Verträge als je einjährig befristete „Vertretungsreserve“. Mindestens 650 Lehrer aller Schulstufen sollen im Zuge der Ablehnung der Umwandlung von 2/3-BAT-Stellen in Planstellen entlassen werden. Entsprechend hat die Landesregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der für Beamte die Einführung der Möglichkeit von Teilzeitarbeit bis zu achtjähriger Dauer vorsieht.

Die CDU hat sich während der Haushaltslesung gerühmt, „keine kostenintensiven Anträge“ gestellt zu haben. Der FDP-Abgeordnete Weghorn: „... gehen wir davon aus, daß die Landesregierung Einfluß nimmt auf die Tarifverhandlungen, um sicherzustellen, daß der ... um 81 Mio. DM gekürzte Ansatz für Personalkosten nicht überschritten wird ...“. Der SPD-Finanzminister Reitz hat eine dreimonatige Besoldungspause für Beamte sowie eine Erhöhung der indirekten Steuern vorgeschlagen. Börner, SPD-Ministerpräsident: Angesichts des „sehr harten“ Haushalts gebe es „kaum eine Gruppe, von den Eltern bis zur Polizei, die nicht in Vierterreihen an der Staatskanzlei vorbeigezogen“ sei.

Nach der Streichung der Lohnsummensteuer fielen zum 1.1.81 alle Bagatellsteuern weg, der Anteil der an die Gemeinden gehenden Zuweisungen des Landes am Steueraufkommen fällt von 23 auf 22%.

Insgesamt werden den Gemeinden 517 Mio. DM durch das Land entzogen. Das sind 4% aller kommunalen Einnahmen.

803 Stellen im Hochschulbereich sind komplett gesperrt. Die offene Zuweisung an die Kapitalisten zwecks angeblicher „Arbeitsplatzsicherung“ beläuft sich auf 60 Mio. DM. Bis 1985

soll die Zahl der Krankenhausbetten um 1940 auf ca. 36400 reduziert werden — für („geplante“) 5,5 Mio. Einwohner.

§ 15,1 HHG sieht den Verkauf landeseigener Grundstücke unter Wert vor, sofern sie binnen drei Jahren „zu Zwecken des sozialen Wohnungsbaues bebaut werden“. „Garantien“ für Sanierung und Wohnungsbau können für 120 Mio. DM, „zur Durchführung dringender, volkswirtschaftlich gerechtfertigter Aufgaben (können) Garantien und Bürgschaften bis ... 500 Mio. DM“ übernommen werden.

Der DGB greift an, „daß ... keine Ausweitung der Personalstellen im Lehrerbereich vorgenommen wird. Dieser Vorgang ... wird ausschließlich in Hessen praktiziert“. Gefordert wird u.a. Doppelzählung von Ausländerkindern, Verbesserung des Verhältnisses von Ausländerkindern und Lehrern. Die GEW fordert 1850 Lehrerstellen für Ausländerkinder, 800 für Vertretungsreserven, 585 für Arbeitszeitverkürzung, 900 für besondere Schulformen.

Die ÖTV Hessen stellt „erhebliche personelle Engpässe“ fest, die „mit einer neuen Sperre noch verschärft“ werden. Die „Sparpolitik ... muß zurückgenommen werden“. Um „erhöhte Arbeitslosigkeit, verstärkte Belastung ... noch mehr Überstunden“ zu bekämpfen, werden Personalratsmitglieder und Vertrauensleute aufgefordert, „Mehrarbeit, wenn möglich, abzulehnen“, ebenso den Einsatz von ABM-Personal.

Gegen den Haushalt demonstrierten bisher 40000 Schüler, Studenten, Eltern und Lehrer, zuletzt im Rahmen der von den Gewerkschaften unterstützten Aktionstage des Landesschülerrates am 7.2.81 in Wiesbaden. Weitere Hunderttausende widersprachen in Resolutionen und Demonstrationen dem Haushalt auch über die Bildungspolitik hinaus.

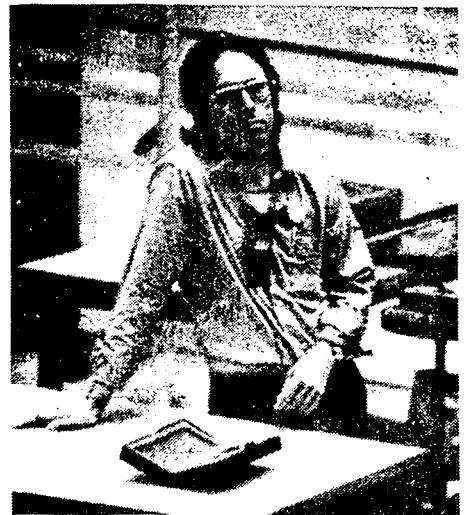
Studentenprozeß 22 Monate Gefängnis für Studentenvertreter

Heidelberg. Am 31.1.81 wurde der Studentenvertreter Tobias Brückner vom Amtsgericht Heidelberg zu 22 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Die Anklagevorwürfe bestanden im wesentlichen in der Beteiligung an Aktionen von Anfängerstudenten der Mathematik an der Universität Heidelberg 1978.

Professor Gerhardt hielt damals eine der für das erste und zweite Semester obligatorischen Mathematik-Vorlesungen. Die Vorlesung war auf dem Niveau des 4. Semesters, die Studenten ver-

standen wenig. Zusätzlich sollte eine Klausur zur Erlangung des Leistungsnachweises Pflicht sein. Bisher waren die Leistungsnachweise fast immer für die Lösung von Hausaufgaben vergeben worden.

Das gesamte erste Semester war von zahlreichen Versuchen der Studenten, unterstützt von der Fachschaft, gekennzeichnet, eine Verbesserung der Ausbildungsbedingungen zu erreichen. Außer Drohungen des Professors gegen Sprecher der Vorlesungsteilnehmer kam nichts dabei heraus. Die Klausur wurde angesetzt. Nochmals einhellige Abstimmung gegen die Klausur. 40 von 200 schreiben unter Druck mit. Die anderen Studenten betreten nach eineinhalb Stunden den Klausorraum, ausgestattet mit inzwischen angefertigten Lösungen der Aufgaben, die sie abgeben wollen. Der Professor bricht die Klausur ab, will sie werten. Darauf



Professor Gerhardt, kurz bevor er einen Studenten des Hörsaals verweist.

wird in einer Urabstimmung der unbefristete Streik bis zur Herausgabe der Übungsscheine ohne Klausur beschlossen. Dazu kommt es aber nicht, weil der Professor nachgibt und die Forderungen der Studenten erfüllt. Er sichert außerdem öffentlich zu, keine Maßnahmen einzuleiten.

Zwei Monate später wird die gesamte Studentenvertretung angezeigt. Die Studenten verlangen vom Professor eine Stellungnahme, dieser verweigert jede Debatte. Von da ab wird die Vorlesung bis Semesterende bestreikt, teilweise unter Einsatz von Trillerpfeifen. Die Studenten erklären: „Solche Aktionen (des Professors) — im Nachhinein eine Niederlage dadurch auszubügeln, daß man einzelne als ‘Rädelsführer’ herausgreift — können wir nicht akzeptieren“. Die angezeigten Studentenvertreter werden ein bis drei Semester vom Studium ausgeschlossen.

Wegen Anwesenheit bei vier Aktionen der Studenten und wegen dreimaliger Anwesenheit in der Universität

trotz Relegation beantragte der Staatsanwalt 35 Monate. Das Urteil war 29 Monate Einzelstrafen, was zu einer Gesamtstrafe von 22 Monaten unter Einbeziehung einer Vorstrafe von 5 Monaten mit Bewährung führte.

Das Gericht kam nicht umhin, das magere Ergebnis der Beweisaufnahme (meist war nur die bloße Anwesenheit nachgewiesen) ins Verhältnis zu setzen zur Strafhöhe: „Es wurde mit verteilten Rollen gearbeitet ... Der Angeklagte konnte sich zurückhalten, er führte ja Regie ... Die Fachschaft hat die jungen Studenten zu rechtswidrigen Taten angestachelt und als willige Werkzeuge im eigenen Interesse eingesetzt ... Der Angeklagte ist ein dreister, wirklich unbelehrbarer Rechtsbrecher ... Ich glaube, daß er noch nicht einmal unter dem Eindruck *dieser* Verurteilung aufhören wird, Rechtsbrüche zu begehen, ... eine Bewährung ist unmöglich“.

Westberlin 500 Ermittlungs- verfahren

7000 leerstehende Wohnungen, 83 Wohnhäuser im Bezirk Kreuzberg in den letzten 24 Monaten entmietet und durch ihre Besitzer durch Brandstiftung und Zerstörung unbewohnbar gemacht. Die eine Seite, die andere: 8000 Wohnungssuchende, 50% mehr Wohngeldempfänger in den letzten fünf Jahren. Im Dezember 1979 wurde das erste Haus instandbesetzt, inzwischen sind es 59 Häuser, die teilweise oder ganz besetzt sind. Sie werden von den Besetzern wieder bewohnbar gemacht. Zu 80% gehören sie Wohnungsbaugesellschaften, an denen der Senat beteiligt ist.

Nach Auskunft des Besetzerrates sind 60% der Instandbesetzer unter 20 Jahren. Von ihnen hatten 80% noch keine eigene Wohnung, aber suchen bereits über sechs Monate nach einer Wohnung. 20% sind wohnungssuchende Studenten. Etwa die Hälfte der Instandbesetzer hat kein regelmäßiges Einkommen. Jugendliche, die bisher in Heimen oder bei den Eltern gewohnt haben und die keine 110 DM (durchschnittlicher Mietpreis für eine Ein-Zimmer-Altbauwohnung ohne Bad) zahlen können, machen nach Auskunft eines Sozialarbeiters 70% der Bewohner zweier instandbesetzter Häuser in der Oranienstraße aus. Wen wundert es da, daß die Polizei, als sie vor Weihnachten zum erstenmal ein instandbesetztes Haus in Kreuzberg räumte, bis nachts um drei beschäftigt war. Für die Instandbesetzer ist die Erhaltung der Wohnungen eine Frage des Erhalts der eigenen Existenz.

Der Senat reagiert darauf mit dreckigen Manövern. Verhandlungsbereitschaft wird beteuert. Ein 20 Mio. DM-Sofortprogramm wird verkündet. Ein Verfahren gegen „friedliche Besetzer“ wird eingestellt. Gleichzeitig: 500 Ermittlungsverfahren sind anhängig. 24 Anklagen wegen Landfriedensbruch werden erhoben, sieben Demonstranten sind inhaftiert. Zwei Freiheitsstrafen zu 14 und 18 Monaten wurden ohne Bewährung verhängt, eine dritte mit dreijähriger Bewährungsfrist. Erwogen wird von der Polizeiführung das Vorgehen gegen Hausbesetzer nach § 129 (Kriminelle Vereinigung). Und außerdem: Das 20 Mio. DM-Programm soll für 2000 leerstehende Wohnungen reichen. Das sind 10000 DM pro Wohnung, es reicht gerade für Verputzen und Tapezieren. Zudem soll das Geld



nur über gemeinnützige Träger wie die Arbeiterwohlfahrt zur Verfügung gestellt werden.

Die Forderungen der Instandbesetzer stehen nach wie vor: Keine Entmietung mehr, Finanzierung der Instandsetzungen durch Hauseigentümer. Und vollständige Amnestie. Diese Forderungen wurden von 10000 Menschen in einer Demonstration zum Schöneberger Rathaus am 7.2. unterstützt.

Sie verdienen die Unterstützung der Gewerkschaften; sie müssen sie haben, sollen sie durchgesetzt werden. Die IGM Jugendgruppe AEG unterstützt die Instandbesetzung.

Sinti Tandler: Keine „Bevorzugung der Zigeuner“!

München. Der bayerische Innenminister Tandler hat einen „Bericht über die Situation der ‚Sinti‘ und anderer Zigeunerstämme in Bayern“ vorgelegt. Der Verband Deutscher Sinti hatte gefordert: Das bayerische Innenministerium soll zugeben, daß die Tätigkeit der Landfahrerzentrale die Sinti diskriminiert hat, soll Auskunft über den Verbleib der Akten der Landfahrerzentrale geben und im Zuge der Wiedergutmachung ein Kulturzentrum der

Sinti mitfinanzieren. Der Landtag lehnte dies ab und beauftragte das Innenministerium lediglich, über die Situation der „Zigeuner“ zu berichten.

Tandler verstand den Auftrag: „Von einer rechtlichen Benachteiligung kann gegenwärtig nicht gesprochen werden ... (Die Zigeuner) haben die gleichen Rechte und Ansprüche wie jeder andere Deutsche oder Ausländer ... Sonderhilfen sind nicht gerechtfertigt ... Der Staat könnte sich dem Vorwurf aussetzen, eine Gruppe ohne besondere Veranlassung zu bevorzugen.“

Am Beispiel des Schulwesens: Schätzungsweise „über 90% der erwachsenen Zigeuner“ hätten keinen Schulabschluß. „Das ist jedoch nicht auf fehlende Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten zurückzuführen.“ Sondern: „Die Situation speziell der nicht in Wohnungen lebenden Zigeuner ist wesentlich durch ihre Einstellung und Lebenshaltung bedingt ... Sie zeigen nur geringe Bereitschaft zur gesellschaftlichen und beruflichen Anpassung. Sie wünschen weder eine Vermischung mit anderen Bevölkerungsteilen noch eine Eingliederung in das Arbeitsleben als Arbeitnehmer.“

Ergebnis der Analyse des bayerischen Innenministers: Schuld an der „insgesamt ungünstigen sozialen und finanziellen Situation der Zigeuner“ sind „ihre reisende Lebensweise ... die schlechte schulische Ausbildung ... die fremde Sprache (Romani) und der große Kinderreichtum“.

Tandler zum Vorschlag des Verbandes Deutscher Sinti, Unterrichtsbusse einzusetzen, um während der sommerlichen Reisezeit mithilfe reisender Lehrer den Unterrichtsstoff auf den Standplätzen vorzuarbeiten: „Die Notwendigkeit, spezielle Einrichtungen anzubieten, war bisher nicht gegeben.“

Sich von der Tätigkeit der Landfahrerzentrale von 1946 bis 1970 zu distanzieren, sieht Tandler keinerlei Veranlassung, denn: „Landfahrer und Zigeuner wurden von altersher durch die Polizei besonders überwacht ... Der Landfahrerzentrale oblag es, Nachrichten über Landfahrer zu sammeln und örtlichen Polizeidienststellen Auskünfte hierüber zu erteilen ... Diese Erkenntnisse (der Landfahrerzentrale) haben in vielen Fällen die Zuerkennung einer Entschädigung erst ermöglicht oder das Entschädigungsverfahren wesentlich beschleunigt.“ Dazu ein Beispiel aus einem Brief der Landfahrerzentrale, den der Verband Deutscher Sinti bekanntgemacht hat: die betreffende Frau hatte sich nicht an die Zwangsaufenthaltsverpflichtung, die 1939 für alle Sinti verfügt worden war, gehalten – ihre Verfolgung sei also nicht rassistisch, sondern „kriminalpräventiv“ gewesen, also kein Entschädigungsanspruch.

Brokdorf

Bau des Kernkraftwerks hat begonnen Bürgerinitiativen bereiten Demonstration vor

Am Freitag, dem 6.2.81, sind die Bauarbeiten am Kernkraftwerk Brokdorf wieder aufgenommen worden. Die Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK), die federführend den Bau betreibt, erklärte, daß die Fertigstellung des KKW keinen Aufschub mehr dulde, um der gesetzlich auferlegten „Stromversorgungspflicht für ihr Versorgungsgebiet“ Genüge zu tun. Die rechtlichen Bedenken seien durch die Erklärung der Rechtmäßigkeit der 1. Teilerichtungsgenehmigung (TEG) durch das Verwaltungsgericht Schleswig und die Erfüllung der Baustoppauflagen aus dem Wege geräumt. Die Arbeiten beziehen sich noch auf die Fertigstellung der Gründungsarbeiten der 1. TEG. Nach Zustimmung der Reaktorsicherheitskommission hatte Bundesinnenminister Baum im November bereits grünes Licht für die Erteilung der 2. TEG gegeben. Ministerpräsident Stoltenberg hat jetzt ihre offizielle Erteilung binnen zwei Wochen in Aussicht gestellt. Die NWK hält nach Erteilung der 2. TEG rechtliche Möglichkeiten, die den Bau des KKW Brokdorf verhindern könnten, nicht mehr für möglich.

Seit Bekanntgabe des geplanten Baus 1973 arbeiten Initiativen in der Wilster Marsch gegen das Kernkraftwerk. 31178 Unterschriften wurden 1974 gegen das atomrechtliche Genehmigungsverfahren gesammelt. 400 Einwender nahmen 1974 an einem Erörterungstermin teil, der nach 3,5 Tagen gegen den Willen der Einwender abgebrochen wurde. 1975 faßten die Bürgerinitiativen für den Fall des Baubeginns den Beschluß, den Bauplatz zu besetzen. Die Demonstrationen vom Herbst 76 und Aktionen der Bauern in der „Aktionsgemeinschaft Bauern gegen Atomkraftwerke“ mit Treckerdemonstration im Dezember 76 trotz vorläufigen Baustopps, hatten die Auseinandersetzung heranreifen lassen zur Demonstration am 19.2.77. Das Ziel, die Schleifung des Bauplatzes, wurde aufgrund der Spaltung durch die „friedliche Demonstration“ zur gleichen Zeit in Itzehoe nicht erreicht. Die Klage der Gemeinden Dammfleth, Wewelsfleth, Krummendeich, Freiburg und acht weiterer Personen, darunter fünf Bauern, wurde vom VG Schleswig im Dezember 79 abgewiesen. Der Bürgermeister der Gemeinde Wewelsfleth, Sachse, kommentierte die Entscheidung in der Tagesschau: „Damit ist das juristische Band der Gerichte um das Kernenergieprogramm der Indu-



Hamburg. 12000 Menschen haben am 2.2. anlässlich des Sonderparteitags der SPD gegen das Kernkraftwerk Brokdorf demonstriert. Über 3000 Polizisten hat der Hamburger Senat eingesetzt, um gewalttätige Auseinandersetzungen zu provozieren und die Bewegung gegen das Energieprogramm zu spalten.

strie und der Regierung geschlossen und damit wird die mißtrauischste Gruppe unserer Bevölkerung vollauf bestätigt, die da sagt, „Ihr könnt hundertmal im Recht sein, die da oben legen euch am Ende doch auf den Bauch.“ Ob die allseits erwartete Berufung der Einzelklagen im Gerichtssaal oder vor dem Brokdorfer Bauzaun stattfinden wird, das muß man der betroffenen Bevölkerung, für die wir stellvertretend in Schleswig standen, nun selbst überlassen.“ Die Gemeinden Dammfleth und Wewelsfleth haben beschlossen, Berufung gegen das Urteil einzulegen. Am 21.1.81 erklärte das OVG Lüneburg die Entsorgung von Brokdorf für gesichert.



Als am 21.12.80 8000 Kernkraftwerksgegner in Brokdorf demonstrierten, wurde vom Landrat eine gleichzeitig stattfindende Treckerdemonstration der „Aktionsgemeinschaft Bauern gegen Atomkraftwerke“ untersagt. Anlässlich des SPD-Parteitag demonstrierten in Hamburg 12000 gegen Brokdorf. Die Bourgeoisie hatte alles unternommen, um die Bewegung zu unterdrücken und zu spalten; so wurde die Demonstration der Bürgerinitiativen verboten, die der Jusos genehmigt. Auf dem Koordinationstreffen norddeutscher Bürgerinitiativen am 7.2. wurde jetzt eine Demonstration in Brokdorf für den 28.2. beschlossen. Zur Vorbereitung findet am 14.2. eine

Schlappe für PTB

Die Bäuerliche Notgemeinschaft und die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg haben das „Zwischenlager-Hearing“ am 28.1. in Lüchow zum Tribunal gegen die PTB (Physikalisch-technische Bundesanstalt) gemacht. Der Plan der PTB, ein Hearing ohne jede rechtliche Bindung durchzuführen und die Einwenden als scheindemokratische Rechtfertigung für längst gefaßte Beschlüsse zu mißbrauchen, wurde mit der Forderung nach Abbruch des Hearings beantwortet. Nach der Weigerung der PTB zogen die ca. 500 Kernenergiegegner aus dem Gildehaus Lüchow aus.

Mit Prof. Heintz hatte die PTB auch den richtigen „neutralen“ Mann zum Vorsitzenden bestimmt,

der noch vor kurzem im Inter City Speisewagen lautstark mit Vertretern der DWK und des zuständigen Ministeriums erörtert hatte, wie bei der Genehmigung bestimmte Gesetze umgangen werden können. Zudem gab die PTB bekannt, daß zwei neue Sicherheitsberichte in Arbeit seien, wobei sie sich weigerte, diese zu veröffentlichen. Immerhin ist dies das heimliche Eingeständnis, daß die bisherigen Gutachten schönfärberisch sind und der Kritik nicht standhalten.

Die Forderung nach Abbruch des Hearings wurde erhoben, weil es eine Farce ist, wenn die PTB als Genehmigungsbehörde des Zwischenlagers vorgibt, „neutral“ über die Berechtigung von Einwenden zu entscheiden, während sie gleichzeitig Antragsteller für das Endlager ist und die Tiefbohrungen betreibt.

90 Millionen — für welche Sicherheit?

90 Mio. DM haben die Hamburgischen Electricitätswerke (HEW) seit dem Störfall vom 18. Juni 1978 in das KKW Brunsbüttel investiert, „Millionen für die Sicherheit“, wie die „Kieler Nachrichten“ regional verkündeten. Weitere 200 Mio. DM sollen dieses Jahr und 1982 folgen. Nach Jahren risikoreicher Existenz *scheint* nun endlich das KKW Brunsbüttel sicherer zu werden, obgleich dies nach einem Ausspruch des Brunsbütteler Bürgermeisters und MdB Austermann – das sicherste Kernkraftwerk der Welt – kaum noch möglich war.

Die „Sicherheit“ des KKW besteht für die HEW allerdings nicht in der Sicherheit der Bevölkerung vor Gefahren und Auswirkungen des KKW, sondern vielmehr in der Sicherheit für einen reibungslosen profitablen Betrieb des Reaktors. Ausschließlich Forderungen nach endlich hoher Verfügbarkeit bei hoher Auslastung waren impulsgebender Anlaß, weit über die gerichtlich geforderten Verbesserungen in das KKW zu investieren.

Diese als „Millionen für die Sicherheit“ propagierten Maßnahmen sahen dann z.B. so aus: Änderung des Kernsprüh- in ein Kernflutsystem. Sollte einmal die Kühlung des Reaktors ausfallen, soll behelfsweise ein Notkühlssystem den Reaktor vor Zerstörung durch zuviel Eigenwärme schützen. Über einen Stutzen im Reaktordruckgefäß wird Wasser in ringförmig angeordnete Rohrleitungen gepumpt, die wie ein Rasensprenger gelocht sind und über dem aktiven

Teil der Brennelemente angeordnet sind. Während des Normalbetriebs kommt es wegen sehr hoher Dampfgeschwindigkeiten im Reaktordruckbehälter zu Schwingungen an diesem Rohrsystem, die Ursache vieler Störungen des Betriebs waren und damit Profitausfall verursachen.

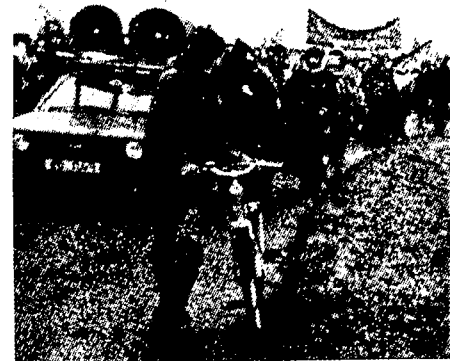
Die Zwangspause von gut 2 Jahren nutzten die HEW, diesen Mißstand zu beseitigen, indem die Sprühleitungen ausgebaut und durch eine Rohrleitung in den unteren Teil des Reaktordruckbehälters ersetzt wurden. Bei einem Ausfall des Reaktorkühlsystems kühlt das Notkühlssystem nun nicht mehr in Form einer Dusche, sondern der Reaktor wird von unten her mit Wasser aufgefüllt.

Es mag dahingestellt bleiben, ob dieses neue Notkühlssystem besser oder schlechter ist, sicherer oder weniger sicher ist als das alte. Die Betreiber versprechen sich auf jeden Fall durch diese Änderung eine höhere Verfügbarkeit ihrer Anlage. Propagandistisch nutzen sie dies als eine verbesserte Sicherheitseinrichtung, die vermutlich auch noch steuerlich begünstigt wird.

Ähnlich verhält es sich mit dem Reaktorschutzsystem. Im KKW wurde zusätzlich eine Reaktorschutztafel installiert, angeblich um die „Umwelt noch besser schützen“ zu können. Tatsächlich dient der gesamte Reaktorschutz jedoch nur dem Schutz des Reaktors. Mit ca. 1/3 der Gesamtkosten eines KKW, also ca. 1 Mrd. DM, gehört der Reaktor zu den wertvollsten Komponenten. Ca. 220 Schnellschaltungen haben dem Reaktor bisher arg zugesetzt. Um die Lebenserwartung noch ein wenig verlängern zu können, wurde das neue Anzeige- und Registrierzentrum eingerichtet.



Diese als „Millionen für die Sicherheit“ propagierten Maßnahmen sahen dann z.B. so aus: Änderung des Kernsprüh- in ein Kernflutsystem. Sollte einmal die Kühlung des Reaktors ausfallen, soll behelfsweise ein Notkühlssystem den Reaktor vor Zerstörung durch zuviel Eigenwärme schützen. Über einen Stutzen im Reaktordruckgefäß wird Wasser in ringförmig angeordnete Rohrleitungen gepumpt, die wie ein Rasensprenger



Bundeskonferenz in Hannover statt.

Stoltenberg im Verbund mit den Energieunternehmen beharrt auf der Notwendigkeit der Kernenergie zur Produktion billiger Energie. Beide beziehen sich auf eine Studie der Bundesregierung, nach der Strom aus Kernenergie 5 Pfennig pro Kilowattstunde billiger sein soll. Das muß angezweifelt werden, denn eine Betriebsdauer von 30 Jahren und 80prozentige Verfügbarkeit waren Voraussetzung, Kosten der Entsorgung und des Abrisses nicht miteingerechnet. Brunsbüttel hat 3/4 der Betriebsdauer stillgelegt, damit wurde eine 15%ige Stromerhöhung in Hamburg begründet. Kapitalisten als Sonderabnehmer erhalten weiterhin die Kilowattstunde für 2,5 bis 7 Pf. Das Kernkraftwerk Lingen mußte bereits nach 12 Jahren stillgelegt werden. KKW Stade zeigt nach acht Jahren Verspödung des Reaktormantels.

Die schleswig-holsteinische SPD hat die Frage Brokdorf zur „Nagelprobe

der Glaubwürdigkeit“ erklärt. Sie befürwortet aber den Betrieb der Kernkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel. Matthiesen zog jetzt seine Kandidatur zum Ministerpräsidenten für 1983 zurück, weil es nicht gelang, die Unterstützung des Brokdorfprojektes durch Bonn zu verhindern und eine Zuspitzung der Frage Brokdorf auf die Landtagswahl 83 gescheitert ist. Während SPD-Landesvorsitzender Jansen vor Demonstrationen in Brokdorf warnt wegen der zu erwartenden Gewalttätigkeiten, haben Teile der SPD, darunter auch der Steinburger Kreisvorsitzende erklärt, sie werden in Brokdorf demonstrieren.

Der Hamburger Senat hat nach dem mehrheitlichen Parteitagebeschuß gegen Brokdorf jetzt die Taktik des Lavierens eingeschlagen. Dreijährige Denkpause und Gespräche über energiepolitische Fragen, sowie Prüfung neuerer Technologien – Stichwort Hochtemperaturreaktor – mit der

schleswig-holsteinischen Landesregierung sind sein Vorschlag. Sollte es bei diesen Gesprächen zu keinem Ergebnis kommen, werde der Senat Einfluß auf die HEW nehmen, aus dem Brokdorfprojekt auszusteigen.

Stoltenberg hat den Bau von Brokdorf zur „schicksalhaften Frage“ erklärt: „Ich sehe, wie Fischer, Bauern und mittelständische Betriebe in diesen Monaten zum Teil ihre Existenzgrundlage verlieren und in äußerste Bedrängnis geraten, und die ständig steigenden Energiepreise spielen dabei eine Hauptrolle.“ Hatte er früher die 1980 ausgehenden Lichter und die Arbeitsplätze der Arbeiter ins Feld geführt, so jetzt die der Bauern und Fischer. Daß die Ruinierung der Bauern und Fischer durch die Steuerpolitik der Bundesregierung und die Preispolitik der Ölkonzerne wie der EG ausgerechnet durch Kernenergie verhindert werden soll, wird er den gegen das KKW kämpfenden Bauern kaum weismachen.



Kernkraftwerke in der BRD
 ■ in Betrieb □ im Bau ○ geplant

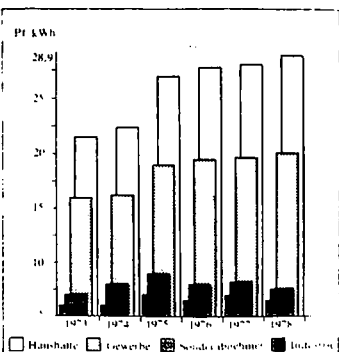
Energieforschung und Technologie

Gesamtaufwendungen in Mio. DM

	1977	1978	1979	1980
A	106	115	133	136
B	183	247	264	246
C	118	135	149	168
D	1029	1100	1186	1217

ges. 1436 1597 1732 1767

(A) Rationelle Energieverwendung / (B) Kohle und andere fossile Primärenergieträger / (C) Neue Energiequellen / (D) Kernenergie.



Kohlevergasung

Bei der Vergasung von Kohle strebt man die vollständige Umsetzung in brennbares Gas an. Bei hohen Temperaturen werden als Vergasungsmittel Luft, Sauerstoff, Dampf und Wasser eingesetzt. Das Gas eignet sich je nach Zusammensetzung als Brenngas für Industrie und Kraftwerke, als synthetischer Erdgasersatz (SNG) oder als Synthesegas für die chemische Industrie.

Hochtemperaturreaktor

Der Thorium-Hochtemperaturreaktor wird benötigt, um die nötige Prozeßwärme für die Kohlevergasung oder Kohleflüssigung zu haben. Der THTR funktioniert folgendermaßen: Die Spaltstoffe Thorium und Uran werden im Verhältnis von 10:1 in ca. drei Mio. Graphitkugeln verteilt. Die Kugeln haben ca. sechs cm Durchmesser. Durch die Verwendung von Keramik und Graphit erreicht man eine hohe Prozeßwärme, die beim

Kühlmittel Helium am Reaktorausgang eine Temperatur von 900° C verursacht. Das Helium liefert dann die nötige Prozeßwärme für die Kohleveredelung.

Prozeß gegen Teilgenehmigung Brokdorf

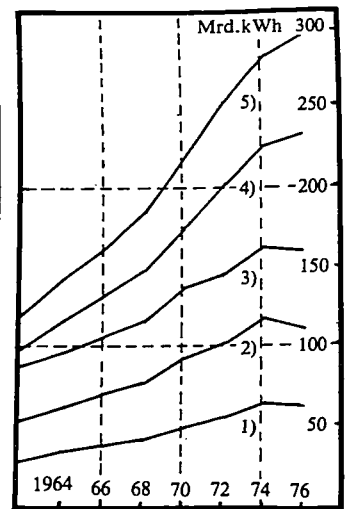
Nach der Erteilung der ersten Teilgenehmigung des KKW Brokdorf klagten neun Einzelpersonen und vier Gemeinden gegen das Projekt. Die Klagen der Gemeinden wurden abgewiesen außer der der Gemeinde Wewelsfleth, da diese als Gemeinde landwirtschaftliche Flächen hat.

Klagepunkte:

1. Die verwendeten Nuklid-spektren sind unvollständig.
2. Kurzlebige Aerosole sind meistens nicht berücksichtigt.
3. Die verwendeten Ausbreitungsfaktoren sind unrealistisch. Insbesondere müsse wegen der ungünstigen Standorteigenschaften mit weit höheren Ablagerungsgeschwindigkeiten gerechnet werden.
4. Nicht alle möglichen Belastungspfade (insbesondere der Belastungspfad Siel/Schlick) über Abluft und Abwasser seien berücksichtigt worden. Die insoweit verwendeten Transferfaktoren seien zu niedrig angesetzt.

Die Antwort im Urteil:

„Die Aussage des Sachverständigen Handge, daß das Zusammentreffen mehrerer Extremwerte wegen ihrer Abhängigkeit voneinander bei den Berechnungsgrundlagen nicht berücksichtigt werden müßte, erscheint deshalb folgerichtig. Die Berechnungsgrundlagen haben den Zweck, die möglichen Strahlungsbelastungen abzuschätzen. Wie das Bundesverfassungsgericht dargelegt hat, kann es sich dabei immer nur um Annäherungswissen handeln. Denn im Bereich der Naturwissenschaften ist eine absolute Gewißheit nicht möglich. Die Abschätzungen müssen sich am Maßstab praktischer Vernunft ausrichten. Nach der Beweisaufnahme ist die Kammer der Überzeugung, daß die vom Sachverständigen Handge verwendeten Berechnungsgrundlagen diesem Maßstab genügen.“

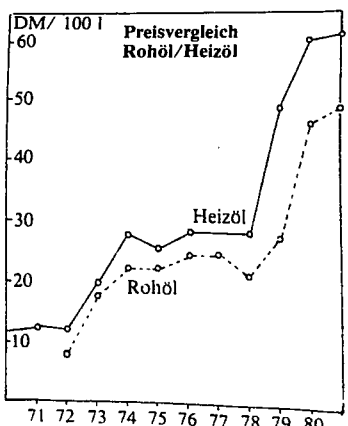


Die früheren Annahmen der Steigerung im Energieverbrauch sind nicht eingetreten. Das Ausgehen der Lichter 1980 war eine Lüge.

Das Schaubild zeigt den gestiegenen Verbrauch der Haushalte. Durch Strompreiserhöhungen, Umstrukturierung der Haushaltstarife u.ä. versuchen die Kapitalisten, den Verbrauch der Haushalte einzuschränken.

Beschleunigung der Baugenehmigung

Bei den ersten KKW's betrug die Zeit zwischen der Auftragserteilung bis zur Stromproduktion ca. drei bis fünf Jahre. Ab 1970 änderte sich das. Für das KKW Brunsbüttel wurden sieben Jahre gebraucht, bis es Strom produzierte. Das KKW Ohu brauchte acht Jahre, KKW Krümmel voraussichtlich neun, und für Wyl sind bis jetzt elf Jahre veranschlagt. Diese langen Zeiten drücken auf den Profit der Betreiber. Graf Lambsdorff fordert den Bau der KKW's in Serie, um das Genehmigungsverfahren zu vereinfachen. Das Schleswiger Verwaltungsgericht überlegt, ob Kläger gegen den Betrieb eines KKW's zu Schadensersatzforderungen herangezogen werden können.



Italien: 5,2 Mio. Renten unter 400 DM

Um ganze 1 500 Lire (3,30 DM) sollen nach einem Gesetzentwurf der italienischen Regierung die Mindestrenten 1981 – abgesehen von der gesetzlichen Anpassung an Inflationsrate und Lohnerhöhungen – steigen. Ein Antrag der PCI-Fraktion, die Mindestrente um 18 000 Lire auf ein Drittel des Durchschnittslohnes zu erhöhen, wurde abgelehnt. Der Antrag entsprach den Forderungen der Gewerkschaften. Von den 12 Mio. Rentnern der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten 5,2 Mio. nur die Mindestrente von jetzt 186 700 Lire (knapp 400 DM). Ein großer Teil der Rentner war nicht das ganze Leben lohnabhängig und versichert, sondern ursprünglich Bauer. Nach der Rentenformel werden für jedes Versicherungsjahr (bis 40) 2% des durchschnittlichen Lohns der drei besten Jahre im letzten Versicherungsjahr gezahlt, höchstens 80%. Wegen der Alterszuschläge ist der zugrundegelegte Lohn meist auch der relativ höchste im Arbeitsleben. Wer bei strikter Anwendung der Rentenformel unter der Mindestrente bleiben würde – z.B. ein in den 50er Jahren gelegter Bauer –,

Am 30. Januar trat Odvar Nordli als Ministerpräsident Norwegens zurück. Und es gilt in Oslo bereits als sicher, daß auch der Parteivorsitzende der sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf dem Parteitag im April zurücktreten wird. Für beide Posten gilt die 42jährige Gro Harlem-Brundtland als Nachfolgerin, zur Ministerpräsidentin wurde sie am 4. Februar gewählt. Im September stehen Wahlen an, und die sozialdemokratische Arbeiterpartei, 1977 noch mit 42,3% der Stimmen stärkste Fraktion, hat gewaltig an Einfluß verloren. Bereits bei den Kommunalwahlen im letzten Jahr

kriegt die Rente auf diesen, immer noch elenden Betrag aufgestockt. Um nicht zu verhungern, sind Millionen Rentner auf Unterstützung ihrer Familie angewiesen.

Irland: Neuer Hungerstreik

Die britische Regierung hat das Abkommen vom 21.12.80 gebrochen! Danach dürfen die republikanischen irischen Gefangenen im H-Block des Armagh-Gefängnisses eigene Kleidung statt der Gefangenekleidung tragen: Sie wird ihnen verweigert. Danach



büßte sie 18% der Stimmen ein, laut einer kürzlich durchgeführten Meinungsumfrage

brauchen sie als politische Gefangene keine Gefängnisarbeit zu machen – am 23.1. wurde sie ihnen aufgetragen. Der politische Status wird ihnen nach wie vor aberkannt (s. Pol. Ber. 1/81). Erwartet die britische Regierung wirklich, der republikanischen Bewegung auf diese Weise Herr zu werden? Die Gefangenen haben ihre Kampfkaktionen, die sie abgebrochen hatten, wiederaufgenommen. Für den 1.3., den fünften Jahrestag der Anerkennung des politischen Status, hat Sinn Fein, der politische Flügel der IRA, erneuten Hungerstreik angekündigt.

bringt sie es gerade noch auf 39%, die christlich-konservative Volkspartei dagegen auf 40. Ihre Spaltung hat sich im letzten Monat nach dem Beschluß der Regierung, Waffendepots für die US-Imperialisten in Mittelnorwegen einzurichten, noch verstärkt. Gegen die NATO-Gegner, die auch 1972 die Volksabstimmung gegen den EG-Beitritt mit durchsetzten, richtet sich auch ihre Wahl. Erfahrung hat sie darin. Nach der Niederlage der Regierung in der Volksabstimmung gegen den EG-Beitritt war sie als Umweltministerin zur Erschließung der Ölfelder in der Nordsee mit dabei.

Irland: neue Steuererhöhungen

Kräftige Erhöhungen der wichtigsten indirekten Steuern nahm die irische Regierung mit ihrem Budget vom 20.1. vor. Benzin kostet damit 15 Pence pro Gallone (etwa 60 Pf. pro Liter) mehr. 20 Zigaretten werden um 10 Pence (etwa 40 Pf.), Wein um 25 Pence pro Glas höher besteuert. Außerdem verdoppelte die Regierung die Kraftfahrzeugsteuer auf 20 irische Pfund pro Jahr. Die Regierung hielt Versprechen bezüglich Lohnsteuerminderungen, die sie nach den großen Protestaktionen gemacht hatte, nur teilweise ein. Der Grundfreibetrag wurde von 400 Pfund auf 600 Pfund im Jahr erhöht.

NL: Taiwan-Geschäft vor dem Platzen

Nach Rückversicherung in Washington hatte die niederländische Regierung die Verkaufserlaubnis für zwei U-Boote und wichtige Reaktorteile an das Tschiangkaischek-Regime auf Taiwan gegeben. Dieser Handel, Test der Imperialisten für ihre „Zwei China“-Politik, droht zu platzen. Aufgrund der Proteste in den Niederlanden und der Reaktion der VR China, die den niederländischen Botschafter nach Hause schickte und dem Shell-Konzern Bohrkonzessionen strich, verurteilte das niederländische Unterhaus den Export, den es vorher schon gebilligt hatte. – Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums bezeichnete den U-Boot-Handel als Einmischung in Chinas innere Angelegenheiten und Angriff auf seine Souveränität.

Südafrika:

Überfälle auf Mozambique, Angola

Offenbar bestärkt durch den Amtsantritt Reagans hat Südafrika seine Aggressionspolitik gegen die Nachbarländer verschärft, nachdem es schon die Genfer Namibia-Konferenz hat platzen lassen. Vor wenigen Tagen kündigte Südafrika weitere Überfälle auf Angola an, falls das Land nicht seine Unterstützung für die SWAPO einstelle. In den vergangenen Monaten haben die Streitkräfte des südafrikanischen Rassenregimes mehrmals Lager bei namibischen Flüchtlingen in Angola angegriffen und damit mehrere hundert Menschen getötet. Am 30.1. drangen südafrikanische Truppen über 100 km tief in das Staatsgebiet von Mozambique ein und überfielen die Vertretung der südafrikanischen Befreiungsorganisation African National Council (ANC) in einem Vorort Maputos. 13 Menschen, darunter ein südafrikanischer Soldat, kamen dabei

ums Leben. Die südafrikanische Regierung drohte mit weiteren Überfällen. – Robert Mugabe, Ministerpräsident von Zimbabwe, betonte nach den jüngsten Aggressionen Südafrikas die Notwendigkeit der raschen Integration der ZANU- und ZAPU-Befreiungskämpfer in die Nationalarmee von Zimbabwe. Er beschuldigte das Rassenregime, Anti-Frelimo-Guerillas in

Mozambique zu finanzieren, Sabotageakte gegen Zimbabwe zu unternehmen und einen Putschversuch in Sambia gesteuert zu haben, und kündigte eine enge militärische Zusammenarbeit von Zimbabwe und Mozambique an. Die SWAPO hat nach der gescheiterten Namibia-Konferenz ihre Operationen gegen die südafrikanischen Besatzungstreitkräfte intensiviert und Anfang Februar mit Raketen Lagerhäuser und südafrikanische Militäreinrichtungen bei Oshakati zerstört.



Südkorea

„Demokratisierung“: Ausdehnung der imperialistischen Ausbeutung im Gange

In der ersten Februarwoche ließ der neue US-Präsident Reagan Chun do Hwan aus Südkorea zum Rapport antreten. Chun do Hwan ist Chef der hauptsächlich aus Militärs zusammengesetzten Clique, die gegenwärtig für die Imperialisten die Macht in Südkorea ausübt. Wesentlicher Zweck des Besuches bestand darin, die „Demokratisierung Südkoreas“ festzustellen. Wesentliches Ergebnis war die Bestätigung durch den US-Präsidenten, daß die 39000 US-Soldaten als Garanten der Ausbeutung dieses Niedriglohnlandes und als strategische Bastion der US-Imperialisten im Fernen Osten nicht abgezogen werden.

Mit der blutigen Niederschlagung des Volksaufstandes von Kwangju im Mai letzten Jahres hatten Chun do Hwan und seinesgleichen eine Probe auf ihre imperialistische Hörigkeit abgelegt. Jetzt verlangen die Imperialisten, daß sie auch eine Probe auf ihre Geschäftsfähigkeit als imperialistische Marionettenregierung geben. Dazu sollen sie sich durch Wahlen bestätigen lassen.

Die Vorbereitungen dazu wurden bereits im letzten Jahr begonnen. Über 800 Personen, so rühmt sich Chun do Hwan, wurden entweder aus Ämtern befördert oder ins Gefängnis geworfen: Ein Teil – Rivalen im Kampf um die Machtausübung – wegen „Korruption“, vor allem jedoch die ent-

schlossenen Gegner der imperialistischen Unterdrückung Südkoreas wegen „Erregung sozialer und politischer Unruhe“ waren Ziel der „Säuberung“, z.B. Kim Dae Jung, inzwischen zu lebenslanger Haft „begnadigt“.

Im Oktober wurde ein Referendum veranstaltet, um eine Verfassung als Volkswillen auszugeben, die die Nationalversammlung kennt, solange es dem Präsidenten gefällt. Kurz vor der auf den 11. Februar terminierten Bildung des Wahlmännergremiums für die Präsidentenwahl am 25. Februar war das nach dem Kriege recht wirksame Verbot der politischen Parteien etwas gelockert worden. Die „Neue Politische Partei“, eine der daraufhin hervorgetretenen Organisationen, rief zum Boykott dieser Wahl auf, da feststehe, „daß die jetzige Regierungsgewalt auch künftig die Macht ausübe.“

Die „gerechte Wohlstandsgesellschaft“, die Chun do Hwan verspricht, müssen die Arbeiter und Bauern bereits gegenwärtig als fortgeschrittene Ausbaustufe der imperialistischen Ausbeutung dieses Niedriglohnlandes erfahren. Nachdem die Imperialisten zunächst die Industrien mit vergleichbar hohem Einsatz von Arbeitskraft als Kapitalanlage bevorzugten, z.B. die Textilindustrie, haben sie in den letzten Jahren eine „zweite industrielle Revolution“ eingeleitet, die vor allen Din-

gen auf die Kapitalanlage im Anlagenbau zielt. Die acht größten im letzten Jahr fertiggestellten Investitionsprojekte galten dem Maschinenbau, dem Schiffbau, dem Fahrzeugbau und der chemischen Industrie. Die Mittel für diese Projekte im Umfang von 1,5 Mrd. \$ kamen zur Hälfte aus dem Ausland. General Motors z.B. ist an der Fahrzeugproduktion beteiligt, und Philips wickelt einen Großauftrag für die Modernisierung der Nachrichtenverbindungen und der Fernsehausrüstung in Saudi-Arabien über Südkorea ab. Die Kapazitäten dieser Anlagen sind gegenwärtig bloß zu einem Teil ausgelastet, am wenigsten im Fahrzeugbau mit 30–40% Kapazitätsauslastung bei einer möglichen Produktion von knapp 300000 Fahrzeugen. Die inoffizielle Arbeitslosenziffer ist auf 2 Mio. von 15 Mio. Arbeitskräften angestiegen. Die Finanzmittel sind für die völlig verschuldeten koreanischen Unternehmen knapp.

Nach den Vorgaben der Marionettenregierung sollen die Löhne nicht über 15% steigen, nachdem die Preisteigerung für Verbraucher im letzten Jahr 34% betrug. Unternehmen, die betriebliche Zuschläge zahlen, wird mit der Sperrung von Kreditmitteln gedroht. Für die Bauern wurden die Preise der Produktionsmittel mit Beginn letzten Jahres um 34% bis 40% heraufgesetzt. Das hat in Verbindung mit schlechten äußeren Bedingungen zu erheblichen Ernteaussfällen geführt. Dadurch haben sich die Preise für Getreide seit Oktober mehr als verdoppelt. – Das Manöver der Demokratisierung als politische Bemäntelung dieser verschärften imperialistischen Ausbeutung wird seine Zwecke nicht erreichen.



Bewaffneter Aufstand in Kwangju: Eine Woche lang konnte die drittgrößte Stadt Südkoreas im letzten Mai von den Volksmassen behauptet werden.

Westsahara SU-Kriegsschiffe vor der Küste

Ende Januar hat die Sowjetunion Kriegsschiffe vor der Küste der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) stationiert. Anlaß war, daß die marokkanische Kriegsmarine schon im Dezember 80 insgesamt vier sowjetische Fischereischiffe aufgebracht hatte.

Die Sowjetunion nutzt die Lage, daß Marokko die Souveränität über die DARS und seine Küste beansprucht, aber nicht besitzt. Nachdem Spanien aus West-Sahara abziehen mußte, besetzte Marokko den Norden, Mauretanien den Süden. 1979 schloß Mauretanien mit der FPOLISARIO, der Befreiungsbewegung der DARS, einen Friedensvertrag, in dem es alle Ansprüche

auf das südliche West-Sahara zurückzog, allerdings die DARS nicht als eigenen Staat anerkannte. Daraufhin besetzte Marokko auch den südlichen Teil der DARS.

Die marokkanische Regierung verlangt von den Schiffen, die vor der Küste der DARS fischen, Gebühren. Dort werden jährlich über 500 000 t Fisch gefangen. Von diesen 500 000 t fängt die DARS nur 4000 t. 1977 lag die Fangquote der RGW-Länder bei über 300 000 t. Die Sowjetunion selber ist an der Westküste Afrikas bis zum Kongo der größte Fischräuber. Mit 769 500 t lag sie 1979 weit vor Spanien. Die Imperialisten arbeiten vorwiegend mit der Methode, den Fisch einfach abzutransportieren und auf den eigenen Schiffen selber zu verarbeiten, was den Volkswirtschaften der afrikanischen Küstenländer große Verluste einbringt. Mauritanien verlangt seit 1979 die Beteiligung an joint ventures und gibt keine Lizenzen mehr aus. Marokko hat von Spanien in den jetzt geplatzten Fischeilverhandlungen höhere Gebühren gefordert, was von Spanien abgelehnt wurde.

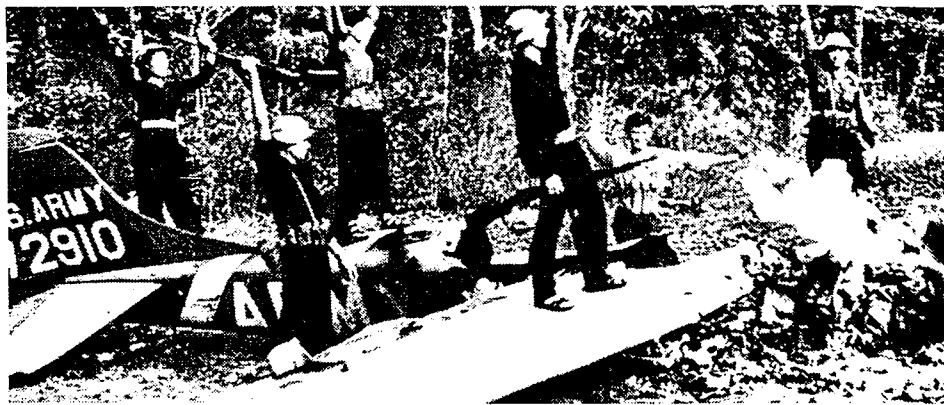
Mit der massiven Drohung durch Kriegsschiffe verfolgt die Sowjetunion ökonomische Ziele in Bezug auf die Fischerei, aber im wesentlichen politische Ziele. Seit einiger Zeit wird von den westlichen Imperialisten angedeutet, daß die NATO auf den kanarischen Inseln, die spanisch sind und direkt gegenüber der DARS liegen, einen Militärstützpunkt errichten will. Weiter haben die USA Ende Januar erklärt, daß sie Marokko 108 Panzer verkaufen wollen, eine lang versprochene Waffenlieferung. Marokko braucht diese Panzer gegen die FPOLISARIO.

Vietnam

Wirtschaftskrise durch Aggressionspolitik

1980 hat Vietnam seinen zweiten Fünfjahrplan abgeschlossen, der auf dem Parteitag der KP Vietnams 1976 mit großen Zielvorgaben eingeläutet worden war. Bis 1980 sollte mit 21 Mio. t Getreide Selbstversorgung erreicht werden. Der Plan sah daneben hauptsächlich Investitionen in der Schwerindustrie vor, um aus Vietnam innerhalb von 20 Jahren ein Industrieland zu machen.

Die Planresultate sind verheerend: Die Landwirtschaft, in der 73% der Erwerbstätigen arbeiten, produzierte 1980 nur 14 Mio. t Getreide. Nur 1,2 Mio. t des Fehlbedarfs konnte das Land 1979 durch Getreideimporte aus der SU decken, 1980 – nach der Verhängung des US-Getreideembargos über die SU – 0,8 Mio. t. Die Investi-



Von vietnamesischen Befreiungskämpfern abgeschossener US-Bomber

tionen in der Industrie erreichten $\frac{2}{3}$ der Planzahlen, die Kapazitäten waren wegen Rohstoff- und Energiemangels nur zur Hälfte ausgelastet.

Die Nahrungsrationen für die Lohnabhängigen in den Städten – dort leben ca. 29% der Bevölkerung – mußten in den letzten Jahren von 18 kg pro Monat auf 13 kg gesenkt werden, davon oft nur 1 kg Reis und der Rest Tapioka und Süßkartoffeln. Auf den freien Märkten, die in Nordvietnam 5 bis 7% der Getreideversorgung deckten, im Süden dagegen über 50%, kostet 1 kg Reis vier dong, ein Liter Fischsauce 35 dong; das Durchschnittsgehalt liegt bei 90 dong.

Zweifelloos waren die Bedingungen für den Aufbau nach der Vertreibung der US-Imperialisten schwierig genug: Millionen Flüchtlinge, gewaltige Kriegszerstörungen; Konzentration der Industrie im Norden, während die US-Herrschaft über Südvietnam dort eine parasitäre Kolonialökonomie hervorgerufen hatte; ein jährlicher Bevölkerungszuwachs um 2,6% und eine Bevölkerungsdichte von 158 Einwohnern/qkm gegenüber 48 in Kampuchea und 15 in Laos.

Aber die Aggressionen gegen Kampuchea, Thailand und die VR China, die Besetzung von Laos und die damit einhergehende Militarisierung der Gesellschaft haben die vietnamesischen Volksmassen um die Früchte des Befreiungskrieges betrogen. Über 50% des Staatsbudgets fließen in die Armee – die fünftgrößte der Welt, die 250 000 Soldaten in Kampuchea und Laos stationiert hat. In der Produktion fehlen Arbeitskräfte; 62% der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, 85% im Handwerk und 43,6% in der Industrie sind Frauen.

Außerdem hat die KP Vietnams durch den Bruch der Einheitsfront im Süden die Wirtschaftsprobleme drastisch verschärft: Die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde erzwungen – mit dem Ergebnis, daß heute nur 50% der Bauernfamilien mit 36% der Anbaufläche in Genossenschaften organisiert sind und daß die Bauern nur 40% des Getreidesolls an den Staat ab-

liefern. Die Zwangsmaßnahmen gegen privates Handwerk, Kleinbetriebe und Kleinhandel 1978 brachten die Produktion und den Austausch von lebensnotwendigen Konsumgütern zum Erliegen und unterbrachen den Austausch zwischen Stadt und Land – die Bauern bekamen nichts mehr für ihre Produkte. Schwarzmarkt und Schmuggel dagegen blühen – oft mit Beteiligung der Parteikader aus dem Norden, die bald nach der Befreiung die Vertreter der Einheitsfront ersetzten.

Vietnam hat sich durch seine Aggressionen völlig von seinen Nachbarländern in Südostasien abgeschnitten und hängt inzwischen im Außenhandel zu über 90% von der SU und anderen RGW-Ländern ab. Kürzlich hat Vietnam zusammen mit seinen Marionettenregimes in Kampuchea und Laos der ASEAN (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand) ein erneutes Verhandlungsangebot unterbreitet. Für die ASEAN-Länder bleibt aber der Abzug Vietnams aus Kampuchea die Voraussetzung gutnachbarschaftlicher Beziehungen.

Großbritannien

Neues Staatsbürgerschafts-Gesetz

Nach Protesten der Labour-Partei, Gewerkschaften und Immigrantennorganisationen änderte die Regierung Thatcher am 6. Februar ihren gerade zwei Wochen alten Gesetzentwurf zur Neuordnung der Staatsbürgerschaft in zwei Hauptpunkten.

Bisher sind alle in Großbritannien geborenen Kinder britische Staatsangehörige (mit Ausnahme der Kinder von Diplomaten). Nach dem Regierungsentwurf sollten nur „Kinder von britischen Staatsbürgern oder Personen, die hier ansässig sind“, dieses Recht haben. Damit wären die Kinder von Hunderttausenden illegaler Einwanderer staatenlos geboren. Deshalb enthält der Gesetzentwurf eine Vorschrift zur Registrierung staatenloser Kinder.

Diese Entrechtung mußte die Regierung teilweise zurücknehmen. Jetzt können alle in Großbritannien geborenen Kinder britische Staatsbürger werden, wenn sie zehn Jahre im Land gewohnt haben.

Ebenfalls ändern mußte die Regierung den Paragraphen, nach dem im Ausland geborene Kinder britischer Bürger nur dann britische Staatsbürger würden, wenn mindestens ein Elternteil in Großbritannien selbst geboren wurde. Jetzt können alle britischen Staatsbürger die Staatsbürgerschaft auf ihre Kinder, auch wenn sie im Ausland geboren werden, übertragen.

Beide Bestimmungen dienen, wie das ganze Gesetz, einem komplizierten Problem der britischen Bourgeoisie: Die schwarzen und indischen Einwanderer in Großbritannien (und die potentiellen Einwanderer mit britischen Pässen in Indien und der Karibik) sol-



Faschistenaktion gegen Immigranten

len so weit wie möglich entrechtet und damit der Einwanderungskontrolle, Ausweisung usw. leichter unterworfen werden, während den weißen Siedlern britischer Abkunft in Südafrika, Australien, Neuseeland alle Rechte der Staatsbürgerschaft erhalten bleiben müssen. Deshalb gibt es fünf Kategorien von Staatsbürgerschaft, je nach „Verbindung zum Vereinigten Königreich“, abhängig von Eltern und Großeltern und deren Geburtsorten. Für die Kolonien (z.B. Hongkong und Gibraltar) sowie für Inhaber britischer Pässe in früheren Kolonien, vor allem in Afrika, Indien und der Karibik, will die Regierung Sonderkategorien mit überhaupt keinen Rechten einrichten.

Großbritannien hat mehr als zwei Millionen Einwohner afrikanischer und indischer Herkunft. Nur 40% wurden in Großbritannien geboren, die meisten sind jung. D.h., alle die Arbeiter, die von britischen Monopolen ins Land geholt wurden, sind betroffen, entweder weil sie oder ihre Kinder nicht die britische Staatsbürgerschaft erhalten oder weil ihren Familien die Einreise verweigert wird.

Spanien

Generäle und Bischöfe hinter Regierungskrise

Mit dem „Rücktritt“ von Ministerpräsident Suarez hat die spanische herrschende Klasse ihre Absicht bekundet, zu einem Kurs der offenen Reaktion überzugehen und dazu die Regierungsgeschäfte durch einen Mann nicht nur ihrer Wahl, sondern auch aus ihren eigenen Reihen führen zu lassen. Calvo Sotelo, den der König mit der Regierungsbildung beauftragt hat, war Generaldirektor einer Sprengstofffirma, Verwaltungsratspräsident der Eisenbahnen, Vertreter der Chemieunternehmen in Francos Ständeparlament, bevor er unter Suarez EG- und dann Wirtschaftsminister wurde.

Nach dem angeblich „völlig überraschenden“ Rücktritt von Suarez ist einiges über die Umstände ans Licht gekommen. Die Reise des Königs in Baskenland ist ein ziemliches Fiasko geworden; und die Reaktion fragt laut, was die Zugeständnisse der Regierung, die sie nach über einjährigen Verhandlungen Ende Dezember machen mußte, denn genützt hätten. Die baskische Regionalregierung hatte damit begrenzte Finanzhoheit (von den Steuereinnahmen verbleiben rund zwei Drittel im Baskenland, die baskische Regierung kann die Steuergesetze in einigen Punkten ändern) und das Recht auf Aufstellung einer eigenen Polizeitruppe durchsetzen können.

Die Bischofskonferenz, durch einen frisch aus Rom eingeflogenen Nuntius päpstlich instruiert, wetterte in einer Erklärung gegen den Entwurf eines Scheidungsgesetzes, das die Trennung der Ehepartner im gegenseitigen Einverständnis ermöglicht. Der Kirche eng verbunden ist der rechte Flügel der Regierungspartei UCD, der es auf dem jüngsten Parteitag auf rund ein Drittel der Delegierten brachte.

Offensichtlich hat die Generalität, der der Kampf „gegen den baskischen Terrorismus“ nicht entschieden, die geltenden Beschränkungen demokratischer Rechte nicht weitgehend genug sind, beim Sturz von Suarez mitgewirkt. In der faschistischen Zeitung „El Alcazar“ drohte ein General unverblümt mit Militärputsch: „Die politischen Parteien vertreten das Volk nicht, und die Regierung hat überhaupt keine Autorität. Spanien muß gerettet werden, wie es bei identischen Gelegenheiten gerettet worden ist.“ Die letzte „Rettung“ war die Militärrevolte 1936 gegen die spanische Republik. Hauptzweck derartiger Drohungen dürfte sein, offene Reaktion unter Verweis auf die Gefahr eines Putsches auch parlamentarisch durchzusetzen.

Der Verteidigungsminister, erklärter Kandidat der hohen Offiziere, wird jetzt zwar nicht als Ministerpräsident, wohl aber als UCD-Vorsitzender Nachfolger von Suarez.

Die Arbeiterbewegung sieht sich dem reaktionären Kurs der Bourgeoisie und rabiater Lohnsenkung ziemlich gespalten gegenüber. Für 1980 hatte sich die sozialistische Gewerkschaft UGT auf ein Rahmenabkommen mit den Kapitalisten eingelassen, nach dem bei 15% Inflation die Löhne nur um 11 bis 15% steigen sollten. Die von Revisionisten geführten „Arbeiterkommissionen“ (CC.OO) haben das Abkommen von vornherein abgelehnt, und auch die Verhandlungen, die die UGT für 1981 führt, haben noch zu keinem Abschluß geführt. Bei den Betriebsratswahlen haben die CC.OO 3,8% ihrer Sitze verloren. Die UGT, die 7,8% gewinnen konnte, ist mit 29,5% jetzt fast ebenso stark wie die CC.OO.

Eine Aktionseinheit der beiden großen Gewerkschaftsbünde, die die CC.OO als ersten Schritt zu einer Einheitsgewerkschaft vorgeschlagen haben, ist bislang nicht absehbar. Dabei wäre sie dringend nötig. Die Arbeitslosigkeit liegt jetzt bei über 10% und steigt weiter. Die Landarbeiter Andalusiens, die Stahl- und Werftarbeiter führen große Kämpfe. Die Regierungskrise zeigt die Verschärfung der Klassegegensätze. Ob die Großbourgeoisie und die Grundbesitzer die bevorstehenden Kämpfe für sich entscheiden können, ist nicht ausgemacht. Auch nicht, ob es ihnen gelingt, Calvo Sotelo im Ministerpräsidentenamt zu installieren. Die UCD verfügt nicht über die parlamentarische Mehrheit, und Neuwahlen könnten nach Meinungsumfragen zu einem Sieg der sozialistischen PSOE führen.

Italien

Kampf gegen Entlassungen bei Montedison

Der italienische Montedison-Konzern, größtes Chemiemonopol und zweitgrößtes (überwiegend) privates Kapital des Landes, will die Belegschaften bis 1983 um 13000 verringern, das ist über ein Viertel der jetzt in den Chemiebetrieben des Konzern beschäftigten 43000 Lohnabhängigen. (Der Gesamtkonzern, zu dem u.a. auch Kaufhäuser und Textilbetriebe gehören, beutet über 100000 aus.) Allein für das laufende Jahr sind 8340 Entlassungen angekündigt, die ersten 6300 sind am letzten Freitag wirksam geworden. Für diesen Tag haben die Gewerkschaften zu einem landesweiten vierstündigen Streik in der ganzen Chemieindustrie aufgerufen.

Anfang der 70er Jahre hatten die italienischen Chemiemonopole riesige Petrochemiekomplexe – vor allem im Süden – aufgebaut. Jetzt bestehen gerade in diesem Bereich Überkapazitäten. Vor allem aber ist, seit Erdöl nicht mehr zu Spottpreisen zu haben ist, der frühere Extraprofit dahin. Bereits 1978 waren der dritt- und der viertgrößte Chemiekonzern (SIR bzw. Liquichimica) praktisch bankrott und wurden von den Banken zwecks „Sanierung“ der Chemiegruppe des staatlichen Ölmonopols ENI angeschlossen. Mit jetzt 38600 Beschäftigten ist dieser „öffentliche Pol“ fast ebenso groß wie die Montedison. Im letzten Jahr hat er rund 1000 Mrd. Lire (2,2 Mrd. DM) Verlust gemacht. Während Tausende von Chemiearbeitern z.T. schon seit Jahren auf Kurzarbeitergeld gesetzt sind, hat das Land 1980 für über 2000 Mrd. Lire mehr Chemieprodukte einführen müssen als die italienischen Chemiekapitalisten im Ausland absetzen konnten.

Mit den Entlassungen wollen die Montedison-Kapitalisten eine gewaltige Intensivierung der Arbeit durchsetzen, nachdem sie seit Ende 1977 die Beschäftigtenzahl bereits um 8500 gedrückt haben. Der gleiche Effekt wäre auch zu erreichen, wenn sich die Kapitalisten auf Kurzarbeit „zurückziehen“ würden, wie die Regierung vorschlägt. Die Zustimmung dazu wollen sich die privaten Kapitalgruppen, die im „Kontrollsyndikat“ gegenüber den Staatsmonopolen die Mehrheit haben, teuer abkaufen lassen: Mit Milliarden aus der Steuer soll Kapitalvernichtung finanziert werden, ohne die Mehrheitsverhältnisse im Kontrollsyndikat zugunsten des Staates zu ändern. Die Erpressung ist umso wirksamer, als ein großer Teil der angekündigten Entlassungen auf Werke in Südtalien entfällt, wo entlassene Montedison-Arbeiter praktisch keine andere Arbeit finden könnten.

Die Kampfbedingungen sind schwierig. Die Niederlage bei Fiat wirkt nach, und das Vertrauen der Arbeiter in die Gewerkschaften ist erschüttert. Im Werk Marghera (Venedig) z.B. hatte der Fabrikat erst kürzlich der Einführung „leistungsorientierter Zuschläge“ zugestimmt, die die Belegschaftsversammlungen dann ablehnten. Jetzt scheint sich die Einheit zu entwickeln. Die Beteiligung an einem konzernweiten Streik am 30.1. lag bei über 90%. Die Gewerkschaften fordern Rücknahme der Entlassungen und Aufstellung eines Branchenentwicklungsplans. Die Montedison-Erpressung, bis zum Inkrafttreten der ersten Entlassungen am 13.2. um jeden Preis abzuschließen, haben sie zurückgewiesen. Die beschlossenen acht Stunden betriebliche Streiks werden durchgeführt.

VR China

„Viererbande“-Prozeß: Folgen für den Klassenkampf im Sozialismus

In dem mit der Urteilsverkündung am 25.1. abgeschlossenen Prozeß gegen die „Viererbande“ standen die Exponenten der linksradikalen Strömung in der KPCh während der Kulturrevolution vor Gericht. Der Prozeß sollte nach Äußerungen führender Vertreter der KPCh und der chinesischen Justiz dem sozialistischen Rechtssystem wieder Geltung verschaffen und die Gleichheit aller Bürger vor den Gesetzen dokumentieren. Die Anklage gegen sie – daneben war die Gruppe um Lin Biao angeklagt – umfaßte Straftaten unter den Hauptanklagepunkten: 1. Diffamierung von Partei- und Staatsführern, Verabredung zum Sturz der politischen Macht der Diktatur des Proletariats; 2. Verfolgung und Unterdrückung einer großen Zahl von Kadern und einfachen Bürgern; 3. Vorbereitung einer bewaffneten Rebellion in Shanghai.

1966 leitete das ZK der KPCh die Kulturrevolution ein, weil es von der Gefahr der Restauration des Kapitalismus in China ausging. In seinem Rundschreiben vom 16. Mai 1966 stellte es u.a. fest: „Unser Land steht jetzt vor einem Aufschwung in der großen

proletarischen Kulturrevolution. Dieser Aufschwung ist ein mächtvoller Sturm auf alle dekadenten ideologischen und kulturellen Positionen, die noch von der Bourgeoisie und den Überresten des Feudalismus gehalten werden ... Dazu ist es notwendig, gleichzeitig jene Vertreter der Bourgeoisie, die sich in die Partei, in die Regierung, in die Armee und in die verschiedenen Bereiche der Kultur eingeschlichen haben, zu kritisieren und zu verurteilen, sie hinauszuschaffen oder zum Teil auf andere Posten zu versetzen. Vor allem darf man diese Leute nicht mit der Führung der Kulturrevolution betrauen ...“

Die Hauptmittel, die die chinesischen Massen in der Kulturrevolution anwandten, waren die „großen Vier“ – freie Meinungsäußerung, freie Aussprache, große Debatten und Anschlagen von Wandzeitungen. Diese Kampfmittel, die die revolutionäre Kritik am bestehenden Recht, an Staatsorganen und an Partei- und Staatsfunktionären ermöglichten, wurden 1975 zusammen mit dem uneingeschränkten Streikrecht in die neue Verfassung aufgenommen, die wesentlich

Unterdrückung von Konterrevolutionären in der chinesischen Revolution

Nach der Befreiung 1949 mußte die junge Staatsmacht der Arbeiter und Bauern in der VR China mit drakonischer Härte gegen Konterrevolutionäre vorgehen, um die Ordnung in dem jahrzehntelang von imperialistischen Invasionen und Bürgerkrieg heimgesuchten Land wiederherzustellen und die Bedingungen für die sozialistische Umgestaltung zu schaffen. Verbrecherbanden und Geheimbünde terrorisierten das Land, despotische Grundherren verhinderten die Bodenreform, Geheimagenten der Imperialisten und der Guomindang verübten Sabotage.

„Eine Reihe Banditenhäuptlinge, örtliche Despoten und Geheimdienstagenten sind in 21 Kreisen Westhuns hingerichtet worden, und in diesem Jahr werden weitere von den örtlichen Machtorganen hingerichtet werden. Ich bin der Meinung, daß Maßnahmen dieser Art absolut notwendig sind. Denn nur so können wir den Feinden Luft ablassen und die Moral des Volkes heben. Wenn wir

schwach und unentschlossen, tolerant und nachgiebig sind, dann wird das Volk darunter leiden, und wir werden uns von den Massen entfremden ...“ (Mao Zedong, Ausgewählte Werke, Bd. V, S. 55)

Dabei verfolgte die Volksmacht die Masselinie und hielt die Zahl der Hinrichtungen in Grenzen, um Fehlurteilen vorzubeugen und durch Aufspaltung des Lagers der Konterrevolution die Konterrevolution auszumerzen.

„Die Bewegung zur Unterdrückung der Konterrevolutionäre, die gegenwärtig das ganze Land erfaßt, ist ein großer heftiger und komplizierter Kampf. Die Linie für diese Arbeit, die sich überall als erfolgreich erwiesen hat, ist die Masselinie der Partei. Das bedeutet: Führung durch die Parteikomitees, Mobilisierung aller Parteimitglieder, Mobilisierung der Massen ...

Die Zahl der hinzurichtenden Konterrevolutionäre muß in bestimmten Proportionen gehalten werden. Dabei

unter Anleitung Zhou Enlais ausgearbeitet worden war. 1980 hat der Volkskongreß die „großen Vier“ wieder aus der Verfassung gestrichen.

Ein Großteil der der „Viererbande“ zur Last gelegten Straftaten unter den Anklagepunkten 1 und 2 beinhaltete die Anwendung der „großen Vier“ – für die ihnen vorgeworfenen konterrevolutionären Zwecke. Daraus ergibt sich eine komplizierte Rechtslage. Denn nach der von der Kulturrevolution hervorgebrachten Verfassung wa-



Mao Zedong begrüßt Rotgardisten

ren die „großen Vier“ verfassungsmäßig, nach der heutigen Verfassung aber nicht, und nach dem zum 1.1.1980 in Kraft getretenen Strafgesetz sind Wandzeitungen, die andere Personen angreifen, verboten. Das berührt auch Anklagepunkte wie einen Leitartikel

der „Viererbande“ aus dem Juni 1966 mit dem Titel: „Fegt alle finsternen Elemente und bösen Geister hinweg!“ und die *propagandistischen* Angriffe auf den damaligen Vorsitzenden des Staatsrates Liu Shaoqi, die Mao Zedong mit der Wandzeitung: „Bombardiert das bürgerliche Hauptquartier!“ eröffnete und das ZK später billigte.

Aber zweifellos hatte die „Viererbande“ mit Bürgerkriegsvorbereitungen, dem Aufruf zur Gewalt u.ä. den vom ZK der KPCh abgesteckten Aktionsrahmen der Kulturrevolution verlassen. „Jede politische Bewegung, die von Vorsitzendem Mao in Gang gesetzt wurde, machten sie sich zunutze und gingen ihre eigenen Wege, in der vergeblichen Hoffnung, der Bewegung eine falsche Orientierung zu geben und Partei, Armee und Staat ins Chaos zu stürzen.“ (Hua Guofeng, Bericht an den 11. Parteitag der KPCh, Beijing-Rundschau 35/77) Für ihren linksradikalen Kurs konnten sie die Empörung der Massen über die Machenschaften der Rechten ausnutzen, die die Lösung der gesellschaftlichen Widersprüche durch die Kulturrevolution mit allen Mitteln hintertrieben.

Das Urteil gegen die „Viererbande“ hat problematische Konsequenzen für die Führung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats. Denn damit ist das Verbot von Propaganda und Massenbewegungen gegen Rechtsnormen und Staatsorgane des sozialistischen Staates *praktiziertes* Recht, ist

der Staatsfunktionär – auch wenn im Unrecht – geschützt und der Kritiker – auch wenn im Recht – mit Strafe bedroht, sind neuerliche Kulturrevolutionen ungesetzlich. Es läuft darauf hinaus, daß die Diktatur des Proletariats bevorzugt über den Staatsapparat ausgeübt wird.

1977 hatte der 11. Parteitag die historische Notwendigkeit der Kulturrevolution und ihre positive Bedeutung für den Klassenkampf im Sozialismus bekräftigt. Dagegen hat vor kurzem



Zhou Enlai 1966 mit Ölarbeitern

der KPCh-Generalsekretär Hu Yaobang erklärt: „Nichts war richtig oder positiv in jenen zehn Jahren.“ (Xinhua, 15.12.80) Diese knappe, prägnante Äußerung dürfte nicht das letzte Wort über die Kulturrevolution gewesen sein.

gilt folgendes Prinzip: Diejenigen, die Blutschuld oder andere äußerst schwere Verbrechen auf sich geladen haben und ohne deren Hinrichtung der Volkszorn nicht besänftigt werden kann, sowie diejenigen, die den Staatsinteressen äußerst schweren Schaden zugefügt haben, müssen ohne Zögern zum Tod verurteilt und hingerichtet werden. Jenen gegenüber, die Kapitalverbrechen begangen, jedoch keine Blutschuld auf sich geladen haben und von der Bevölkerung nicht bitter gehaßt werden, oder den Staatsinteressen zwar schweren, aber keinen äußerst schweren Schaden zugefügt haben, muß die Politik sein: Ein Todesurteil fällen und es zwei Jahre zur Bewährung aussetzen; während dieser Zeit läßt man sie Zwangsarbeit leisten, um zu sehen, wie sie sich betragen.“ (a.a.O., S. 51 – 52)

Die Erfahrungen der Bewegung zur Unterdrückung der Konterrevolutionäre 1951/52 und der Behandlung von Konterrevolutionären in Partei- und Staatsorganen faßte Mao Zedong in der Schrift „Über die zehn großen Beziehungen“ 1956 zusammen:

„Bei jener Kampagne zur Unterdrückung der Konterrevolutionäre ist

eine Anzahl von Leuten hingerichtet worden. Was waren das für Leute? Sie waren Konterrevolutionäre, die große Blutschuld auf sich geladen hatten und von den Volksmassen bitter gehaßt wurden. In dieser großen Revolution, die 600 Millionen erfaßt, hätten die Massen nicht mobilisiert werden können, wären jene „Östlichen Himmelsdespoten“ und „Westlichen Himmelsdespoten“ nicht von uns hingerichtet worden. Ohne jene Unterdrückungsbewegung hätte die Bevölkerung unserer jetzigen Politik der Milde nicht zugestimmt. Nun, da einige gehört haben, daß Stalin eine Anzahl Menschen irrtümlich hat hinrichten lassen, meinen sie, wir hätten jene Konterrevolutionäre auch zu Unrecht hingerichtet. Das stimmt nicht ... Bei der Hinaussäuberung von Konterrevolutionären aus den Partei- und Staatsorganen, Lehranstalten und Armee-Einheiten muß man an der in Yenan begonnenen Politik „Keinen einzigen hinrichten, die meisten nicht verhaften“ festhalten. Mit überführten Konterrevolutionären sollen sich die jeweiligen Organisationen selbst befassen. Aber die Sicherheitsorgane verhaften sie nicht, die Staatsanwaltschaften erheben keine

Anklage gegen sie, und die Gerichtshöfe verurteilen sie nicht. Von hundert Konterrevolutionären sollen über neunzig so behandelt werden ... Leute wie Hu Feng, Pan Han-ni-än und Jao Schuschi, sogar gefangene Kriegsverbrecher wie Kaiser Pu Yi und Kang Dsö werden nicht hingerichtet. Daß wir sie nicht hingerichtet haben, heißt nicht, daß sie wegen ihrer Verbrechen nicht die Todesstrafe verdienen, sondern nur, daß solche Hinrichtungen nicht vorteilhaft sind. Würde einer dieser Verbrecher hingerichtet, würde man die Verbrechen eines Zweiten, eines Dritten mit den seinen vergleichen, und dann würden viele Köpfe rollen. Das ist das erste. Zweitens sind irrtümliche Hinrichtungen möglich. Die Geschichte hat bewiesen, daß ein Kopf, wenn er gefallen ist, nicht wieder aufgesetzt werden kann. Er kann auch nicht wie Schnittlauch, das abgeschnitten worden ist, wieder nachwachsen. Wenn ein Kopf irrtümlich abgeschnitten wurde, kann man den Fehler nicht mehr korrigieren, selbst wenn man dies wünscht. Drittens wäre das eine Vernichtung von Beweismaterial ...“ (a.a.O., S. 336 – 338)

Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über die große proletarische Kulturrevolution

(Angenommen am 8. August 1966; aus: China im Bild 9/66)

1. Ein neues Stadium in der sozialistischen Revolution

Die große proletarische Kulturrevolution, die sich jetzt entfaltet, ist eine große Revolution, die die Seele der Menschen bewegt, und stellt in der Entwicklung der sozialistischen Revolution unseres Landes ein neues Stadium dar, das noch tiefer und weiter als das vorangegangene ist.

Auf der 10. Plenartagung des VIII. Zentralkomitees der Partei sagte Genosse Mao Tse-tung: Um die Staatsmacht zu stürzen, ist es immer notwendig, vor allem die öffentliche Meinung zu schaffen und in der ideologischen Sphäre zu arbeiten. Das gilt für die revolutionäre Klasse genau so wie für die konterrevolutionäre. Diese These des Genossen Mao Tse-tung hat sich in der Praxis als völlig richtig erwiesen.

Obwohl die Bourgeoisie gestürzt worden ist, versucht sie immer noch, die alten Ideen, die alte Kultur, die alten Sitten und Gebräuche der Ausbeuterklassen zu verwenden, um die Massen zu korrumpieren, ihre Herzen zu gewinnen und eine Restauration mit allen Kräften herbeizuführen. Das Proletariat muß genau das Gegenteil tun: es muß jeder Herausforderung der Bourgeoisie auf ideologischem Gebiet hartnäckig begegnen und neue Ideen, eine neue Kultur, neue Sitten und Gebräuche des Proletariats anwenden, um das geistige Antlitz der gesamten Gesellschaft zu ändern. Gegenwärtig besteht unser Ziel darin, gegen jene Leute in Machtpositionen, die den kapitalistischen Weg gehen, zu kämpfen und ihnen einen vernichtenden Schlag zu versetzen, die reaktionären bürgerlichen akademischen „Autoritäten“ und die Ideologie der Bourgeoisie und aller anderen Ausbeuterklassen zu kritisieren und zurückzuweisen sowie die Erziehung, Literatur und Kunst und alle anderen Teile des Überbaus, die nicht der sozialistischen Wirtschaftsbasis entsprechen, umzuformen, damit die Konsolidierung und Entwicklung des sozialistischen Systems gefördert werden.

2. Die Hauptströmung und die Zickzackwege

Die Massen der Arbeiter, Bauern und Soldaten, der revolutionären Intellektuellen und Funktionäre bilden die Hauptkraft in dieser großen Kulturrevolution. Eine große Anzahl revolutionärer junger Leute, die vorher völlig unbekannt waren, sind zu mutigen und wagenden Bahnbrechern geworden. Sie sind energisch in der Tat und intelligent. Durch die Medien der Wandzeitungen mit großen Schriftzeichen und der großen Debatten bringen sie ihre Meinungen frei zum Ausdruck, entlarven und kritisieren sie die Dinge gründlich und greifen entschlossen die offenen und versteckten Vertreter der Bourgeoisie an. In solch einer großen revolutionären Bewegung ist es kaum vermeidbar, daß sie diese oder jene Mängel offenbart haben, aber ihre allgemeine revolutionäre Orientierung war von Anfang an richtig. Dies ist die Hauptströmung in der großen proletarischen Kulturrevolution. In dieser Hauptströmung schreitet die große proletarische Kulturrevolution weiter fort.

Da die Kulturrevolution eine Revolution ist, stößt sie unvermeidlicherweise auf Widerstand. Dieser rührt hauptsächlich von jenen in Machtpositionen her, die sich in die Partei eingeschlichen und den kapitalistischen Weg eingeschlagen haben. Er kommt auch von der alten Macht der Gewohnheit in der Gesellschaft. Gegenwärtig ist dieser Widerstand immer noch recht stark und hartnäckig. Aber letzten Endes ist die große proletarische Kulturrevolution eine unüberstehliche Allgemeinentwicklung. Es gibt übergenug Beweise dafür, daß ein solcher Widerstand rasch zusammenbrechen wird, wenn erst die Massen einmal richtig mobilisiert sind.

Da der Widerstand recht stark ist, wird es in diesem Kampf auch Umkehrungen und sogar wiederholte Kehrtwendungen geben. Das ist nicht schlimm. Das stählt das Proletariat und andere Werktätige und vor allem die junge Generation, erteilt ihnen Lehren und gibt ihnen Erfahrung und hilft ihnen, zu verstehen, daß der Weg der Revolution in einem Zickzackkurs verläuft und nicht glatt und eben ist.

3. Über alles den Wagemut stellen und kühn die Massen mobilisieren

Der Ausgang dieser großen Kulturrevolution wird davon bestimmt sein, ob die Parteiführung es wagt oder nicht, kühn die Massen zu mobilisieren.

Gegenwärtig gibt es vier verschiedene Situationen zu unterscheiden, was die Führung der Bewegung der Kulturrevolution durch die Parteiorganisationen verschiedener Ebenen betrifft:

1. Die Situation, in welcher die verantwortlichen Personen der Parteiorganisationen an der Spitze der Bewegung stehen und es wagen, kühn die Massen zu mobilisieren. Für sie ist es am wichtigsten, wagemutig zu

sein, sie sind furchtlose kommunistische Kämpfer und gute Schüler des Vorsitzenden Mao. Sie treten für die Wandzeitungen mit großen Schriftzeichen und für große Debatten ein. Sie ermutigen die Massen, jegliche finsternen Elemente zu entlarven und auch die Mängel und Irrtümer in der Arbeit der verantwortlichen Personen zu kritisieren. Diese richtige Art der Führung ist das Resultat dessen, daß man der proletarischen Politik den Vorrang zugewiesen und die Ideen Mao Tse-tungs an die Spitze gestellt hat.

2. In vielen Einheiten haben die verantwortlichen Personen ein sehr mangelhaftes Verständnis für die Aufgaben der Führung in diesem großen Kampf, ihre Führung ist weit davon entfernt, gewissenhaft und wirksam zu sein, und sie sind daher unfähig und in einer schwachen Position. Bei ihnen kommt vor allem die Angst, sie halten sich starr an veraltete Methoden und Regeln und sind nicht willens, die Konventionen der Praxis zu brechen und Fortschritte zu machen. Die neue revolutionäre Ordnung der Massen hat sie überrascht mit dem Ergebnis, daß ihre Führung der Entwicklung und den Massen nachhinkt.

3. In manchen Einheiten sind die Verantwortlichen, die in der Vergangenheit diese oder jene Fehler begangen haben, noch eher geneigt, Angst über alles andere zu setzen, und sie fürchten, die Massen könnten ihre Fehler benützen, um sich gegen sie zu wenden. In der Tat, wenn sie ehrliche Selbstkritik üben und die Kritik der Massen annehmen, werden Partei und Massen Nachsicht mit ihren Fehlern haben. Tun sie dies aber nicht, werden sie weiterhin Fehler machen und schließlich zu Hindernissen auf dem Weg der Massenbewegung werden.

4. Manche Einheiten werden von jenen am Ruder kontrolliert, die sich in die Partei eingeschlichen und den kapitalistischen Weg beschritten haben. Solche Personen in Machtpositionen sind äußerst ängstlich, von den Massen entlarvt zu werden, und suchen daher jeden möglichen Vorwand, um die Massenbewegung zu unterdrücken. Sie greifen zu Taktiken wie die Verschiebung der Angriffsziele und verwandeln Schwarz in Weiß im Versuch, die Bewegung auf Irrwege zu leiten. Wenn sie sich äußerst isoliert finden und nicht mehr so wie früher weiter können, treiben sie noch mehr Intrigen, greifen die Menschen hinterrücks an, verbreiten Gerüchte und verwischen den Unterschied zwischen Revolution und Konterrevolution, so gut sie können, das alles mit dem Ziel, die Revolutionäre anzugreifen.

Was das ZK der Partei von den Parteikomitees aller Ebenen verlangt, ist, daß sie an der richtigen Führung festhalten, vor allem wagen, kühn die Massen zu mobilisieren, den Zustand von Schwäche und Inkompetenz, wo solches existiert, ändern, jene Genossen ermutigen, die Fehler gemacht haben, aber willens sind, sie zu berichtigen, ihre geistigen Hindernisse beiseite zu werfen und sich dem Kampf anzuschließen, und all jene an der Macht von den leitenden Stellen entfernen, die sich auf den kapitalistischen Weg begeben haben, und so die Wiederergriffung der Führung durch proletarische Revolutionäre ermöglichen.

4. Laßt die Massen sich in dieser Bewegung selbst erziehen

In der großen proletarischen Kulturrevolution können die Massen nur selbst sich befreien, und die Methode, in allem für sie zu handeln, darf nicht angewendet werden.

Vertraut den Massen, stützt euch auf sie und achtet ihre Initiative. Befreit euch von der Furcht. Habt keine Angst vor Unordnung. Vorsitzender Mao hat uns oft gesagt, daß Revolution nicht derart verfeinert, sanft, gemäßigt, gütig, höflich, zurückhaltend und großmütig sein kann. Laßt die Massen sich in dieser großen revolutionären Bewegung selbst erziehen und es lernen, zwischen richtig und falsch und zwischen korrekter und unkorrekter Handlungsweise zu unterscheiden.

Macht den größtmöglichen Gebrauch von den Wandzeitungen mit großen Schriftzeichen und von großen Debatten, um die Dinge ausdiskutieren, so daß die Massen die korrekten Ansichten erklären, die irrigen kritisieren und alle finsternen Elemente entlarven können. So werden die Massen imstande sein, im Verlaufe des Kampfes ihr politisches Bewußtsein zu erhöhen, ihre Fähigkeiten und Talente zu fördern, zwischen Recht und Unrecht zu unterscheiden und zwischen dem Feind und uns eine deutliche Linie zu ziehen.

5. Führt entschlossen die Klassenlinie der Partei durch

Wer sind unsere Feinde? Wer unsere Freunde? Das ist eine für die Revolution und auch für die große Kulturrevolution erstrangige Frage.

Die Parteiführung sollte es gut verstehen, die Linken zu entdecken, ihre Reihen zu entwickeln und zu verstärken, und sich fest auf die revolutionären Linken stützen. Während der Bewegung ist dies die einzige Möglichkeit, die reaktionärsten Rechten voll und ganz zu isolieren, die in der Mitte Stehenden zu gewinnen und sich mit der großen Mehrheit zu vereinen, so daß wir am Ende der Bewegung die Einheit von mehr als 95% der Funktionäre und der Massen erreichen.

Konzentriert alle Kräfte, um gegen die Handvoll ultrareaktionärer bürgerlicher Rechtselemente und konterrevolutionärer Revisionisten loszuschlagen, um ihre Verbrechen gegen die Partei, den Sozialismus und die Ideen Mao Tse-tungs völlig aufzudecken und zu kritisieren und sie maximal zu isolieren.

Das Hauptangriffsziel der gegenwärtigen Bewegung sind jene innerhalb der Partei, die Machtpositionen innehaben und den kapitalistischen Weg gehen.

Man muß Sorge dafür tragen, daß man zwischen den parteifeindlichen, antisozialistischen Rechtselementen und jenen, die Partei und Sozialismus unterstützen, aber etwas gesagt oder getan haben, was falsch war, oder schlechte Artikel oder Werke geschrieben haben, streng unterscheidet.

Man muß auch aufpassen, um streng zwischen den reaktionären, bürgerlichen akademischen Despoten und den reaktionären „Autoritäten“ einerseits und den Menschen mit gewöhnlichen bürgerlichen akademischen Ideen andererseits zu unterscheiden.

6. Richtige Lösung von Widersprüchen im Volk

Man muß streng zwischen zwei verschiedenen Arten von Widersprüchen unterscheiden: jenen im Volk und jenen zwischen uns und dem Feind. Widersprüche im Volk dürfen nicht in solche zwischen uns und dem Feind umgefälscht werden, noch dürfen die Widersprüche zwischen uns und dem Feind in solche im Volk hingestellt werden.

Es ist ganz natürlich, daß die Volksmassen verschiedene Ansichten haben. Kontroversen zwischen verschiedenen Ansichten sind unvermeidlich, notwendig und nützlich. Im Verlauf einer normalen und erschöpfenden Diskussion werden die Massen bestätigen, was recht, korrigieren, was falsch ist, und allmählich Einmütigkeit erzielen.

Die in Diskussionen anzuwendende Methode ist die Darlegung der Tatsachen, die Argumentation und mit Hilfe dieser Argumentation die Überzeugung. Es ist unzulässig, eine Minderheit, die anderer Ansicht ist, mit Gewalt zum Nachgeben zu zwingen. Die Minderheit soll geschützt werden, denn manchmal liegt bei ihr die Wahrheit. Auch wenn sie unrecht hat, soll ihr dennoch erlaubt werden, in ihrer Sache zu sprechen und ihre Meinung zu behalten.

Wenn es eine Debatte gibt, soll sie durch Argumente und nicht durch Zwang oder Gewalt geführt werden.

Im Verlauf der Debatte soll jeder Revolutionär es verstehen, die Dinge für sich zu überlegen, und soll den kommunistischen Geist entwickeln: zu denken, zu sprechen und zu handeln wagen. Revolutionäre Genossen sollen, um die Einheit zu festigen, keine endlosen Diskussionen über Nebensächlichkeiten führen, unter der Voraussetzung, daß sie die gleiche Hauptrichtung haben.

7. Seid auf der Hut vor jenen, die die revolutionären Massen als „Konterrevolutionäre“ abstempeln

In gewissen Schulen, Einheiten und Arbeitsgruppen der Kulturrevolution haben einige der verantwortlichen Personen Gegenangriffe auf die Massen organisiert, die Wandzeitungen mit großen Schriftzeichen gegen sie verfaßt hatten. Diese Leute haben sogar Losungen aufgestellt wie: Widerstand gegen die Leiter der eigenen Einheit oder Arbeitsgruppe bedeutet Widerstand gegen das ZK der Partei, die Partei und den Sozialismus, bedeutet Konterrevolution. Auf diese Weise ist es unvermeidlich, daß ihre Schläge auf einige wirklich revolutionäre Aktivisten fallen werden. Das ist ein Fehler in der Orientierung und der Linie und absolut unzulässig.

Manche Leute, die ernste ideologische Fehler begangen haben, und besonders einige der parteifeindlichen und antisozialistischen Rechten benützen gewisse Mängel und Fehler in der Massenbewegung, um Gerüchte und Erfindungen zu verbreiten, um zu agitieren und manche Personen vorsätzlich als „Konterrevolutionäre“ abzustempeln. Es ist notwendig, vor solchen Taschendieben auf der Hut zu sein und rechtzeitig ihre Tricks zu entlarven.

Im Verlauf der Bewegung sollen mit Ausnahme jener Fälle aktiver Konterrevolutionäre, gegen die ein klarer Beweis eines Verbrechens wie Mord, Brandstiftung, Giftmischerei, Sabotage oder Diebstahl von Staatsgeheimnissen vorliegt und die dem Gesetz entsprechend behandelt werden müssen, keine Maßnahmen ergriffen werden gegen Studenten und Schüler der Universitäten, Fachschulen, Mittel- und Grundschulen wegen aus der Bewegung entstandener Probleme. Zur Verhinderung einer Ablenkung des Hauptzieles des Kampfes ist es unerlaubt, unter irgendwelchen Vorwänden die Massen oder die Studenten aufzuhetzen, gegeneinander zu kämpfen. Sogar ausgesprochene Rechte sollen in einem späteren Stadium der Bewegung in jedem Fall entsprechend den Umständen behandelt werden.

8. Die Kaderfrage

Die Kader teilen sich im großen und ganzen in die vier folgenden Gruppen:

1. gute;
2. verhältnismäßig gute;
3. solche, die ernste Fehler gemacht haben, aber noch keine parteifeindlichen, antisozialistischen Rechten sind;
4. die kleine Menge parteifeindlicher, antisozialistischer Rechter.

Unter normalen Verhältnissen bilden die beiden ersten Gruppen (gute und verhältnismäßig gute) die große Mehrheit.

Die parteifeindlichen, antisozialistischen Rechten müssen restlos entlarvt, schwer getroffen, niedergeschlagen und völlig in Mißkredit gebracht werden, und ihr Einfluß muß ausgeschaltet werden. Zugleich soll ihnen ein Ausweg offengelassen werden, damit sie ein neues Leben anfangen können.

9. Kulturrevolutionsgruppen, -komitees und -kongresse

In der Bewegung der großen proletarischen Kulturrevolution begannen viele neue Dinge aufzutreten. Die von den Massen an vielen Schulen und Einheiten geschaffenen Kulturrevolutionsgruppen, -komitees und andere Organisationsformen sind etwas Neues und von großer historischer Bedeutung.

Diese Kulturrevolutionsgruppen, -komitees und -kongresse sind die besten neuen Organisationsformen, mit denen sich die Massen unter der Führung der Kommunistischen Partei selbst erziehen. Sie sind die beste Brücke, über die unsere Partei mit den Massen engen Kontakt hält. Sie sind Machorgane der proletarischen Kulturrevolution.

Der Kampf des Proletariats gegen die von allen Ausbeuterklassen in den vergangenen Jahrtausenden hinterlassenen alten Ideen, Sitten und Gewohnheiten und ihre alte Kultur wird notwendigerweise sehr, sehr lange Zeit dauern. Daher sollen die Kulturrevolutionsgruppen, -komitees und -kongresse keine zeitweiligen Organisationen, sondern ständige Massenorganisationen für längere Dauer sein. Sie sind nicht nur für Universitäten, Schulen und Ämter geeignet, sondern im wesentlichen auch für Fabriken, Bergwerke, andere Unternehmen, städtische Distrikte und Dörfer.

Es ist notwendig, ein allgemeines Wahlsystem ähnlich dem in der Pariser Kommune einzuführen, nach dem die Mitglieder der Kulturrevolutionsgruppen und -komitees und die Delegierten zu den Kulturrevolutionskongressen gewählt werden. Die Kandidatenlisten sollen nach gründlicher Erörterung von den revolutionären Massen aufgestellt und die Wahl soll vorgenommen werden, nachdem die Listen von den Massen wieder und wieder erörtert worden sind.

Die Massen sind berechtigt, die Mitglieder der Kulturrevolutionsgruppen und -komitees und die Delegierten zu den Kulturrevolutionskongressen jederzeit zu kritisieren. Wenn sich die Mitglieder oder Delegierten als unfähig erweisen, können sie nach Erörterung von den Massen durch Wahl ersetzt oder abberufen werden.

Die Kulturrevolutionsgruppen, -komitees und -kongresse an den Universitäten und Schulen sollen in der Hauptsache aus Vertretern der revolutionären Schüler und Studenten bestehen. Zugleich soll ihnen eine bestimmte Anzahl Vertreter der revolutionären Lehrer, Angestellten und Arbeiter angehören.

10. Unterrichtsreform

Eine äußerst wichtige Aufgabe der großen proletarischen Kulturrevolution ist die Umformung des alten Erziehungssystems, der alten Unterrichtsprinzipien und -methoden.

Mit dieser großen Kulturrevolution muß in der Erscheinung, daß unsere Schulen von bürgerlichen Intellektuellen beherrscht werden, völlig Wandel geschaffen werden.

In jeder Art Schule müssen wir die von Genossen Mao Tse-tung aufgestellte Richtlinie, daß die Erziehung der proletarischen Politik dient und daß die Erziehung mit produktiver Arbeit verbunden ist, restlos durchführen, damit jene, die Erziehung erhalten, imstande sind, sich moralisch, intellektuell und körperlich zu entwickeln und zu Werktätigen mit sozialistischem Bewußtsein und Kultur zu werden.

Die Studiendauer soll verkürzt werden. Es soll weniger, aber bessere Kurse geben. Das Lehrmaterial soll gründlich umgearbeitet werden, in einigen Fällen ausgehend von der Vereinfachung komplizierten Materials. Während die Hauptaufgabe der Schüler und Studenten das Studium ist, sollen sie auch anderes lernen. Das heißt, sie sollen neben ihrem Studium auch industrielle und landwirtschaftliche Arbeit sowie das Militärwesen lernen und jederzeit an dem Kampf in der Kulturrevolution, in dem die Bourgeoisie kritisiert wird, teilnehmen.

11. Die Frage der namentlichen Kritik in der Presse

Im Zuge der Massenbewegung der Kulturrevolution muß die Kritik an der bürgerlichen und feudalen Ideologie mit Verbreitung der proletarischen Weltanschauung, des Marxismus-Leninismus und der Ideen Mao Tse-tungs gut verknüpft werden.

Die Kritik an den typischen Vertretern der Bourgeoisie, die sich in die Partei eingeschlichen haben, und an den typischen reaktionären akademischen „Autoritäten“ der Bourgeoisie soll organisiert werden, und dazu soll die Kritik an verschiedenen reaktionären Ansichten in Philosophie, in Geschichte, politischer Ökonomie und in Pädagogik, in Literatur- und Kunstwerken und -theorien, in Theorien in den Naturwissenschaften und auf anderen Gebieten gehören.

Die namentliche Kritik in der Presse soll nach Erörterung vom Parteikomitee gleicher Ebene beschlossen und in manchen Fällen dem Parteikomitee höherer Ebene zur Genehmigung vorgelegt werden.

12. Politik gegenüber Wissenschaftlern, Technikern und allgemeinen Angestellten

Gegenüber den Wissenschaftlern, Technikern und allgemeinen Angestellten sollen wir in der gegenwärtigen Bewegung weiterhin an der Politik der „Einheit, Kritik, Einheit“ festhalten, solange sie patriotisch sind, angestrengt arbeiten, nicht gegen die Partei oder den Sozialismus sind und keine unerlaubten Beziehungen zum Ausland unterhalten. Jene Wissen-

schaftler und jenes wissenschaftliche und technische Personal, die Beiträge geleistet haben, sollen geschützt werden. Was ihre Weltanschauung und ihren Arbeitsstil betrifft, soll man ihnen helfen, sich schrittweise umzuerziehen.

13. Die Frage der Vorkehrungen zur Integration mit der Bewegung für sozialistische Erziehung in Stadt und Land

Die Kultur- und Erziehungsinstitutionen und die leitenden Organe der Partei und der Regierung in den Groß- und Mittelstädten sind Schwerpunkte der gegenwärtigen proletarischen Kulturrevolution.

Durch die große Kulturrevolution wird die Bewegung für sozialistische Erziehung in Stadt und Land noch mehr bereichert und auf eine höhere Ebene gehoben. Diese beiden Bewegungen sollen in enger Verbindung geführt werden. Vorkehrungen zu diesem Zweck können von den verschiedenen Gebieten und Abteilungen entsprechend den konkreten Bedingungen getroffen werden.

Die jetzt auf dem Lande und in den Unternehmen in den Städten in Gang befindliche Bewegung für sozialistische Erziehung soll dort, wo die ursprünglichen Vorkehrungen geeignet sind und die Bewegung gut vorankommt, nicht gestört werden, sondern entsprechend den ursprünglichen Vorkehrungen fortgesetzt werden. Aber die bei der gegenwärtigen großen proletarischen Kulturrevolution aufgestellten Fragen sollen zur richtigen Zeit den Massen zur Erörterung vorgelegt werden, damit die proletarische Ideologie weiterhin kräftig gefördert und die bürgerliche Ideologie noch mehr ausgegrenzt wird.

An einigen Orten wird die große proletarische Kulturrevolution zu einem Mittelpunkt, den man benutzt, um der Bewegung für sozialistische Erziehung zusätzlichen Schwung zu verleihen und auf dem Gebiet der Politik, Ideologie, Organisation und Wirtschaft eine Säuberung vorzunehmen. Das kann getan werden, wenn es die örtlichen Parteikomitees für zweckmäßig halten.

14. Die Revolution fest in der Hand haben, die Produktion fördern

Das Ziel bei der großen proletarischen Kulturrevolution ist die Revolutionierung der Ideologie der Menschen, damit die Arbeit auf allen Gebieten mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher geleistet wird. Wenn die Massen völlig mobilisiert und entsprechende Vorkehrungen getroffen werden, ist es möglich, Kulturrevolution und Produktion weiterzuführen, ohne daß sie einander behindern, während die hohe Qualität aller unserer Arbeit garantiert ist.

Die große proletarische Kulturrevolution ist für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte unseres Landes eine gewaltige treibende Kraft. Jede Ansicht, die große Kulturrevolution der Entwicklung der Produktion entgegenzusetzen, ist falsch.

15. Streitkräfte

In den Streitkräften sollen die Bewegung der Kulturrevolution und die Bewegung für sozialistische Erziehung den Weisungen der Militärkommission des Zentralkomitees der KP Chinas und der Allgemeinen Politischen Abteilung der Volksbefreiungsarmee entsprechend durchgeführt werden.

16. Die Ideen Mao Tse-tungs sind bei der Aktion in der großen proletarischen Kulturrevolution die Richtlinie

Bei der großen proletarischen Kulturrevolution ist es notwendig, das große rote Banner der Ideen Mao Tse-tungs hochzuhalten und der proletarischen Politik die Befehlsgewalt einzuräumen. Die Bewegung zum lebendigen Studium und zur schöpferischen Anwendung der Werke des Vorsitzenden Mao soll unter den Massen der Arbeiter, Bauern, Soldaten, Funktionäre und Intellektuellen entfaltet werden, und die Ideen Mao Tse-tungs sollen bei der Aktion in der Kulturrevolution zur Richtlinie genommen werden.

Während dieser komplizierten großen Kulturrevolution müssen erst recht die Parteikomitees aller Ebenen die Werke des Vorsitzenden Mao gewissenhaft in schöpferischer Weise studieren und anwenden. Immer wieder müssen sie besonders die Schriften des Vorsitzenden Mao über die Kulturrevolution und die Methoden der Führung der Partei studieren, beispielsweise „Über die neue Demokratie“, „Reden bei der Aussprache in Yenan über Literatur und Kunst“, „Über die richtige Lösung von Widersprüchen im Volk“, „Rede auf der Landeskonzferenz der KP Chinas über Propagandaarbeit“, „Zu einigen Fragen der Führungsmethoden“ und „Arbeitsmethoden der Parteikomitees“.

Die Parteikomitees aller Ebenen müssen an den Weisungen, die der Vorsitzende Mao im Laufe der Jahre gegeben hat, festhalten, nämlich, die Massenlinie – aus den Massen und in die Massen – vollkommen zur Anwendung bringen und erst Schüler sein, bevor sie Lehrer werden. Sie sollen sich bemühen, Einseitigkeit und Engstirnigkeit zu vermeiden. Sie sollen materialistische Dialektik pflegen und gegen Metaphysik und Scholastizismus Widerstand leisten.

Unter Führung des Zentralkomitees der Partei mit Genossen Mao Tse-tung an der Spitze wird die große proletarische Kulturrevolution bestimmt einen glänzenden Sieg erringen.

Aus Kultur und Wissenschaft

Horrorfilm: Nacht des Schlächters

Vier Kinder jagen beim „Mörder“-Spiel die Tochter des örtlichen High School-Direktors in den Tod. Sie stürzt vor Angst aus dem Fenster. Ihr Bruder hat den Hergang beobachtet, schweigt aber über die Beteiligten. Sechs Jahre später, beim Jahresabschlußball der High School, nimmt er Rache an den Tätern, inzwischen Jugendliche. Die erste erwischt er beim Liebespiel im Auto und zerstückelt sie mit der Axt, die zweite wird mit durchschnittener Kehle in der Damentoilette gefunden. Zum Höhepunkt des abendlichen Schulballs erscheint statt des fleißigsten und tanzkundigsten Schülerpaars des Jahres ein abgeschnittener Kopf auf der Bühne. Den Amoklauf des blutrünstigen Rächers stoppt schließlich seine andere Schwester, die ihn auch enttarnt.

Das Böse, in anderen Horrorfilmen meist durch von den Toten wiederauferstandene Vampire und Zombies oder durch künstlich gezeugte Monster à la Frankenstein verkörpert, existiert hier mitten in der Gesellschaft der US-Vorstadt: in den sadistischen Kindern und dem psychopathischen jugendlichen Mörder. Die durchaus nicht unrealistische Geschichte, angereichert durch Sex und Schlächtereien, nutzt der Film zur Verbreitung von Mystik um das „Böse“ im Menschen. Die schlechte Dramaturgie nimmt dem Film, der die Geschichte von einem anderen Horrorfilm namens „Halloween“ abgekupfert hat, jede Spannung.

SF-Rechtfertigung für Herrenmenschen

Der amerikanische Originaltitel lautet „Ein Planet namens Verrat“. Die Völker, die dort leben, stammen von Rebellen ab, einer Elite, die vor dreitausend Jahren von der Erde verbannt wurde. Einige empfinden ihre Lage als schreiende Ungerechtigkeit. Die Mißgeburten, die das Volk, in dem alle Mueller heißen, hervorbringt, werden „verwertet“. Ihre überschüssigen Körperteile werden getauscht gegen Er-

sen, das auf dem Planeten nicht zu haben ist.

Der Königssohn Lanik Mueller wird wegen seiner körperlichen Entartung von einem untergeschobenen Bruder vertrieben. In anderen Ländern lernt er, Naturkräfte und mystische Fähigkeiten zu beherrschen, und wendet sie an, um den Planeten von den Gesandten der Erde, die sich als Maschinen entpuppen, und von deren Agenten, die sich in alle Regierungen eingeschlichen haben, zu befreien. Alle bringt er um bis auf seinen Doppelgänger, der sich als sein anderes Ich herausstellt. Ihn, der seine Gedanken im Voraus kennt, kann er nicht besiegen. Benutzt wird ein Motiv wie in Grimms Märchen bei „Ferenand Getrü und Ferenand Ungetrü“, ebenso wie die selbstheilenden Kräfte, die tödlichen Verletzungen entgegenwirken, bei den Bösen aber nicht. So wie sich im Märchen einer sechs Diener sucht, von denen einer hört, wie das Gras wächst und wie an einem entfernten Hof ein Schwert saust, mit dem ein Mensch geköpft wird, so erwirbt Lanik die Fähigkeit, die Schreie der Erde zu hören, die sich gegen Blutvergießen sträubt. In Selbstüberwindung hält er sie aus, bekämpft Mord mit Mord und zieht sich mit seiner Frau, die er aus einer fast stillstehenden Zeit erlöst, ins „einfache Leben“ zurück. Die Geschichte ist vor allem deshalb quälend zu lesen, weil die Handlung zerstückelt wird. Bekannte Motive werden ohne Grund gemischt, viele Fäden abgerissen. Wahrscheinlich kann so eine Stimmung vermittelt werden, wie sie viele SA-Leute zu Beginn der nationalsozialistischen Bewegung hatten: eine Revolution wünschen, aber nicht wissen, wogegen sie durchzuführen wäre.

Orson Scott Card, Der Spender Planet
Bastei-Lubbe-Taschenbuch Band
22026, Berg, Gladbach 1980, 5,80 DM
074

Wallraff: Enthüllungen über Bild

„Aut die Bild-Zeitung kann man sich verlassen“, so Alfred Dregger in „Bild“ über „Bild“. Verlassen darauf, daß in der Bild-Zeitung jedes Mittel genutzt wird, auf Grundla-

ge der christlich-konservativen Ideologie Klassenversöhnung zu betreiben und die Spaltung der Volksmassen. Hans Albrecht als gütiger Landesvater, mit 15293 DM im Monat „natürlich hoch bezahlt, aber für (täglich) 20 Stunden Arbeit, kein Hund möchte da mit ihm tauschen“. Auf der anderen Seite: Ein Lehrling, der Playboy werden möchte, da kann auch „Bild“ nicht helfen. Sonst schon, „Bild schafft Lehrstellen“. Die Methoden dabei schildert Wallraff in seinen zwei neuesten Büchern „Der Aufmacher“ und „Zeugen der Anklage“. Vier Monate hat er in der Hannoveraner Redaktion gearbeitet, angestellt als freier Mitarbeiter, wie 50% der Redakteure, Zahlung nach Zeilen, die ins Blatt gebracht werden, Anstellung ohne Arbeitsvertrag und Redaktionsstatut, so schafft die Redaktionsleitung die heftige Konkurrenz, mit der sie die Redakteure dazu bringt, jedes Mittel mit völliger Skrupellosigkeit für die reaktionäre Propaganda zu nutzen. Wallraff schildert auch hier im Einzelnen die Bedingungen. Und wegen dieser Enthüllungen sind diese Bücher nützlich.

Mit allen Mitteln geht deshalb auch Springer gegen das Erscheinen von „Der Aufmacher“ vor. Da wird versucht, den Druckort ausfindig zu machen, um die Auslieferung zu verhindern, und nach einer Hetzserie gegen Wallraff folgt der Rechtsweg durch alle Instanzen. Wallraff habe nicht bei „Bild“ gearbeitet, „sondern sich eingeschlichen“, so wird die Zensur durchgesetzt. Die Ausstrahlung eines Films im WDR wird abgesetzt. In der letzten Woche hat der 6. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes das Erscheinen von „Der Aufmacher“ freigegeben müssen. Springer hat angekündigt, vor das Bundesverfassungsgericht zu gehen. Unterstützt wird Wallraff durch die Gewerkschaften mit zwei Sonderauflagen der Büchergilde Gutenberg, von denen allein die IG Metall 20000 kaufte, und mit Veranstaltungen. Mehr als 100000 unterschrieben einen Boykott-Aufruf. Fast immer waren bei den Veranstaltungen auch Springer-Beschäftigte, deren Zusammenschluß in dieser Auseinandersetzung gefestigt wurde.

Günther Wallraff, Der Aufmacher, Kiepenheuer und Witsch, 16,80 DM.
Günther Wallraff, Zeugen der Anklage, Die Bildbeschreibung wird fortgesetzt, Kiepenheuer und Witsch, 16,80 DM.



Das Reformgefängnis scheitert an der „Macht drinnen“ (links) und der „Macht draußen“ (rechts)

Filmrezension

Brubaker oder vom Mann, „der auszog, auch Häftlinge wie Menschen zu behandeln“

Stuart Rosenberg dürfte den Film „Brubaker“ für den US-Wahlkampf gedreht haben, als liberalen Beitrag gegen die überschwappende Welle der Reaktion. Tatsächlich enthält der Film einige Enthüllungen über das US-Gefängniswesen.

Als „Sträfling“ lernt Brubaker die Verhältnisse im Gefängnis kennen: Hunger, Folter, Demütigung, Sklavenarbeit für die örtlichen Kapitalisten und Großfarmer. Auch die gerichtliche Willkür, die z.B. einfache Autodiebe als „Gewohnheitsverbrecher“ lebenslänglich ins Gefängnis wirft, wird andeutungsweise aufgedeckt.

Diese ersten Bilder des Films mögen bei manchem Zuschauer Erinnerungen an die zahlreichen Aufstände von Gefangenen in US-Gefängnissen wecken, die die unmenschlichen Verhältnisse unwiederlich ans Tageslicht zertritten. Doch die Rebellion der Gefangenen ist das Anliegen des Films nicht; diese bleiben passive Opfer, der Held ist Brubaker, und der ist – der neue Gefängnisdirektor. Zwar ist der Film für die Reform des Strafvollzugs. Kaum auf seinem Posten, läßt Brubaker die Käfige im Strafblock streichen, verordnet täglichen Hofgang, schafft die Lederpeitsche ab, läßt auch einen Gefangenenrat wählen (der in seinem Büro tagt) und die Gefangenen statt bei den örtlichen Kapitalisten in der gefängniseigenen Landwirtschaft arbeiten (mit einem hübschen Profit). Natürlich macht es, wer würde dies bestreiten, einen erheblichen Unterschied, ob das Essen reicht oder nicht, geschla-



gen wird oder nicht, ein Gefangenenrat existiert oder nicht usw. Warum hinterläßt der Film dennoch einen etwas faden Eindruck?

Erstens, weil als Hauptübel bei der Unterdrückung der Gefangenen die Gefangenen selbst erscheinen bzw. der rücksichtsloseste und gewalttätigste Teil von ihnen, der sich die entscheidenden „Vertrauensmännerposten“ angeeignet hat und die eigentliche Macht im Gefängnis bildet. Zwischen dieser „Macht“ und der „Macht draußen“ – den profitgierigen örtlichen Kapitali-

sten – wird Brubaker schließlich auch zerrieben. Zweitens aber, wer möchte angesichts der Menschenfreundlichkeit des Gefängnisdirektors schon auf den Gedanken kommen, daß eben nicht die „Menschenfreundlichkeit“ gefragt ist, sondern unverzichtbare Rechte der Gefangenen gegenüber dem bürgerlichen Staat, der sie als Auswurf der bürgerlichen Gesellschaft absondert und in ihrer Existenz faktisch vernichtet, und gegenüber seinen Gefängnisaufsehern. Den Filmgefangenen blieb nichts anderes, als dem scheidenden Brubaker zu klatschen.



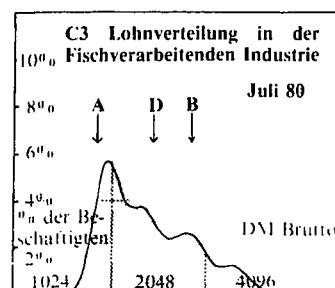
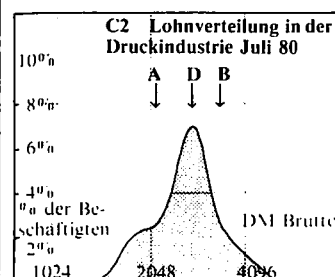
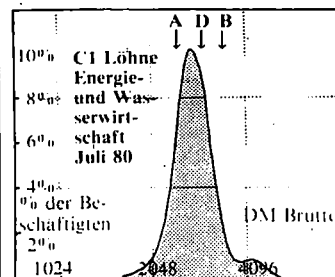
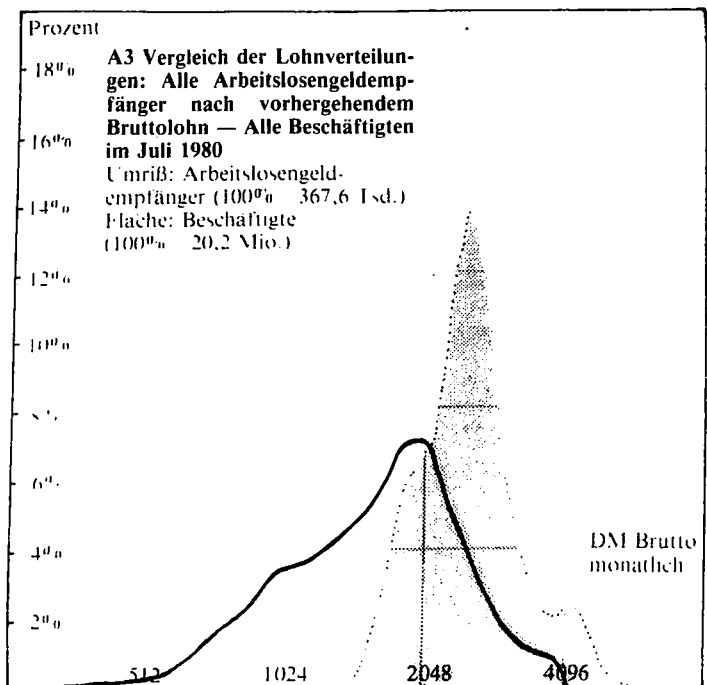
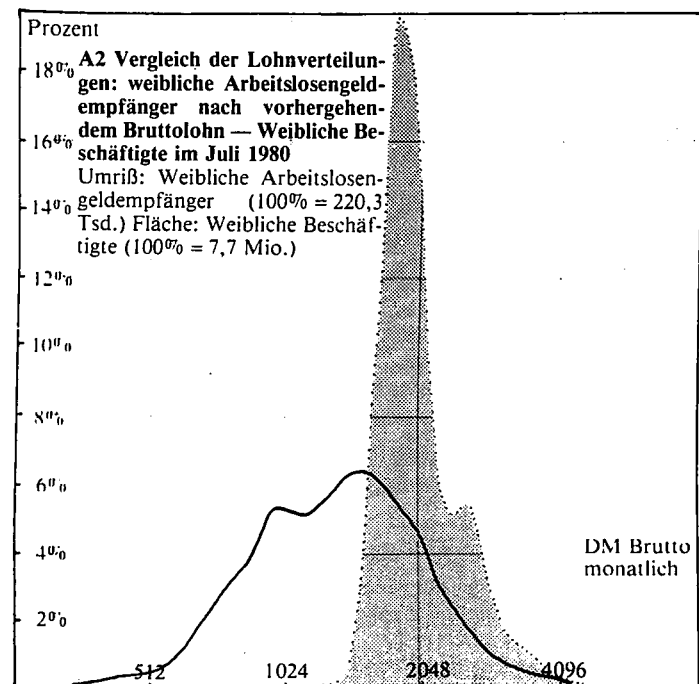
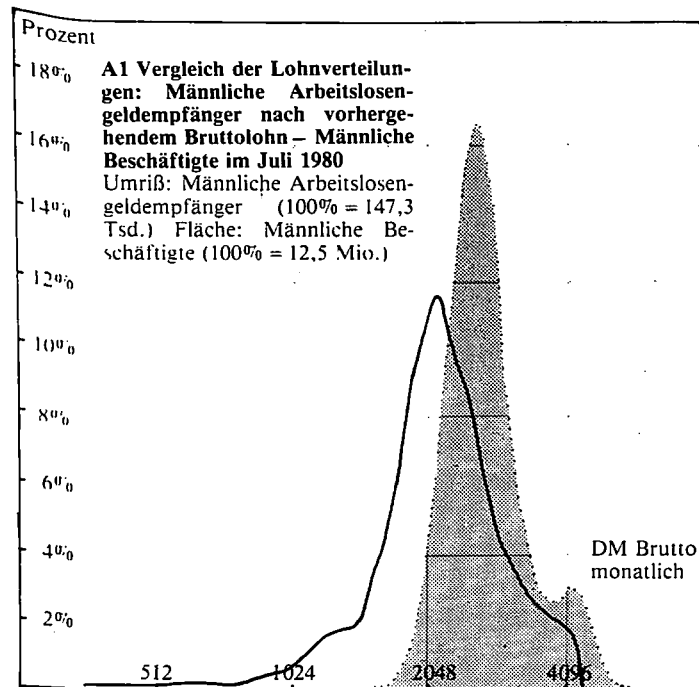
Auswirkung unsteter Beschäftigung auf die Lohnverteilung

Die Verteilung der Gesamtlohnsumme auf die Arbeiter und Angestellten ist in jenen Industriebranchen weit gespreizt, in denen diese Gesamtlohnsumme – ausgedrückt als Durchschnittseinkommen der Beschäftigten – niedrig ist (vergl. Politische Berichte 2/81, vergl. auch KVZ, Ausgabe Nord, 23/80). Dieser Zusammenhang zwischen Lohnspaltung und Lohnhöhe verlangt nach einer Erklärung. Die Annahme, daß die Lohnspaltung ausschließlich Ergebnis von schlechter Lohnpolitik der Gewerkschaften sei, liegt freilich nahe. Andererseits würde auch die Annahme daraus folgen, daß die Hebung des Lohnstandards dann am leichtesten sei, wenn die Löhne und Gehälter einheitlich wären. Damit man mit der Kenntnis des oben beschriebenen Zusammenhangs etwas anfangen kann, ist erforderlich zu ermitteln, wodurch die Lohnspaltung überhaupt bewirkt wird.

Schlägt man nach, mit welcher Rate die verschiedenen Industriebranchen an Bestand und Zugang der Arbeitslosigkeit beteiligt sind, dann ergibt

sich, daß jene Branchen überdurchschnittlich zur Arbeitslosigkeit beitragen, in denen das Durchschnittseinkommen niedrig und die Lohnspaltung hoch ist. Die Zugangsquoten zur Arbeitslosenversicherung sind aber nicht gleichzusetzen mit der tatsächlichen Ausdehnung oder Schrumpfung der Beschäftigung in einer Branche. Sie drücken eher die Fluktuation aus. Der statistische Vergleich ergibt also, daß in jenen Branchen der Industrie das Durchschnittseinkommen niedrig ist, in denen die Lohnspaltung stark und aus denen der Zugang zur Arbeitslosenversicherung hoch ist.

Dies Ergebnis macht ratsam, den Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Arbeitslosigkeit zu untersuchen, wie er sich innerhalb einer Branche darstellt. Da für die Einzelbranchen Daten fehlen, stellt man eine Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Lohnhöhe und Arbeitslosigkeit an. Hier stößt man auf ein methodisches Problem, denn die Berechnung der Effektivlohnverteilung liefert eine – gemessen



Ausmaß der Lohnspaltung

Im letzten Heft haben wir anhand der statistischen Untersuchung der Lohnverteilung verschiedener Branchen nachgewiesen, daß, je höher die Streuung der Löhne, desto niedriger der Durchschnittslohn der Branche. Die dafür notwendigen statistischen Maßzahlen sind der Durchschnittslohn bzw. statistisch der Mittelwert der Verteilung und die Streuung oder Varianz der Verteilung. Hier, am Beispiel der Druckindustrie, ein Beispiel zur Berechnung und damit auch die Korrektur der im letzten Heft veröffentlichten Daten zur Druckindustrie und zur fischverarbeitenden Industrie.

Der Durchschnittslohn der Beschäftigten ergibt sich aus der Summe der Löhne, gewichtet, d.h. multipliziert mit ihrer Häufigkeit und durch die Division mit der Gesamtzahl auf die Gesamtheit bezogen.

an der Wirklichkeit – zu schmale Verteilung. Diese stört beim Vergleich der Branchen zueinander nicht, aber beim Vergleich mit anderem Datenmaterial stört sie doch. Dennoch ergibt die Rechnung, daß im allgemeinen die Belastung durch Arbeitslosigkeit in jenen Einkommensklassen groß ist, in denen das erzielte Lohn- und Gehaltseinkommen niedrig ist.

Nimmt man diese Ergebnisse zusammen, dann läßt sich die Behauptung: Schuld an den niedrigen Löhnen und der starken Lohnspaltung einer bestimmte Branche ist die überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit! nicht mehr halten. Denn mag auch die relative Konjunktur einer Branche zu einer oder allen anderen den Pegelstand der Arbeitslosigkeit erklären machen, so sticht diese Erklärung nicht, wenn die Gesamtuntersuchung ergibt, daß die Belastung im allgemeinen bei den niedrigen Lohneinkommen durch Arbeitslosigkeit höher ist.

Hieraus ergeben sich etliche Fragestellungen; etwa: Wieso ist die Rate der Arbeitslosigkeit bei niedriger bezahlten Beschäftigungen höher? Und: Zeichnen sich diese niedriger bezahlten Beschäftigungen durch gemeinsame Merkmale aus? Und: Trägt zur starken

Lohnspaltung und niedrigem Lohnniveau in den verschiedenen Branchen vielleicht bei, daß in diese mehr von jener Sorte niedrig bezahlter Beschäftigung Anwendung finden?

Ein stark vereinfachtes Beispiel soll zeigen, in welche Richtung die Untersuchung fortzusetzen wäre. Ein Kapitalist mache sein Geschäft mit der Herstellung und dem Vertrieb einer Zeitung. Bei gleichbleibender Produktionsorganisation und gleichbleibendem Seitenumfang der Zeitung wird sein Bedarf an Arbeitskräften, die z.B. drucken, weitaus stärker mit der Auflage des Blattes schwanken als sein Bedarf an Arbeitskräften, die setzen. Nimmt man z.B. an, daß die Auflage dieses Blattes zwischen 1 und 0,5 pendelt, so wird auf dem Sektor Druck eine stärkere Fluktuation dieser Belegschaft zu finden sein als im Sektor Satz.

So wäre also herauszufinden, ob die Lohnspaltung auf einer Einteilung der konkreten Arbeiten beruht, wonach Beschäftigungen, deren Ausmaß direkt mit dem Produktausstoß proportional sind, niedrig gezahlt werden und höher, je mehr dieser Zusammenhang aufgelöst ist bzw. erst mit der Einstellung ganzer Produktionen zum Tragen kommt.

und sie durch die Division mit der (Gesamtzahl – 1) auf die Gesamtheit bezieht:

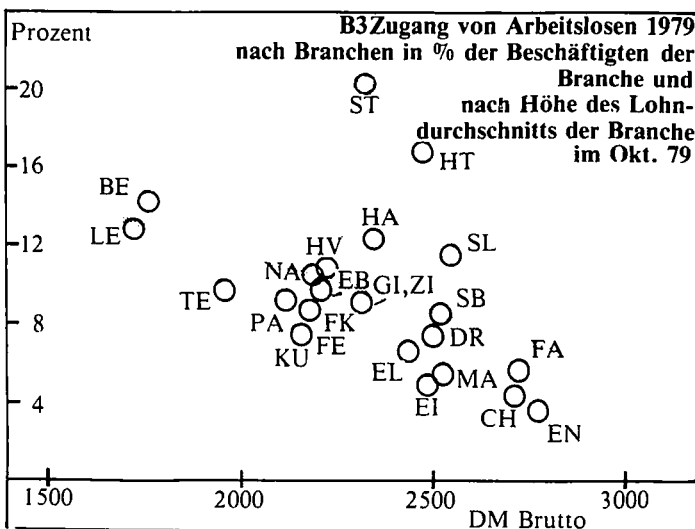
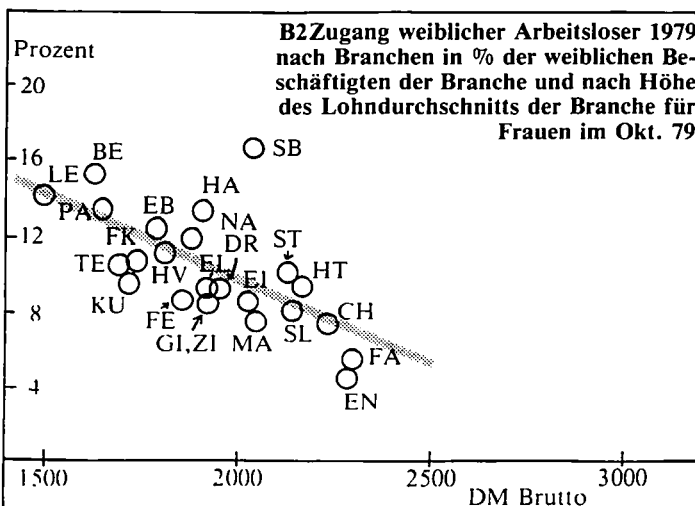
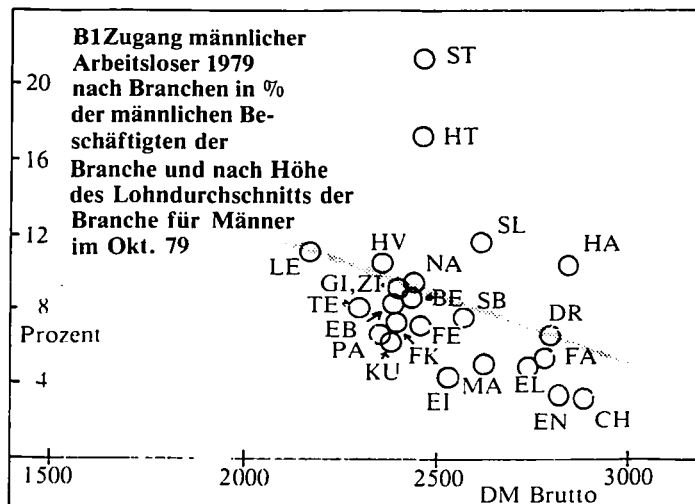
$$[(2872 - 2766,96)^2 \times 37,7 + \dots + (1889 - 2766,96)^2 \times 0,8] : 99 = 408733,25$$

Je nach Größe der Varianz oder Streuung ist die Verteilung breit und flach und damit die Streuung groß, oder schmal und hoch und damit die Spaltung gering. Die abgebildeten Schaubilder verdeutlichen das. Aus der Wurzel der Varianz wird die Standardabweichung gewonnen, in der Druckindustrie 639,32 DM. Im Bereich Durchschnittslohn (im Bild: D) – Standardabweichung (im Bild: A), in der Druckindustrie 2766,96 – 639,32 bis Durchschnittslohn + Standardabweichung (im Bild: B), in der Druckindustrie 2766,96 + 639,32, liegen ca. 68% der Löhne. Die Standardabweichung ins Verhältnis gesetzt zum Durchschnittslohn ergibt die durchschnittliche relative Abweichung, in der Druckindustrie 0,23 oder 23%.

Am Beispiel der Druckindustrie nach Angaben der Effektivlohnstatistik Juli 1980:

$$[2872 \times 37,7 + 2476 \times 14,9 + 2142 \times 3,8 + 2329 \times 1,9 + 1849 \times 8,6 + 1676 \times 4,1 + 4303 \times 6,2 + 3577 \times 10,8 + 2929 \times 1,9 + 2278 \times 0,2 + 3419 \times 0,7 + 2701 \times 4,5 + 2062 \times 3,9 + 1889 \times 0,8] : 100 = 2766,96 \text{ DM}$$

Der Durchschnittslohn zeigt das Lohnniveau einer Branche. Er ermöglicht auch den Vergleich des Lohnniveaus verschiedener Branchen, wie auch die Berechnung einer Prozentforderung auf die Gesamtlohnsumme pro Beschäftigten. Er ermöglicht aber keinen Überblick über die Spaltung und die Verteilung der Löhne innerhalb der Branche, wie auch nicht den Vergleich der Lohnverteilungen verschiedener Branchen. Dazu muß die Varianz berechnet werden, indem man die Summe der Quadrate der Differenzen der Löhne in den Leistungsgruppen zum Durchschnittslohn bildet



Abkürzung der Branchen in den obenstehenden Bildern:

EN = Energie, Bergbau	SL = Stahl-, Leichtmetall	PA = Zellstoff-, Papierind.
CH = Chemie	MA = Maschinenbau	DR = Druckind.
KU = Kunststoffverarbeitung	FA = Fahrzeugbau	LE = Lederind.
ST = Steine, Erden	SB = Schiffbau	TE = Textilind.
FK = Feinkeramik, Glas	EL = Elektrotechn.	BE = Bekleidung
EI = Eisen, Stahl	FE = Feinmechanik, Optik	NA = Nahrungs-, Genussmittelind.
GI = Gießerei	EB = EBM-Waren	HT = Bauhauptgewerbe
ZI = Zieherei	HV = Sägereien, Holzverarb.	HA = Handel

Die Daten in den Schaubildern sind entnommen: Wochenarbeitsentgelte der Arbeitslosengeldempfänger für August 1980 aus Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Heft 12/80; Löhne der Beschäftigten aus der Effektivlohnhebung Juli 80 Fachserie 16, Reihe 2.1 und 2.2 des Statistischen Bundesamts; Zugang der Arbeitslosen aus Jahresdaten der BfA 1979.

Unions-Strategen

Kohl krümmt sich, weil er Meister werden will



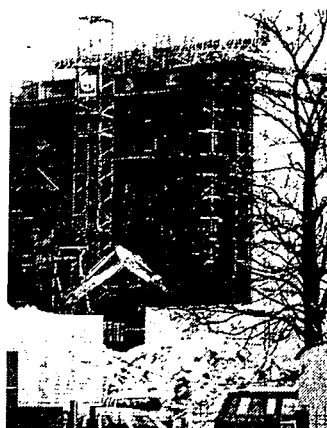
Die Unionsparteien agitieren gegen das immer feiner verästelte Eingreifen des Staates in die persönliche Sphäre der Lohnabhängigen. Der Schein demokratischer Ziele verblaßt jedoch bei der Betrachtung ihrer Politik. Sie kämpfen keineswegs für eine allgemeine Einschränkung der Staatstätigkeit, sie bäumen sich bloß auf, soweit den Lohnabhängigen nicht nur Verpflichtungen aufgebürdet werden, sondern auch Ansprüche gegenüber der Staatskasse entstehen.

Wohnungsnot

Wohnungen ausreichender Qualität: für Arbeiter kaum zu bezahlen

Die Wohnungsfrage gewinnt ihre Schärfe aus zwei Momenten: dem ungleichmäßigen Altersaufbau der Bevölkerung, der einen schnell anwachsenden Bedarf für Wohnungen für junge Familien schafft, und der gestiegenen Arbeitsintensität, die im Durchschnitt den leistungsunfähig macht, der in der Reproduktion durch

fehlenden Raum, schlechte Sanitär- und aufwendige Heizungsanlagen zusätzlich beansprucht wird. Die Marktpreise für ausreichend große Wohnungen ausreichender Qualität sind aus den gegenwärtigen Löhnen aber kaum zu zahlen. Wie kann die Arbeiterbewegung ihre Interessen in dieser Sache wahren?



Flughafen München

11 Jahre Kampf, noch nicht entschieden

Seit Ende der 50er Jahre drängen die in München und Südbayern ansässigen Kapitalisten (u.a. Siemens, MAN, Krauss-Maffei, MBB, BMW) auf den Bau eines neuen Flughafens mit größerer Kapazität und ohne hinderliche Auflagen (Nachtflugverbot in München-Riem).

Wachsender Waren- und Kapitalexport in die Länder

des Mittelmeerraums, Afrikas, den Nahen und Fernen Osten erfordern schnelle Verbindungen. Die Arbeiter und Bauern der Landkreise Freising und Erding sind allerdings mit den mit dem Flughafen München II verbundenen Zumutungen nicht einverstanden. Seit nunmehr elf Jahren führen sie dagegen einen organisierten Kampf.

VR Polen

Wirtschaftsplan in Vorbereitung des Parteitags der PVAP

Mit einem Wechsel in der Regierung hat die PVAP auf die Gewerkschaftsbewegung und die vielfältigen Volksbewegungen reagiert. Sie wünscht Spielraum, um die mit der Gewerkschaft „Solidarität“ getroffenen Vereinbarungen zu ändern, obwohl erst ein Bruchteil verwirklicht ist. Die Wirtschaftskrise verschärft sich rapide. Die westlichen Bourgeoisien kalkulieren die Folgen einer Intervention der Sowjetunion in der VR Polen.

